ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 7. August 2008 | 59. Jahrgang | Nummer 15/16

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

E.ON Bayern stiftet 250.000 Euro für aktiven Umweltschutz

Zum vierten Mal hat E.ON Bayern den Umweltpreis des Unternehmens verliehen, der mit insgesamt 250.000 Euro Preisgeld zu den bundesweit höchst dotierten Auszeichnungen im Bereich Ökologie zählt. Der Bayerische Umweltminister Dr. Otmar Bernhard, der die Schirmherrschaft für den E.ON Bayern-Umweltpreis übernommen hat, prämierte gemeinsam mit E.ON Bayern-Vertriebsvorstand Dr. Stefan Vogg in der Allerheiligen-Hofkirche in München die diesjährigen Preisträger. Der Hauptgewinn von 50.000 Euro ging an das Wissenschaftszentrum Weihenstephan der TU München. Über den Hauptpreis und alle anderen Preisträger berichten wir in dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung im Rahmen der beigefügten Sonderdokumentation. ❐

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Kommunen sind keine Lückenbüßer!

Über viele Jahre war es für die Kommunen ein unrentables Geschäft, über die „blaue Tonne" bei den Haushalten das Altpapier einzusammeln. Jetzt, da die Preise wieder angezogen sind - für eine Tonne Altpapier werden zwischen 50 und 100 Euro gezahlt - ist das Einsammeln auch für Private Entsorger wieder interessant - sehr zum Leidwesen des Bayerischen Städtetags, deren Vorsitzender Oberbürgermeister Hans Schaidinger darauf hinwies, dass die blauen „Zweittonnen" die Bürger teuer zu stehen kommen könnten.

Schließlich, so der Vorsitzende, sammle der private Entsorger „nur so lange, wie es sich lohnt und nur dort, wo es sich lohnt". Sobald der Preis für Altpapier wieder sinkt, blieben die Blauen Tonnen ungeleert. „Wenn der Markt nicht mehr rentabel ist, müssen die Kommunen wieder als Ausfallbürgen einspringen", was wiederum zu Lasten der Allgemeinheit gehe.

„Es kann doch nicht sein, dass wir immer dann herhalten müssen, wenn es sich für die Privaten nicht mehr rechnet", meinte der Regensburger Stadtchef: „Wir haben nichts gegen privatwirtschaftliche Entsorger. Aber kommunale Entsorger dürfen nicht das Nachsehen haben. Es darf nicht nach der Gleichung laufen: Wenn es ein begehrter Wertstoff ist, picken sich die Privaten die Rosinen raus. Wenn es aber Müll ist, bleibt er vor der Tür der Bürger liegen und die Kommunen müssen ihn wegräumen."

Gleiche Bedingungen

Schaidinger stellte zudem klar: „Wir sind nicht gegen Wettbewerb, aber es muss zu gleichen Bedingungen laufen. Verlustgeschäfte dürfen nicht auf

(Fortsetzung auf Seite 2)

KPV-Mandatsträgerkonferenz in Garching:

„Bayern ist dort, wo der Bund hin will"

Meinungsaustausch mit Parteispitze – CSU als verlässlicher Partner

Mit der Mandatsträgerkonferenz in Garching bei München hat die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU an die bewährte Tradition angeknüpft, den Austausch und das Miteinander aller politischen Säulen der Partei zu stärken. Als besonders erfreulich bezeichnete KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle den Umstand, dass Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, Parteivorsitzender Erwin Huber und Generalsekretärin Christine Haderthauer den Kommunalpolitikern der CSU ausführlich Rede und Antwort standen.

Wie Vorsitzender Rößle eingangs wohlwollend feststellte, wurden die vom KPV-Hauptausschuss einstimmig beschlossenen Impulse und Anregungen für das CSU-Wahlprogramm zur Landtags- und Bezirkstagswahl am 28. September überwiegend in das vom Parteitag verabschiedete Programm übernommen.

Zu den Themenvorschlägen zählen laut Rößle der kommunale Finanzausgleich, die flächendeckende Versorgung mit DSL, Straßen- und Schienennetze, ÖPNV, Bildungschancen für alle, „Jedem Kind ein Instrument", die Förderung des Schulsports, die Haus- und Fachärzteversorgung sowie die Familienpolitik.

Umverteilung der GVFG-Mittel

Rößle zufolge ist die Bayerische Staatsregierung den Forderungen der KPV aus der Sitzung des Hauptausschusses Ende Mai zum Thema Umverteilung der GVFG-Mittel entgegen gekommen. Entgegen ursprünglichen Planungen bleibe der Fördersatz beim kommunalen Straßenbau auch künftig durchschnittlich bei über 50 Prozent. Statt der geplanten jährlichen 120 Mio. Eu-

(Fortsetzung auf Seite 4)

8ung Hochzeitstag am 08.08.08

Unvergesslich soll der Hochzeitstag in der Vorstellung eines jeden Brautpaares sein. Ein „unvergessbares" Datum steht in diesem Jahr im Kalender. Das Rezept für einen unvergesslichen Hochzeitstag heißt also „Heiraten am 08.08.08. In Dinkelsbühl hat man sich gut vorbereitet: Am 08.08.08 traut Oberbürgermeister Dr. Christoph Hammer Brautpaare im historischen Rathaus. Für den passenden, unverwechselbaren Rahmen bürgt die Stadt mit ihrem besonderen Flair. Nach Meinung vieler Kunsthistoriker ist Dinkelsbühl eines der am besten erhaltenen spätmittelalterlichen Stadtgebilde Deutschlands. ❐

Neues von Sabrina

Ein neuer Trend zeichnet sich ab: Die Menschen ziehen wieder in die Städte und kehren dem Land den Rücken. Unsere Vorzimmerperle sieht das skeptisch: „Denn Bayerns Herz schlägt auf dem Land", meint sie. Deshalb sei es notwendig, Betriebe dort anzusiedeln, wo die Menschen wohnen. **Seite 15**

„Jedem Kind ein Instrument" lautet einer der Programmpunkte der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU. Um dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister zu demonstrieren, wie viel Freude die Kinder an dieser Idee haben, brachte Landrat Rößle eine Gruppe aus seinem Landkreis mit, die mit Unterstützung der örtlichen Sparkasse bereits in den Genuss des Konzepts kommen. Dr. Günther Beckstein und Erwin Huber hatten dabei augenscheinlich so viel Spaß wie die Kinder. ❐

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - **B 1578**
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Postfach 825, 82533 Geretsried

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Freistaat reagiert auf steigende Benzinkosten 2
Rauchverbot auf dem Prüfstand 2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Wahlrecht ist Wahlpflicht . . .3
Stephan Götzl: „Beherzt die Weichen stellen!" 3
Krankenhäuser zeigen der Bundesregierung die Gelbe Karte . . 3
Mitgliederversammlung des KAV Bayern 4
GZ-Fachthemen:
Wasserversorgung · Wasserentsorgung . . . . . .6 - 8
Kommunale Baupolitik . . . . . .9 - 12
GaLaBau · Grünanlagen 13
Aus den bayerischen Kommunen . . . . . .14 - 16

Rauchverbot auf dem Prüfstand

Opposition kündigt für den neuen Landtag Initiativen zur Lockerung des stringenten bayerischen Gesetzes an

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Nichtraucherschutzgesetzen in Berlin und Baden-Württemberg sieht es so aus, dass auch das bayerische Gesetz zum Schutz der Gesundheit (GSG) im neuen Landtag nochmals auf den Prüfstand kommt. Zwar haben Staatsregierung und die Sprecher der drei bisherigen Landtagsfraktionen erklärt, das GSG sei durch das Karlsruher Nein zu den beiden Landesgesetzen in seiner Stringentheit bestätigt, doch von der Opposition wurden bereits neue Parlamentsinitiativen angekündigt, um es u.a. den Kreisverwaltungsbehörden leichter zu machen, das Rauchverbot in Gaststätten zu überwachen.

So auch die ersten Stellungnahmen aus den kommunalen Spitzenverbänden. Nach dem Urteil „verlangen die Städte und Gemeinden in Bayern Klarheit, was aus den Raucherclubs weiter werden soll," erklärte Städtetagsgeschäftsführer Reiner Knäusl. Die Vollzugshinweise zum GSG, die das klare Rauchverbot aushöhlen, müssten dringend geändert werden.

Wahlfreiheit

Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, der Präsident des Deutschen Städtetags, regte an, das Rauchen in Gaststättennebenräumen zuzulassen und Wirten von Einraumkneipen die Wahl zu lassen, ob sie für oder gegen Rauchverbot seien.

Kein Handlungsbedarf

Dem stehen Erklärungen von Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, Gesundheitsminister Dr. Otmar Bernhard und CSU-Fraktionsvorsitzendem Georg Schmid gegenüber. Sie sehen keinen Handlungsbedarf für den bayerischen Gesetzgeber und wollen die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs abwarten, dem fünf Popularklagen gegen das absolute Rauchverbot vorliegen. Die Entscheidung wird noch heuer erwartet.

Schmid, der in der Regierungsfraktion maßgeblich beteiligt war, dass die im Regierungsentwurf enthaltenen Ausnahmeregelungen für Gaststätten gestrichen wurden, berief sich vor Landtagsjournalisten auf seine Erfahrungen als Kommunalpolitiker. Es sei den Kreisverwaltungsbehörden möglich, die Einhaltung des GSG zu kontrollieren. Schmid war 15 Jahre Stadtrat in Donauwörth, Mitglied des Kreistages und zuletzt stellvertretender Landrat von Donau-Ries. Er und die Staatsregierung verwiesen auch darauf, dass die auf dringenden Wunsch der Stadt München für heuer erlassene Ausnahmegenehmigung für Oktoberfestzelte und vergleichbare Lokalitäten andernorts ab 2009 wegfalle.

Praktische Vernunft für kleine Eckkneipen

Für die SPD-Fraktion, die dem GSG mehrheitlich zugestimmt hatte, beschränkte sich Vorsitzender Franz Maget zunächst auf die Feststellung, das GSG sei vom Karlsruher Urteil nicht berührt. Rechtsexperte Franz Schindler forderte dagegen eine Änderung des bayerischen Gesetzes im Sinne der „praktischen Vernunft", vornehmlich für „die kleinen Eckkneipen".

Anders die Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause: Das Hintertürchen der Raucherclubs müsse geschlossen werden. Auch dürfe es keine Verlängerung der Ausnahmegenehmigung für Bierzelte geben. Bei der Verabschiedung des GSG im Landtag hatten die Grünen vergeblich eine Bundesratsinitiative gefordert, den Gesundheitsschutz für das Gaststättenpersonal in das Arbeitsschutzgesetz des Bundes aufzunehmen.

Änderung im Sinne der Liberalität

Für die derzeit im Landtag nicht vertretene FDP forderten die Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Generalsekretär Martin Zeil eine Änderung des GSG im Sinne der Liberalität. Hubert Aiwanger, Landesvorsitzender der Freien Wähler, war auch dafür, die Wirte selber entscheiden zu lassen. Beide Parteien machen sich Hoffnung, im neuen 16. Landtag präsent zu sein. **rm**

Freistaat reagiert auf steigende Benzinkosten

Huber: Zuschüsse für Schülerbeförderung an die Kommunen werden erhöht

„Die stark gestiegenen Benzinkosten belasten auch die Gemeinden, die mit Unterstützung des Freistaats die Schülerbeförderung finanzieren. Wir werden deshalb die Zuschüsse für die Schülerbeförderung erhöhen", kündigte Finanzminister Erwin Huber nach Gesprächen mit dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, und dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Theo Zellner, an.

Wegen der stark gestiegenen Energiepreise hatte das Kabinett bereits im Juni entschieden, die Wegstreckenentschädigung bei Dienstreisen für die Mitarbeiter des Freistaats anzuheben. Mit den Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung gewährt der Freistaat den Kommunen zu den entstehenden Kosten pauschale Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Im Nachtragshaushalt 2008 sind hierfür 263 Millionen Euro vorgesehen, mit denen im Ergebnis die tatsächlichen Schülerbeförderungskosten der Gemeinden zu rd. 60 Prozent abgedeckt werden.

„Die Zusage des Freistaats steht: Wir werden die Zuschüsse des Freistaats zu den Schülerbeförderungskosten für das nächste Jahr so erhöhen, dass die Gemeinden trotz der gestiegenen Preise weiterhin 60 Prozent der tatsächlichen Kosten der Schülerbeförderung erstattet bekommen. Damit reagieren wir zu Gunsten der Gemeinden rasch auf die steigenden Benzinkosten", so Huber. ❐

Unbesicherter Förderkredit der LfA

Kapitalspritze für mehr Innovation im Mittelstand

Jetzt können auch Unternehmen mit geringem Eigenkapital Innovationen finanzieren: Das „Mittelstandskapital" ist ein zinsgünstiges Nachrangdarlehen der LfA Förderbank Bayern, das Innovationen erleichtert und gleichzeitig die Eigenkapitalbasis der Unternehmen stärkt. Wirtschaftsministerin Emilia Müller betonte: „Die Betriebe verbessern damit ihre Bonität und haben größere Chancen bei Kreditverhandlungen mit der Hausbank." Um an das Mittelstandskapital der LfA zu kommen, müssen die Unternehmen keine Sicherheiten stellen. Der Förderkredit hat im Einzelfall einen Höchstbetrag von derzeit 200.000 Euro.

Bis 2015 stehen den Unternehmen unter Einbindung von EU-Mitteln rund 100 Millionen Euro zur Verfügung. LfA Vorstand Joachim Feldmann erläuterte das Ziel des neuen Angebots auf dem Mittelstandskongress der Staatsregierung in der BMW Welt: „Wir wollen Wachstumsbetrieben, die nur über geringes Eigenkapital verfügen, eine Kapitalspritze für Innovationsvorhaben geben." Finanziert werden insbesondere Verfahrens- oder Prozess-investitionen, wie etwa Maschinen mit neuer Technologie, die Einführung umweltschonender Produktionsverfahren oder Patente.

Das Förderdarlehen hat Mezzanine-Charakter und bündelt die Vorteile von Fremd- und Eigenkapital. Im Insolvenzfall tritt die Darlehensforderung im Rang hinter Forderungen anderer Kreditgeber zurück. Deshalb erkennt die Hausbank das LfA-Darlehen in der Regel als wirtschaftliches Eigenkapital des Kreditnehmers an. Dadurch erhöht sich die Eigenkapitalquote des Unternehmens und es erhält leichteren Zugang zu weiteren Finanzierungsmitteln. Beantragt wird das Mittelstandskapital über die Hausbank bei der LfA. Der Förderkredit kommt in ganz Bayern mit Ausnahme des Großraums München zum Einsatz. ❐

Ab in die Sonne!
Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

Kommunen sind keine Lückenbüßer ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Kommunen abgewälzt werden, während sich die Privaten die lukrativen Geschäftsfelder sichern. Es kann nicht nach dem Motto laufen: Gewinne privatisieren, aber Verluste sozialisieren."

Nicht zu Lasten der Allgemeinheit

Die Kommunen benötigten sowohl verlässliche Rahmenbedingungen für die Entsorgung von Müll als auch Planungssicherheit auf Dauer. Nur so seien Investitionen in moderne Anlagen, umweltfreundliche Technik und innovative Biomasseanlagen möglich. Wenn kommunale Betriebe derzeit die Möglichkeit hätten, einen guten Preis für Wertstoffe wie Altpapier zu erlösen, komme dies letztlich den Bürgern zu Gute, „denn die Erlöse sind fester Bestandteil der Gebührenkalkulation. Die Erlöse halten das komplexe Entsorgungssystem am Laufen."

Wenn ein Privater den Gewinn einstreicht, profitiere nur die Firma und die Bürger schauten „in die Röhre", betonte der Vorsitzende und forderte: „Gewerbliche Sammlungen und privates Gewinnstreben dürfen nicht zu Lasten der Allgemeinheit gehen. Daher muss der Bundesgesetzgeber der „Rosinenpickerei" durch Private einen Riegel vorschieben. Hier bauen wir auch auf die Unterstützung des Freistaats im Bundesrat."

Rechtslage ändern

Zur aktuellen Hartz-IV-Diskussion meinte Schaidinger: „Wenn die Wirklichkeit nicht mehr mit der Rechtslage übereinstimmt, ist es besser, die Rechtslage zu ändern." Der Städtetag selbst hatte eine Verfassungsänderung gefordert und begrüßt die nun überraschende Einigung des Bundesarbeitsministers mit seinen 16 Länderkollegen, die die Arbeitsgemeinschaften jetzt verfassungsfest machen wollen. Zum Hintergrund: Am 20. Dezember 2007 hatte das Bundesverfassungsgericht die Arbeitsgemeinschaften für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz erklärt, weil dies eine unzulässige Mischverwaltung zwischen der Ebene des Bundes und der Ebene der Kommunen darstelle. Den Arbeitsgemeinschaften wurde eine Übergangszeit bis Ende 2010 gewährt.

Verbesserungen bei HartzIV

„Wenn eine Organisation gut funktioniert, soll man nicht die Organisation ändern, sondern das Gesetz", machte der Vorsitzende deutlich. Im Grunde müsse es so weiterlaufen wie bisher. Mögliche Verbesserungen seien, dass der Bund nicht länger durchregiert und der kommunale Einfluss auf die Arbeitsgemeinschaften gewahrt bleibt. Die Verfassungsänderung gebe hier die richtige Richtung vor.

One-Stop-Shops

Stichwort „One-Stop-Shops": Der Bayerische Städtetag fordert in Übereinstimmung mit dem Bayerischen Landkreistag, diese neue Stelle der „Einheitlichen Ansprechpartner" bei den kreisfreien Städten und den Landkreisen anzusiedeln. Bis Ende 2009 sollen diese „One-Stop-Shops" nach der europäischen Dienstleistungsrichtlinie in allen Mitgliedstaaten eingerichtet werden. Derzeit sind nach Schaidingers Angaben neben dem Kommunalmodell noch andere Vorschläge in der Diskussion: Ein zweites Modell will den einheitlichen Ansprechpartner bei den Industrie- und Handelskammern oder bei den Handwerkskammern ansiedeln, ein drittes Modell betrachtet die sieben Regierungen in Bayern als idealen Ansprechpartner, während ein viertes Modell die Kooperation von Kommunen und Kammern vorsieht.

Bündelung wichtiger Aufgaben

Laut Städtetag ist es nicht allein die Kompetenz der Städte in der Wirtschaftsförderung, die für ein reines Kommunalmodell spricht. Wie ihr Vorsitzender darlegte, erledigten die Kommunen bereits jetzt 70 bis 80 Prozent aller Verwaltungsverfahren. Schon heute bündelten sie wichtige Aufgaben. Die Kommunen wirkten für Dienstleister wie Verwaltungslotsen - zum Beispiel bei der Anmeldung von Gewerbe oder bei der Beratung von Existenzgründern. „Was also liegt näher, als an bewährte Strukturen anzuknüpfen? Brauchen wir wirklich noch einen weiteren bürokratischen Apparat, der mit der IHK oder der Regierung aufgeblasen wird?", gab Schaidinger zu bedenken. Bislang habe die Staatskanzlei Sympathie für das Regierungsmodell erkennen lassen, aber nach aktuellen Signalen scheint laut Vorsitzendem das Kommunalmodell bevorzugt zu werden.

Chance für Hauptschulabgänger

Mit einem Appell an den Ministerpräsidenten setzte sich der Bayerische Städtetag auf seiner Pressekonferenz schließlich dafür ein, dass Hauptschulabgängern mit einem schlechten Abschluss weiterhin die Chance eingeräumt wird, an Volkshochschulen den Quali nachzuholen. Seit vielen Jahren führen die Volkshochschulen entsprechende Lehrgänge durch, um Schüler ohne oder mit schlechtem Abschluss vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren. Nun sollen staatliche und europäische Förderung jedoch auf Schulabgänger ohne Abschluss begrenzt werden. Schüler mit schlechtem Zeugnis würden dann aus der Förderung herausfallen. Das macht rund die Hälfte aller bisherigen Teilnehmer aus. Hans Schaidinger: „Es kann und darf nicht sein, dass jungen Menschen ohne Chance auf dem Ausbildungsmarkt dieser Weg verbaut wird."

Der Städtetag nimmt den Staat in die Pflicht, die Kurse für Hauptschulabgänger weiterhin mitzufinanzieren. Die Anzahl der Bewerber für die Nachholung eines qualifizierenden Hauptschulabschlusses steigt Jahr für Jahr. Für die Schuljahre 2007/08 und 2008/09 geht es um einen Betrag von 2,2 Millionen Euro. Hintergrund ist, dass die bisher zur Mitfinanzierung herangezogenen Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) ausfallen. Mit den neuen ESF-Förderrichtlinien dürfen nur noch Jugendliche ohne Abschluss teilnehmen. Der Vorsitzende: „Ich rufe den Ministerpräsidenten dazu auf, ein Machtwort zu sprechen und die erforderlichen Mittel aus dem Landeshaushalt aufzubringen."

Für den Städtetag gehe es bei dieser Entscheidung um die Glaubwürdigkeit der Bildungspolitik. Noch immer verließen 10.000 Jugendliche in Bayern die Schule ohne Abschluss und mehr als 23.000 erreichten nur einen einfachen, oft sehr schlechten Hauptschulabschluss. Die VHS-Kurse zur Nachqualifizierung verhinderten, dass Jugendliche auf das Nebengleis der Beschäftigungsförderung geraten und zu den schwer Vermittelbaren auf dem Arbeitsmarkt zählen. **DK**

Mehr Rechtssicherheit beim Feinstaub

Ab sofort herrscht mehr Rechtssicherheit, so Umweltminister Otmar Bernhard zum Urteil des Europäischen Gerichtshofes, der ein individuelles Klagerecht im Zusammenhang mit der EU-Feinstaubrichtlinie bejaht hat.

Bernhard: „Bayern hat seine Hausaufgaben gemacht, deshalb ergibt sich aus dem Urteil kein zusätzlicher Handlungsbedarf. In allen bayerischen Städten mit Überschreitung der zulässigen Tagesmittel bestehen bereits Pläne mit konkreten Maßnahmen zur Reduzierung der Feinstaubbelastung." So wurde beispielsweise in München durch Fortschreibung des Luftreinhalte-/Aktionsplans bereits das Lkw-Transitverbot eingeführt, die Einführung der Umweltzone ist für den 1.10.2008 angestrebt. Aber lokale und regionale Maßnahmen allein können nach den Worten Bernhards das Problem nicht lösen. Für die Einhaltung der Grenzwerte werden weitere Maßnahmen erforderlich sein. So ist beispielsweise die Europäische Union bei der Fortschreibung LKW-Abgasgrenzwerte gefordert. „Die EU muss den Mitgliedstaaten das Handwerkszeug mitgeben, damit die Grenzwerte eingehalten werden können", so Bernhard. ❐

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Olaf Hoffmann
88167 Grünenbach (Allgäu)
am 3.9.

Bürgermeister Josef Steinberger
94419 Reisbach
am 14.8.

Bürgermeister Erwin Filser
93359 Wildenberg
am 21.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Reinhold Kestler
91460 Baudenbach
am 12.8.

Bürgermeister Ludwig Geiger
94533 Buchhofen
am 14.8.

Bürgermeister Heinz Karg
93133 Burglengenfeld
am 19.8.

Bürgermeister Hermann Martin
96176 Pfarrweisach
am 22.8.

Bürgermeister Franz Höcker
82418 Riegsee
am 30.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Herlerich
97456 Dittelbrunn
am 8.9.

Bürgermeister Walter Müller
97789 Oberleichtersbach
am 23.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Wolfgang Zirngibl
94347 Ascha
am 1.9.

Bürgermeister Toni Dutz
95676 Wiesau
am 21.8.

Bürgermeister Konrad Springer
85414 Kirchdorf a. d. Amper
am 26.8.

Oberbürgermeister
Wolfgang Dandorfer
86854 Amberg
am 26.8.

Bürgermeister
Walter Weber
97618 Heustreu
am 31.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Toni Barth
87474 Buchenberg
am 13.8.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Huber
83122 Samerberg
am 29.8.

Hinweis in eigener Sache:
Unsere Datenbank ist derzeit unvollständig. Wenn Sie als neugewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit der Bekanntgabe Ihres runden Geburtstags einverstanden sind, bitten wir um Mitteilung.

Wirtschaftsbeirat der Union:

Beherzt die Weichen stellen

Pressegespräch mit Ausschussvorsitzendem Stephan Götzl
Programm für eine erfolgsorientierte Wirtschaftspolitik

„Die CSU muss wieder zum ordnungspolitischen und marktwirtschaftlichen Gewissen der deutschen Politik werden", forderte Stephan Götzl, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses des Wirtschaftsbeirats der Union, bei einem Gespräch mit Pressevertretern in München. Dazu habe die Partei alle Voraussetzungen. Denn es sei der konsequenten Politik der CSU zu verdanken, dass es Bayern immer wieder gelang, sich selbst zu erneuern, rechtzeitig den Wandel der Zeit zu erkennen und die richtigen politischen Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb sei der Freistaat führend unter den deutschen Ländern, so Götzl.

Gleichwohl könne Bayern diese Vorreiterrolle nur dann bewahren, wenn die politischen Akteure auch heute bereit seien, beherzt die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu stellen. Wirtschaft, Politik und Wissenschaft müssten weiterhin gemeinsam an einem Strang ziehen. Götzl forderte deshalb von der Führung der CSU, für den Erhalt eines starken Mittelstands und einer praxisgerechten Politik zu sorgen. Es gelte, die Kreditversorgung des Mittelstands zu sichern. Da die Auswirkungen der Finanzkrise die mittelständische Wirtschaft zu belasten drohten, sollten die regionalen Banken gestärkt werden, damit diese weiterhin ein verlässlicher Partner an der Seite des Mittelstands sein können. Darüber hinaus müsse das bayerische Mittelstandskreditprogramm auf hohem Niveau fortgeführt und auf die Situation am Kapitalmarkt angepasst werden.

Dr. h. c. Stephan Götzl. ❐

Beschäftigungsaufbau

Auch dem Beschäftigungsaufbau sollte höchste Priorität eingeräumt werden. Dabei dürfe die Umverteilung von Löhnen und Gehältern nicht Maßstab für wirtschaftspolitische Maßnahmen sein. Die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns sei daher entschieden abzulehnen, betonte der Ausschussvorsitzende. Der Mindestlohn würde in Deutschland massiv Arbeitsplätze vernichten und Arbeitsplätze im Niedrigsektor verstärkt ins Ausland verlagern. Zu befürchten seien zudem Preissteigerungen und eine deutliche Zunahme der Schwarzarbeit.

Flexibilisierung des Kündigungsschutzes

Stattdessen müssen die Voraussetzungen für zusätzliche und nachhaltige Beschäftigung geschaffen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollten eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes und gesetzliche Abfindungsregelungen eingeführt werden. Verhandlungen zu einem Interessensausgleich seien auf höchstens drei Monate zu befristen. Andernfalls würden durch betriebliche Mitbestimmung notwendige Entscheidungen des Betriebes unnötig verzögert. Einen positiven Effekt für die Beschäftigung hätte auch eine Absenkung der Lohnzusatzkosten, meinte Götzl. Versicherungsfremde Leistungen müssen im Bereich der sozialen Sicherung weiter abgebaut und die Beträge der gesetzlichen Unfallversicherung gesenkt werden.

Flexible Administration

„Auch eine flexible Administration ist für die Wettbewerbsfähigkeit eines Standorts unabdingbar", zeigte sich Götzl überzeugt. Es sei an der Zeit, „dass staatliche Verwaltungen verstehen, dass Unternehmen dazu da sind, Geld am Markt zu verdienen und nicht staatliche Vorschriften umzusetzen".

Verwaltungskosten

Der Normenkontrollrat der Bundesregierung beziffert die Verwaltungskosten, die der deutschen Wirtschaft durch gesetzliche Bestimmungen entstehen, auf jährlich 27 Milliarden Euro. Dies umfasst zum Beispiel die Aufbewahrung von Rechnungen, die Abgabe von Steuererklärungen oder die Berechnung fälliger Sozialversicherungsbeiträge. Dabei sind jedoch noch nicht die entstehenden Gemeinkosten wie notwendige Büros für zusätzlich nötige Mitarbeiter berücksichtigt. Durch diese kommen noch einmal 25 bis 30 Prozent zu den 27 Milliarden Euro pro Jahr hinzu. Außerdem sind Kosten, die auf Länder- oder Gemeindeebene entstehen, gar nicht erfasst.

Empfehlungen der Henzler-Kommission

Bayern könne zwar ordentliche Entbürokratisierungserfolge verzeichnen; dennoch müssten die noch ausstehenden Empfehlungen der Henzler-Kommission zum Bürokratieabbau konsequent umgesetzt werden. Zudem sei eine Verschärfung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinie entschieden abzulehnen. Eine weitere Steigerung des bürokratischen Zwangs würde den Mittelstand zusätzlich belasten, die Vertragsfreiheit aushöhlen und einen Verlust von Arbeitsplätzen verursachen.

Senkung von Steuern und Abgaben

Um die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns auch im internationalen Vergleich zu erhalten, plädierte Götzl für die Senkung von Steuern und Abgaben. Er kritisierte insbesondere die überproportionalen Belastungen mittlerer und höherer Einkommen. Durch mehr Netto vom Brutto könnte der private Konsum in Bayern und Deutschland nachhaltig belebt werden. Darüber hinaus müsse die Regierung einen klaren Schnitt machen und das Steuersystem endlich vereinfachen.

Unternehmenssteuerreform

Zu einer ersten Entlastung der Wirtschaft sei eine realitätstaugliche Unternehmenssteuerreform notwendig. Beispielsweise sollte die Hinzurechnung von Kosten bei der Gewerbesteuer vollständig abgeschafft werden. Eine weitere nachhaltige Förderung der Wirtschaft und insbesondere des Mittelstandes würde zudem die Abschaffung der Erbschaftssteuer bedeuten. Der bürokratische Aufwand, mit dem sie erhoben werden muss, stehe in keinem Verhältnis zum Ertrag.

Da der Grad der Bildung einer Bevölkerung zunehmend über Erfolg und Misserfolg von Volkswirtschaften entscheidet, seien Bund, Länder und Kommunen dazu aufgerufen, ihre Anstrengungen im Bereich der Bildung noch weiter zu vergrößern. Dazu zählten der verstärkte Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, eine modernisierte betriebliche Ausbildung, eine verbesserte vorschulische Förderung, die grundlegende Reformierung der Lehrerbildung sowie - generell - faire Bildungschancen für alle.

Verkehrsinfrastruktur

Eine erfolgreiche Volkswirtschaft benötige auch eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Ziel müsse sein, Bayern optimal in das transeuropäische Verkehrsnetz einzubinden. Dazu gehöre eine effektive Verbindung zum Münchner Flughafen ebenso wie die Entwicklung der Donauschifffahrt und der Ausbau von Autobahnen, Güterzugverbindungen sowie eines flächendeckenden Schienen- und Personennahverkehrs.

Preisgünstige Energieversorgung

Neben der inneren Sicherheit, die zu Bayerns wichtigsten Standortfaktoren zählt, ist Götzl zufolge auch eine gesicherte und preisgünstige Energieversorgung für die Zukunft der bayerischen Wirtschaft essenziell. Um ihren Vorsprung zu erhalten und auszubauen, sei es schließlich von großer Bedeutung, die regionalen Unterschiede bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit innerhalb Bayerns weiter zu entschärfen. Der Ausschussvorsitzende verwies darauf, dass beispielsweise im Jahr 2005 das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigem im Kreis Freyung-Grafenau bei 47.814 Euro lag, es im Kreis München hingegen mit 117.131 Euro weit mehr als das Doppelte betrug. Die Beschäftigungsentwicklung weise ähnliche Differenzen zwischen den einzelnen Regionen auf. **DK**

Anzeigen in der GZ
Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
eMail: info@gemeindezeitung.de

GZ Kolumne Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

nach der Wahl ist vor der Wahl. Im Jahr 2008 gilt dieses bekannte Sprichwort ganz besonders, denn nur ein halbes Jahr nach der Kommunalwahl finden die Landtags- und Bezirkstagswahlen statt. Wie immer bei Wahlen waren auch am 2. März 2008 Freud und Leid unterschiedlich verteilt. In einem waren sich jedoch alle einig: Die Wahlbeteiligung war besorgniserregend gering.

Bei der Wahl der Stadträte in den kreisfreien Städten gingen landesweit nur noch 48,4 % (minus 4,5 %) und bei der Wahl der Kreistage in den Landkreisen nur noch 63,9 % (minus 3,2%) der Wähler zu den Urnen. Damit ist ein neuer, höchst bedauerlicher Tiefstand bei der Wahlbeteiligung eingetreten und eine negative Entwicklung setzt sich fort, die schon seit langer Zeit bei der Mehrzahl der Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen festzustellen ist.

Wahlrecht ist Wahlpflicht

Viele Politiker, Journalisten und Wissenschaftler diskutierten über die Ursachen dieses Trends und mögliche Abhilfemaßnahmen. Regelmäßig kommt dann die Forderung nach mehr Bürgernähe, nach mehr Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen und nach mehr Transparenz in öffentlichen Angelegenheiten. Natürlich gibt es auf Seiten der politischen Akteure eine Bringschuld gegenüber den Wählern, damit wieder wesentlich mehr Menschen ihr Wahlrecht ausüben.

Andererseits darf auch nicht verschwiegen werden, dass mittlerweile leider zu viele Wähler ihr Wahlrecht nicht mehr auch als Wahlpflicht auffassen. Nachdem es sich dabei um einen langfristigen, landesweiten Trend handelt, kann die sinkende Wahlbeteiligung auch nicht an Verhältnissen oder Personen in einzelnen Städten oder Kreisen liegen. Vielmehr bemühen sich nach meinen Beobachtungen die allermeisten Kommunalpolitiker sehr intensiv darum, ihre Bürgerinnen und Bürger möglichst gut zu informieren und mit ihnen in ständigem Kontakt zu bleiben.

Auch wenn das kaum jemand öffentlich auszusprechen wagt, so sind viele Leute einfach zu bequem zum Wählen oder zu desinteressiert an der Politik. Oder es herrscht die Meinung vor, auf meine Stimme kommt es ja sowieso nicht an. Ein tieferer, politischer Grund kann sicher nicht vorliegen, wenn die Wahlbeteiligung z. B. bei der Oberbürgermeister-Stichwahl in Regensburg um 7,4 % oder bei der Landratsstichwahl im Landkreis Weilheim-Schongau um 20, 2 % gegenüber dem ersten Wahlgang gesunken ist. Ist es wirklich unzumutbar, innerhalb von 2 Wochen sich zwei Mal in ein meist nahe gelegenes Wahllokal zu begeben oder auch nur die Briefwahlunterlagen anzufordern?

Nach meiner Meinung darf man nicht nur, nein man muss sogar die Wählerinnen und Wähler nachdrücklich daran erinnern, dass Demokratie Volksherrschaft bedeutet und dass das Volk seine Meinung in Wahlen und Abstimmungen kundtut und damit seine Verantwortung wahrnimmt. In einer Demokratie haben die Bürgerinnen und Bürger nicht nur viele Rechte, sondern auch Pflichten. Millionen Menschen auf der ganzen Welt würden sich glücklich schätzen, könnten sie in freien und geheimen Wahlen ihre Vertreter selbst bestimmen. Auch in Deutschland sind die Zeiten, als das totalitäre Nazi-Regime oder die SED-Diktatur in der DDR Wahlen zur Farce machten, noch nicht so lange vorbei. Die bedenklich große Zahl an Nichtwählern will bestimmt nicht, dass solche Verhältnisse sich bei uns wiederholen. Aber Nachlässigkeit und Bequemlichkeit kann durchaus dazu führen, dass demokratische Grundlagen ausgehöhlt werden. Deshalb muss unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern wieder mehr deutlich gemacht werden: Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht!

Ihr Gerhard Weber

Bayerische Krankenhausgesellschaft BKG:

Krankenhäuser zeigen der Bundesregierung die Gelbe Karte

Bayerische Kliniken beklagen unzumutbare Rahmenbedingungen

Der Frust bei den Beschäftigten der Krankenhäuser ist groß. Bei einer Protestveranstaltung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) in Regensburg unter dem Motto „Für gesunde Krankenhäuser" forderten rund 5.000 Mitarbeiter aus über 200 bayerischen Kliniken ein Ende der jahrelangen Politik der finanziellen Kürzungen. „Weiterer Personalabbau und Einsparungen sind für uns und unsere Patienten nicht mehr zumutbar" lautete eine der Botschaften aus einem gemeinsam verabschiedeten Appell an die Bundesregierung. Der Appell war auf einer „Gelben Karte" gedruckt, die die Klinikmitarbeiter symbolisch der Bundesregierung zeigten.

Insgesamt 16 verschiedene Verbände unterstützen die Forderungen der Krankenhausmitarbeiter. Gewerkschaften, Arbeitgeber, Kommunale Spitzenverbände, Kirchen-, Ärzte- und Pflegeverbände sorgen damit für eine bislang einmalige Allianz im bayerischen Gesundheitswesen.

Finanzierung der Preissteigerungen

Der BKG-Vorsitzende, Oberbürgermeister Franz Stumpf (Forchheim), forderte die Bundesregierung auf, unverzüglich eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die den Krankenhäusern eine Finanzierung der aktuellen Tarifabschlüsse und Preissteigerungen ermögliche. Er wies auf eine Kostenlawine von 7 Mrd. Euro in den deutschen Krankenhäusern hin, für die den Krankenhäusern keine finanziellen Mittel zugestanden werden. Allein auf die bayerischen Krankenhäuser kämen in diesem und nächsten Jahr fast eine Milliarde ungedeckte Kosten zu.

Stumpf attackierte die Bundesregierung heftig. Über 15 Jahre hinweg mit drei verschiedenen Gesundheitsministern hätte sie die Erlöse der Krankenhäuser immer rigider gedeckelt und die Kliniken mit zusätzlichen willkürlichen Kürzungen überzogen. Zwar gäbe es derzeit genügend Lippenbekenntnisse, die die schwierige Lage der Krankenhäuser beklagten, aber die dringend notwendige konkrete Gesetzesinitiative fiele bislang „parteipolitischem Taktieren" zum Opfer.

OB Franz Stumpf. ❐

Auch an die Adresse der CSU richtete er Kritik. Immerhin hätte sie die Möglichkeit, aus der Koalition und dem Bundestag heraus, mit einer Gesetzesinitiative die Sorgen der Patienten und Krankenhausmitarbeiter aufzugreifen. Mit einem Seitenhieb auf das Engagement der Bayerischen Staatsregierung für die Hausärzte merkte Stumpf an, er wolle nicht glauben, dass es an konkreter Hilfe deshalb mangele, „weil die Krankenhäuser allein auf Sachargumente setzen und auf parteipolitische Drohungen verzichten würden".

Aktionstag

Die bayerischen Krankenhäuser wiesen bei ihrem Aktionstag auch auf den besonderen Wert der Krankenhäuser über die medizinische Versorgung hinaus hin. So seien die bayerischen Kliniken mit über 150.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber. Sie beschäftigen über 50.000 Menschen mehr als die Automobilhersteller Audi und BMW zusammen. Und in den bayerischen Kliniken würden weit über 15.000 junge Menschen in über 50 verschiedenen Berufen einen Ausbildungsplatz finden.

All dies sehen die Krankenhäuser nicht gewürdigt. In Ihrem Appell an Bundeskanzlerin Merkel und Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt bringen sie zum Ausdruck: „Wir nehmen nicht länger hin, dass unsere Arbeit nur als Kostenfaktor beklagt wird. Wir brauchen gesunde Krankenhäuser, die ihre herausragende soziale, ethische und wirtschaftliche Verantwortung für unsere Gesellschaft erfüllen können." ❐

Mitgliederversammlung des KAV Bayern in Nürnberg:

Lohnrunde und Demografie

Unter reger Beteiligung hat in Nürnberg die Mitgliederversammlung des Kommunalen Arbeitgeberverbands (KAV) Bayern stattgefunden. Dabei wurden der berufsmäßige Stadtrat der Landeshauptstadt München, Dr. Thomas Böhle als Vorsitzender sowie Heinz Wölfl, Landrat des Landkreises Regen, als 1. Stellvertreter und Herbert Dombrowsky, der Vorstandsvorsitzende der Stadtwerke Nürnberg als 2. Stellvertreter mit überwältigender Mehrheit in ihren Ämtern bestätigt.

Bei den Wahlen zu Präsidium und Hauptausschuss gab es eine Vielzahl von Neubesetzungen, weil viele bisherige Mitglieder aus ihrem Hauptamt ausgeschieden sind und damit nicht mehr gewählt werden konnten. Der neu gewählte Hauptausschuss befasste sich in der konstituierenden Sitzung u. a. sogleich mit Maßnahmen zur Förderung der „Leistungsorientierten Bezahlung“, die den Verbandsmitgliedern - auf freiwilliger Basis - die Möglichkeit eröffnen soll, gezielt Leistungen der Beschäftigten besser vergüten zu können.

Potsdamer Tarifgespräche

Im öffentlichen Teil der Mitgliederversammlung sprach der Verhandlungsführer der kommunalen Arbeitgeber, Dr. Thomas Böhle, über die drei Monate dauernden Potsdamer Tarifgespräche im öffentlichen Dienst. Nach überaus harten Verhandlungen habe man, so Böhle, einen schmerzhaften Kompromiss akzeptieren müssen. Die Einigung gehe finanziell über den Schlichterspruch, der bereits erhebliche Belastungen bedeutet hätte, hinaus. In der Arbeitszeitfrage hätten sich die Arbeitgeber durchsetzen können, „auch wenn wir uns mehr als die erreichten 39 Stunden erhofft haben“. Gleichwohl sei dies ein wichtiger Schritt nach vorne, zumal es im Tarifgebiet Ost bei der 40 Stundenwoche verbleibe. Zu rechtfertigen sei dieses Ergebnis für die kommunalen Arbeitgeber letztlich nur gewesen, um einen Streik mit all seinen wirtschaftlichen und sozialen Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Demografischer Wandel

Neben der Einschätzung des Tarifabschlusses stand ein weiteres wichtiges Thema auf der Agenda der kommunalen Arbeitgeber: der demografische Wandel. Hierüber sprach der Freiburger Finanzwissenschaftler und Mitglied der Rürup-Kommission, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen. Er zeigte auf, dass der demografische Alterungsprozess unter keinen Umständen unterschätzt werden darf. Das Bild von einer tickenden Zeitbombe der Überalterung unserer Gesellschaft sei ein schwerwiegendes Missverständnis unserer Zeit, denn diese Bombe ticke nicht mehr, sie sei bereits explodiert.

Folgen für die Sozialsysteme

Daraus resultierten dramatische Folgen für die Sozialsysteme, betonte Raffelhüschen und verdeutlichte: „Wenn wir am Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssystem nichts ändern, zahlen wir 2040 über 60 Prozent unseres Einkommens für Sozialleistungen. Das letzte Drittel reicht dann gerade noch für die Steuern.“ Demnach stünden den rund 38,5 Millionen Beschäftigen in Deutschland drastische Leistungseinschnitte im Sozialsystem bevor. Die Dramatik der Bevölkerungsentwicklung veranschaulichte Raffelhüschen wie folgt: „Grafisch aufbereitet ähnelt das Idealbild einer Pyramide. In Deutschland haben wir aber eher einen Kebab-Spieß. Und der wird immer mehr zu einem Pilz.“ Anders ausgedrückt: „Heute finanzieren zwei Erwerbstätige einen Rentner, 2032 jeder seinen eigenen.“ Der daraus resultierende Effekt sei für die nächsten 30 bis 50 Jahre irreparabel.

Sowohl die Rürup-, als auch die Herzog-Kommission seien daher auch zu denselben Ergebnissen gekommen: Das Rentenzugangsalter musste auf 67 Jahre angehoben werden, um die steigende Lebenserwartung auszugleichen. Darüber hinaus sei die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors, der in den nächsten Jahrzehnten eine reale Rentenkürzung um 20 Prozent bewirkt, notwendig gewesen. Zukünftige Renten würden deshalb nur noch knapp oberhalb des Sozialhilfeniveaus liegen.

Probleme für Kommunen

„Da die Leute zwar älter werden, aber nicht unbedingt gesund altern“, werden laut Raffelhüschen künftig Probleme auf die Kommunen zukommen, denen man heute schon in der Planungsphase gerecht werden müsse. Der Ökonom verwies in diesem Zusammenhang unter anderem auf einen überdurchschnittlich hohen Bedarf an Pflegeheimen für Demenzerkrankte. **DK**

Ins Goldene Buch der Stadt Garching trug sich Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein auf Bitte von Bürgermeisterin Hannelore Gabor ein. Bild: DK

„Bayern ist dort, wo ...

(Fortsetzung von Seite 1)

ro werde der Anteil des kommunalen Straßenbaus an den Mitteln aus dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz für heuer auf 135 Mio. Euro festgelegt. Damit und mit dem durchschnittlichen Fördersatz von über 50 Prozent sollen alle vorliegenden und im Laufe dieses Jahres neu eingehenden Förderanträge für die für heuer vorgesehene Baumaßnahmen im Förderprogramm 2008 berücksichtigt werden. Damit will man einen Antragsstopp oder Antragsstau verhindern.

Jedem Kind ein Instrument

Die ebenfalls in der letzten Sitzung des KPV-Hauptausschusses beschlossene Initiative „Jedem Kind ein Instrument“ nimmt weiter Formen an, wie der Landesvorsitzende bemerkte. Bei einem Vier-Augen-Gespräch mit Ministerpräsident Beckstein habe er, Rößle, das Projekt vorstellen und erfolgreich für Unterstützung werben können. Ergebnis sei unter anderem die Zusage Becksteins, die Schirmherrschaft für das Projekt zu übernehmen.

Ein Musikinstrument zu erlernen, fördert nachweislich die Entwicklung der Kinder in vielfältiger Weise. Aus diesem Grunde möchte die KPV das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ als Initiative der CSU-Kommunalpolitiker möglichst bayernweit auf den Weg bringen. Ziel ist es, allen Schülern der Grundschulen die Möglichkeit zu geben, über das schulische Angebot hinaus ein Musikinstrument zu erlernen. Im Landkreis Donau-Ries wurde nach Rößles Worten bereits in diesem Jahr an den drei Grundschulen der Großen Kreisstadt Donauwörth ein zu 100 Prozent von der Sparkasse Donauwörth finanziertes Pilotprojekt gestartet, das auf eine äußerst positive Resonanz bei Schülern, Eltern und auch bei den Musikvereinen gestoßen ist.

Flächendeckende medizinische Versorgung

In punkto Sicherung der patientennahen haus- und fachärztlichen Versorgung in Bayern tritt die KPV für eine auf die niedergelassenen Haus- und Fachärzte bauende flächendeckende medizinische Versorgung ein. Rößle plädierte zudem für eine bessere Finanzausstattung der kommunalen Krankenhäuser. Die Deckelung der Budgets müsse aufgehoben werden.

Begrüßt wurde von Rößle hingegen der Beschluss des Parteivorstands, der Familienpolitik oberste Priorität einzuräumen. An die Adresse der Staatsregierung gerichtet, wies er freilich darauf hin, dass das erstmals in Aussicht gestellte kostenfreie Kindergartenjahr „ein Konnexitätsfall“ sei. Die Kommunen lehnten eine Kostenbeteiligung an einem kostenfreien Kindergartenjahr strikt ab.

Politik aus einem Guss

Mit Blick auf die Landtags- und Bezirkstagswahlen rief der KPV-Vorsitzende schließlich dazu auf, „nicht müde zu werden, die Stärken der CSU immer wieder herauszustellen“. Das Zitat der Bundeskanzlerin „Bayern ist dort, wo der Bund hin will“ spreche Bände und müsse Ansporn sein für die letzten beiden Monate des Wahlkampfs.

Nach Grußworten der seit 1. Mai amtierenden Garchinger Bürgermeisterin Hannelore Gabor wies Parteichef Erwin Huber zunächst darauf hin, dass trotz „Stimmungsmache gegen die CSU“ die Partei mit ihrer „Politik aus einem Guss“ die anstehenden Aufgaben gut bewältigen könne. Huber verhehlte in diesem Zusammenhang jedoch nicht, dass man es mit einer zunehmend „differenzierten Gesellschaft“ zu tun habe, was für eine Volkspartei, die einen „möglichst großen Schirm spannen will“, nicht einfach sei. Eine geschlossene CSU sei aber in der Lage, auch diese Herausforderung zu meistern.

Ehrgeiziges Wahlprogramm

„CSU-Kommunalpolitiker und Staatsregierung sitzen in einem Boot“, fuhr Huber fort. Den Kommunalpolitikern innerhalb der Partei komme eine wichtige Aufgabe zu. Die kommunalen Spitzenverbände könnten die Arbeit der CSU nicht ersetzen. Im Übrigen neigten die Verbände gelegentlich dazu, das Thema Konnexität etwas übertrieben zu handhaben, monierte Huber.

Was die anstehenden Wahlen angeht, meinte der Parteivorsitzende, dass es der CSU in den vergangenen Monaten gelungen sei, „die gesamte Formation in innerer Einigkeit wieder darzustellen“. Ihr Wahlprogramm nannte Huber „ehrgeizig und realistisch“; das Ziel für ein starkes Bayern sei auch dem Alleinstellungsmerkmal der CSU zuzuschreiben.

Wähler mobilisieren

Entscheidend sei es nunmehr, die Wähler zu mobilisieren, fuhr Huber fort. Er appellierte an die Kommunalpolitiker, die Bürger anzusprechen und gegebenenfalls auch „wachzurütteln“. Den CSU-Anhängern müsse klar gemacht werden, „dass es auf ihre Entscheidung ankommt, wie es im Freistaat weitergeht“. Einer möglichen Denkzettelmentalität sei Einhalt zu gebieten.

Jahrzehntelang habe die CSU gekämpft, um nach vorne zu kommen, der bundesweite Spitzenplatz Bayerns sei unbestritten, so Erwin Huber. Kinder im Freistaat hätten dank des gegliederten Schulsystems die besten Chancen. Soziale Gerechtigkeit werde als Frage von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit betrachtet. Das Programm „Mehr netto für alle!“ gelte all denjenigen, „die täglich für sich und ihre Familien sorgen“. Hier müsse der Aufschwung endlich auf fruchtbaren Boden fallen. Grundsätzlich laute die Devise, „wehrhaft zu sein gegen eine gewisse Sozialdemokratisierung der Gesamtpolitik“. Die CSU erfülle hierbei „eine ganz besondere Mission innerhalb der Union“, so der Parteichef.

Jetzt gelte es, um jede Stimme zu kämpfen: „Je erfolgreicher wir aus der Landtagswahl hervorgehen, um so stärker ist auch unser Gewicht auf Bundes- und Europaebene“, meinte Huber abschließend.

Föderalismusreform

Mit der Föderalismusreformkommission II beschäftigte sich eingangs Ministerpräsident Beckstein. Momentan ist nach seinen Worten die öffentliche Diskussion auf Eis gelegt. Derzeit sei nicht erkennbar, „wohin der Hase läuft“. Fakt sei jedoch, dass Bayern, das solide gewirtschaftet habe, „sich nicht daran beteiligen wird, die Liederlichkeiten anderer Länder zu finanzieren“. „Bei aller Übereinstimmung mit der grundsätzlichen Zielsetzung der Föderalismusreformkommission II, das Verschuldungsproblem der öffentlichen Haushalte nachhaltig zu lösen, dürfe man die eigene Verantwortung für die Schuldenpolitik nicht aus den Augen verlieren. Bayern kommt seit 2006 ohne neue Schulden aus und hat im vergangenen Jahr mehr als 300 Millionen Euro Schulden getilgt. Nach Becksteins Überzeugung sollten die anderen Länder diesem Beispiel folgen und sich ebenfalls strikte Grenzen setzen.

Steuerungsmöglichkeiten für die Krankenhäuser

In einem kurzen Überblick streifte der Ministerpräsident die Themen GVFG und Stärkung des ländlichen Raums. Was die ärztliche Versorgung dort anbelangt, ist laut Beckstein die Haltung der Staatsregierung für die Kommunalpolitik von außerordentlicher Bedeutung: „Wir wollen beim dualen Finanzierungssystem bleiben, um auf diese Weise die Steuerungsmöglichkeiten für die Krankenhäuser durch die Kommunal- und Landespolitik zu behalten.“

Konnexitätsprinzip

Beim Thema Konnexitätsprinzip rief Beckstein dazu auf, „zu überlegen, dass wir nicht allein die Verschiebung von Lasten zum Inhalt unserer Politik machen dürfen“. Das Konnexitätsprinzip sei letztlich die Gewähr dafür, „dass das Land die Probleme nicht zu Lasten der Kommunen löst“. Was die kommunale Aufgabe Kinderbetreuung anbelangt, brachte der Ministerpräsident seinen Unmut darüber zum Ausdruck, „dass München als reichste deutsche Kommune eine unterdurchschnittliche Versorgung mit Kindergarten- und Krippenplätzen hat“. SPD und Grüne redeten zwar ständig über dieses Thema, doch von entsprechendem Handeln seien sie meilenweit entfernt.

Vorsprung in allen Bereichen

„Wir haben für die Menschen und die Kommunen in Bayern eine bessere Situation erarbeitet als in allen anderen Ländern“, lautet Beckstein zufolge die „Argumentationsschiene“ für den 28. September. Der Vorsprung erstrecke sich auf die Bereiche Arbeitsmarkt, Kommunalfinanzen, Pro-Kopf-Einkommen, Innere Sicherheit, Schule und Bildung, Energieeinsparung bis hin zu Fragen der Integration. Diesen Vorsprung gelte es nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen, machte Beckstein deutlich, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass „allein mit einer Bilanz aus der Vergangenheit wir nicht gewählt werden!“ Darum heiße das Ziel zunächst: „Wir wollen unseren Vorsprung so ausbauen, dass Bayern unter die fünf innovativsten Regionen der Welt kommt.“ Symbolhaft nannte der Ministerpräsident den Hochleistungsrechner im Garchinger Leibniz-Rechenzentrum, der nochmals für 130 Mio. Euro ausgebaut werden soll. Die Botschaft sei klar: „Ein starkes Bayern, geführt von einer starken Regierung, ist für den Bürger von Vorteil.“ Eine „Wackelkoalition“ sei keine Alternative.

Wunderbare Kampf- und Wertegemeinschaft

In dieselbe Kerbe hieb zum Schluss Generalsekretärin Christine Haderthauer: Sie bezeichnete die CSU als „wunderbare Kampf- und Wertegemeinschaft“. Mit Blick auf die September-Wahlen verwies sie darauf, dass die Programmatik inzwischen abgeschlossen sei; nun gelte es, die christlich-sozialen Inhalte mit Leben zu füllen. **DK**

Neue Online-Plattform:

Spendersuche auf gemeindeengel.de

Gemeindeprojekte transparent finanziert

Die schwäbische Gemeinde Wildpoldsried benötigt dringend Geld für die Erneuerung des Computerraums ihrer Volksschule. Die PCs sind mittlerweile fast 15 Jahre alt und hoffnungslos veraltet. Für die Aktualisierung des Computerraums fehlen ca. 18.000 Euro. Nun versucht die Stadt über die neue Internetplattform gemeindeengel.de Spender zu finden. Das neue Portal vereint die Ideen engagierter Bürger mit spendenwilligen Privatpersonen, Firmen oder Vereinen.

Im Frühjahr gründete Martin Banaschewski die Internetseite mit einigen Mitstreitern. Sein Ziel war es, einen privat organisierten Sozialetat zu schaffen, durch den die Bürger unabhängig von staatlichen Institutionen auf die Zukunft des Landes Einfluss nehmen können. „Ich will helfen, etwas von Bürgerseite zu bewegen“, so Banaschewski.

Die neue Plattform offeriert Bürgern und Gemeinden bundesweit die Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge für ihre Orte oder Stadtteile auf die Internetseite zu stellen und die benötigte Summe dafür anzugeben. Ob Blumenkästen für den Marktplatz, die Sanierung einer Burgruine oder Schlafplätze für Straßenkinder – die Wünsche der Kommunen sind breit gestreut. Sind die von den Gemeinden geprüften Ideen umsetzbar, können Vereine, Unternehmen oder engagierte Einzelpersonen im Internet auf die Projekte zugreifen und bei Interesse einen beliebigen Betrag spenden. Falls ein Projekt nicht vollständig finanziert werden kann oder sich die Bedingungen ändern, wird der Spender informiert und bekommt sein Geld zurück.

Banaschewski zufolge ist das Portal kein reiner „Spendensammelverein“, sondern eine kostenlose Internetplattform, auf der Spendensammler die Möglichkeit bekommen, deutschlandweit für ihr Projekt zu werben und damit einen größeren Adressatenkreis zu erreichen. Somit bekommt jede Idee, die bislang aufgrund mangelnder Haushaltsmittel nicht umsetzbar war, eine neue Verwirklichungschance. **DK**

9,8 Millionen Euro mehr für den ländlichen Raum

In diesem Jahr stehen dem Landwirtschaftsministerium für Investitionen im ländlichen Raum zusätzlich rund 9,8 Millionen Euro zur Verfügung. Wie Landwirtschaftsminister Josef Miller mitteilte, werden diese Gelder für investive Förderprogramme eingesetzt, für die Dorferneuerung und die Flurneuordnung sowie für das Einzelbetriebliche Investitionsförderprogramm.

Aufgrund der stabilen wirtschaftlichen Lage im Freistaat war die Aufhebung von Haushaltssperren möglich. Diese Mittel für die wichtigen und wirksamen Programme des ländlichen Raums verschaffen laut Miller zusätzliche Spielräume. Damit könnten laufende Vorhaben noch rascher umgesetzt werden. „Neue Schwerpunkte, wie die Innenentwicklung unserer Dörfer werden wir jetzt verstärken“, so der Minister. Zugleich werde damit die Voraussetzung geschaffen, um auch in den nächsten Jahren gezielt und maßvoll Projekte, insbesondere im Bereich der ländlichen Entwicklung, zu finanzieren. Erfreulich sei auch, dass sich für private Investoren die Wartezeit auf ihre Zuschüsse deutlich verkürzt. ❐

www.lfa.de

| Infrakredit Kommunal |

Der Infrakredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir ab sofort für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den Infrakredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Eine neue Finanzierungsmöglichkeit für Investitionen in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Verkehrsinfrastruktur, die mit stark zinsverbilligten Konditionen auf Ihr Interesse stoßen wird. Besuchen Sie unsere Internetseite www.lfa.de oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24-24 84. Wir sind für Sie da.

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Damit machbar wird, was denkbar ist.

Rottenbuch im Pfaffenwinkel:

Größte Pflanzenkläranlage im Freistaat in Betrieb genommen

Ultrafiltration: Leistungsfähiger als jede andere Technologie zur Trinkwasseraufbereitung

In der im Pfaffenwinkel gelegenen Gemeinde Rottenbuch ist Bayerns größte Pflanzenkläranlage in Betrieb genommen worden. Zusätzlich wurde die neue Wasserversorgung der Gemeinde eingeweiht, die Ultrafiltration zur Trinkwasseraufbereitung verwendet. Die dortigen Ultrafiltrationsanlagen stammen von der in Steingaden bei Füssen ansässigen Seccua GmbH. Seccua ist weltweiter Technologieführer auf dem Gebiet der Ultrafiltrationsanlagen; die Produkte des Unternehmens sind Kleinanlagen, die insbesondere für dezentrale Wasserversorgungen gedacht sind. Die Stadt Deggendorf zum Beispiel bereitet ebenfalls einen Teil ihres Trinkwassers mit Hilfe von Ultrafiltration auf.

Der weltweite Wasserverbrauch steigt stetig, die verfügbaren Ressourcen werden somit immer wertvoller. Neue Technologien sind gefordert, um aus bisher nicht nutzbarem Wasservorkommen sicheres Trinkwasser zu gewinnen. Dies gilt nicht nur in Schwellenländern, sondern auch in hochentwickelten Industrienationen wie Deutschland, Europa und den USA.

Ernsthafte Probleme

Weltweit sterben jährlich rund 2.200.000 Menschen an Krankheiten, die durch das Trink- oder Brauchwasser übertragen werden - weit mehr als 1.000 davon in Deutschland. Neben einer Belastung des Wassers durch Arzneimittelrückstände, Düngemittel und sonstige giftige Stoffe ist vor allem die bakterielle Verunreinigung des Grundwassers durch Legionellen, Kryptosporidien und EHEC-Bakterien ein ernsthaftes Problem. Die Ursache hierfür ist oft geologisch bedingt, da die natürliche Filterwirkung der Grundwasserdeckschichten für einen vollständigen Rückhalt von Bakterien immer weniger ausreicht.

Strikte Grenzwerte für das Trinkwasser

Die am 1. Januar 2003 in Kraft getretene Trinkwasserverordnung 2001 (TWO) schreibt äußerst strikte Grenzwerte für potenzielle Krankheitserreger im Trinkwasser vor: Die Grenzwerte für bakterielle Werte liegen bei 100 koloniebildenden Einheiten (KbE) je Milliliter für die Gesamtkeimzahl E-Coli; Enterokokken und coliforme Bakterien dürfen in 100 Millilitern Wasserprobe nach einem Anreicherungsverfahren nicht nachweisbar sein. Dennoch liefern 20 Prozent aller öffentlichen Trinkwasserversorgungen in Bayern keimbelastetes Wasser an ihre Verbraucher. Im Bereich der privaten Trinkwassergewinnung überschreiten gar 65 Prozent der Versorgungen die Vorgaben.

Maximale Entfernung von Krankheitserregern

Eine Desinfektion des Trinkwassers mit Chlor ist bei vielen Quell- und Brunnenwässern aufgrund der dabei entstehenden krebserregenden Nebenprodukte nicht möglich, zudem sind Krankheitserreger wie Parasiten und Sporen oft chlorresistent. Soll die gängige Methode der ultravioletten Bestrahlung als Desinfektion eingesetzt werden, muss die Trübung des Rohrwassers unter 0,1 FNU (Trübungseinheiten) betragen, damit wenigstens bakterielle Krankheitserreger von der UV-Strahlung erreicht und deaktiviert werden können. Vor allem bei karst- und oberflächennahen Quellen ist dies ein beinahe unlösbares Unterfangen. Die geforderte Trübungsentfernung ist ausschließlich mit dem Ultrafiltrationsverfahren möglich, hierbei werden dann gleichzeitig mehr als 99,99 Prozent aller Krankheitserreger aus dem Wasser entfernt.

Klare Vorteile durch Ultrafiltration

Die Ultrafiltration ist somit die einzige Technologie, die in einem einzigen Schritt sowohl Trübstoffe als auch Krankheitserreger, und in Verbindung mit einem Aktivkohlefilter sogar Arzneimittelrückstände aus dem Wasser entfernt – mit einer weitaus höheren Leistung als jedes andere Verfahren. Die Herausfilterung von mehr als 99,99 Prozent aller Keime wurde durch die Ultrafiltration in langwierigen Tests nachgewiesen, so dass das Trinkwasser hinterher in mikrobakteriell einwandfreiem Zustand ist. Eine weitere Desinfektion ist nicht mehr nötig.

Hundertprozentige Barriere

Bei der Ultrafiltration wird ein Membranfilter eingesetzt, dessen Poren nur ca. 15 Millionstel Millimeter groß sind. Zum Vergleich: ein menschliches Haar ist 60.000 Millionstel Millimeter dick. Die Poren des Filters sind also kleiner als alle mikrobakteriologischen Bestandteile des Wassers, so dass sie eine hundertprozentige Barriere gegen Mikroorganismen, Viren und Sporen bilden. Das verunreinigte Wasser wird mittels einer Pumpe mit einem Druck von ca. 0,5 bar durch die Ultrafiltrationsmembranen gepresst. Alle Bestandteile des Wassers, die größer als zehn Nanometer sind, bleiben in der Membran hängen. Auf diese Weise entfernt werden können zum Beispiel Bakterien (wie E-Coli, coliforme Keime, Enterokokken), Viren (wie Grippe oder Anthrax), Parasiten (wie Legionellen, Cryptosporidien) ebenso wie Trübungen und Rotfärbungen des Wassers durch Eisen.

Einsatzfälle

Zu den häufigsten Einsatzfällen der Ultrafiltrationsanlagen gehören die Trinkwasserentkeimung in dezentralen Versorgungsstrukturen (z. B. Haushalte, nicht zentral anschließbare Ortsteile oder Weiler, kleinere Quellen innerhalb größerer Versorgungsstrukturen), die Trinkwasserentkeimung in öffentlichen Einrichtungen (z. B. Krankenhäuser, Schulen, Altenheime) sowie die Brauchwasserentkeimung zur Entfernung von Legionellen in öffentlichen Einrichtungen (Krankenhäusern, Schulen, Schwimmbädern), Hotels und Gasthäusern.

Bisherige Technologien unzureichend

Gegenüber den herkömmlichen Methoden zur Trinkwasserentkeimung, wie UV-Bestrahlung, thermische Desinfektion oder dem Einsatz von chemischen Stoffen, die Keime oft nur unzureichend beseitigen, bietet die Ultrafiltration klare Vorteile: Sie wirkt effektiver als andere Verfahren und zwar unabhängig von der Wassertrübung. Ein Einsatz von Chemikalien ist nicht nötig, weshalb Gesundheits- und Umweltschäden vermieden werden können.

Wiederverkeimung wird gering gehalten

Die zunehmende Resistenz von Keimen gegen chemische Stoffe wird bei dieser Art der Wasseraufbereitung irrelevant. Und darüber hinaus bleiben bei einer Ultrafiltrierung keine toten Mikroorganismen im Wasser zurück, wodurch das Wiederverkeimungspotenzial sehr gering gehalten wird. Außerdem kann die Ultrafiltration problemlos mit anderen Verfahren zur Trinkwasseraufbereitung kombiniert werden: die Zugabe von Aktivkohle vor der Ultrafiltration entfernt Pestizide und Arzneimittelrückstände wie beispielsweise hormonähnlich wirkende Substanzen, mit der Nanofiltration können Pestizide und Huminstoffe herausgefiltert werden und eine der Ultrafiltration nachgeschaltete Umkehrosmose entsalzt das Wasser. ❐

Risikokapitalfonds für Ultrafiltration:

Seccua sichert Finanzierung

Die Seccua GmbH, Technologieführer auf dem Gebiet standardisierter Ultrafiltrationsanlagen zur Trinkwasseraufbereitung, hat sich die Unterstützung des Risikokapitalfonds der Allgäuer Sparkassen (RKF) gesichert. RKF wird von den Sparkassen Kaufbeuren, Allgäu und Memmingen-Lindau-Mindelheim getragen. Insgesamt beteiligen sich die Geldinstitute mit mehr als einer halben Million Euro an dem Unternehmen. Mit dem zusätzlichen Kapital soll vor allem die Markteinführung der neuen Produktserien Virex Pro und X-Spot unterstützt werden.

Bereits heute ist in vielen Regionen die Trinkwasserknappheit ein ernsthaftes Problem. Gleichzeitig ist das Grundwasser zunehmend durch Arzneimittelrückstände, Düngemittel und krankheitserregende Bakterien (z. B. Legionellen), belastet. Hier setzen die Produkte von Seccua an. Die Ultrafiltration ist die einzige Technologie, die in einem einzigen Schritt sowohl Trübstoffe als auch Krankheitserreger, und in Verbindung mit einem Aktivkohlefilter sogar Arzneimittelrückstände aus dem Wasser entfernt – mit einer weitaus höheren Leistung und Kosteneffizienz als jedes andere Trinkwasseraufbereitungsverfahren. ❐

Zweckverband Stauden-Wasserversorgung:

Böck folgt Gärtner

Erwartungsgemäß hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Stauden-Wasserversorgung bei ihrer konstituierenden Sitzung in Reichertshofen Josef Böck, Bürgermeister von Langenneufnach (2. v. r.), zum neuen Verbandsvorsitzenden gewählt. Der 49-Jährige fungierte bereits seit 2003 (seit dem Tod des damaligen Walkertshofener Bürgermeisters Johannes Schreiegg) als Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden Hartmut Gärtner, Bobingen (r.), der 35 Jahre an der Spitze stand. Neuer Vize an der Verbandsspitze beim Staudenwasser ist in den kommenden sechs Jahren Hermann Lochbronner (46), Bürgermeister des Marktes Kirchheim im Landkreis Unterallgäu (2. v. l.). Böck und Lochbronner waren die jeweils einzigen Kandidaten für die Posten der Verbandsvorsitzenden, sie wurden beide ohne Gegenstimme gewählt. Werkleiter Armin Drexl (l.) freute sich über den nahtlosen Wachwechsel an der Verbandsspitze. Text und Foto: wkl

Fachtagung der TU München zur Gewässerentwicklung:

Gefragte Ingenieurkunst

Nach der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (EU-WRRL) sollen alle Gewässer im Europäischen Raum bis zum Jahr 2015 einen „guten Zustand" erreichen. Dieser Zustand kann durch verschiedene Qualitäts-Komponenten definiert werden, wobei die hydromorphologische Situation des Gewässers ein zentraler Bestandteil ist. Dies betrifft in erster Linie den Wasserhaushalt, die Durchgängigkeit und die Morphologie eines Flusses.

Die bisherigen Bestandsaufnahmen und Monitoring-Programme haben gezeigt, dass die hydromorphologischen Belastungen das Erreichen der Umweltziele der EU-WRRL gefährden könnten. Aufgrund von Interessenskonflikten zwischen Wasserkraftnutzung, Schifffahrt und Hochwasserschutz müssen Kompromisse gesucht und interdisziplinäre Lösungsansätze entwickelt werden.

Gewässermorphologie

Die von der TU München durchgeführte Fachtagung „Gewässermorphologie und EU-Wasserrahmenrichtlinie" im oberbayerischen Wallgau beschränkte sich nunmehr auf Aspekte und Fragestellungen aus dem Bereich der Morphologie der Fließgewässer. Ziel der zweitägigen Veranstaltung, an der rund 200 Experten aus dem deutschsprachigen Raum teilnahmen, war es, für beteiligte Unternehmen, Planungsbüros, Wasserwirtschaftsverwaltungen sowie Forschungseinrichtungen eine Plattform zu bieten, auf der neue wissenschaftliche Entwicklungen, praxisbezogene Probleme und Erfahrungen präsentiert und diskutiert werden konnten.

„Bei der Gewässer-Renaturierung ist die Ingenieurkunst gefragt", erklärte Albert Göttle, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU). „Natur aus zweiter Hand klappt nur, wenn Biologen, Naturschützer, Landespfleger und Wasserbau-Ingenieure eng zusammen arbeiten." Nach Göttles Worten habe die Ingenieurkunst über mehr als 100 Jahre das Bild der Flusslandschaften geprägt und die meisten Fließgewässer für Schifffahrt, Wasserkraft, Landwirtschaft und zum Schutz von Siedlungen tief greifend verändert. Dies zeigten auch die Ergebnisse der Gewässerstrukturkartierung: Mehr als zwei Drittel aller untersuchten Bäche und Flüsse sind weitgehend umgebaut worden.

Zurück zu mehr Natur

Der von der EG-Wasserrahmenrichtlinie geforderte Weg zurück zu mehr Natur sei vor allem in den dicht besiedelten Industrieländern oder Kulturlandschaften eine Herausforderung, so der LfU-Präsident. Um die Ziele der EG-Wasserrahmenrichtlinie, insbesondere den „guten ökologischen Zustand" der Gewässer, erreichen zu können, müssten alle aktiv an einem Strang ziehen – Staat und Kommunen, aber auch die zahlreichen Nutzer wie zum Beispiel die Wasserkraftbetreiber.

Paradebeispiel

Als Paradebeispiel für die heutige Ingenieurkunst nannte Göttle die Renaturierung der großen Gewässer wie Isar oder Wertach: Bevor dort die Bagger anrückten, seien umfangreiche Voruntersuchungen und Modellprüfungen durchgeführt worden, damit beispielsweise die Natursteine statt der früher dort eingebauten Sohlschwellen dem Hochwasser auch sicher standhalten. Wo begradigte Flüsse wieder Raum in der Landschaft erhalten, müssten ausgeklügelte unsichtbare technische Begrenzungen eingebaut werden, damit die Gefahr für die Anlieger auch bei den „wilderen Flüssen" gering bleibt.

High-Tech-Verfahren

Ingenieurtechnische High-Tech-Verfahren wie eine Innendichtung sorgten dafür, dass Deiche auch tagelangem Hochwasser sicher standhalten können, erklärte Göttle. Gerade bei den natürlich aussehenden Umgehungsbächen an den Wehranlagen sei die sorgfältige Planung und Ausführung das A und O, damit wandernde Fischarten den Fischaufstieg auch wirklich annähmen.

Ergebnisse münden in Maßnahmenprogramme

Im Freistaat sind in den letzten Jahren rund 600 Kilometer der größeren Gewässer mit mehr als 1600 Hektar Uferfläche renaturiert worden. Mit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie erwarten die Umweltfachleute eine Zunahme der Projekte. Biologen des LfU und weiterer Umwelt-Fachbehörden überprüfen derzeit die Auswirkungen der Gewässerstrukturen auf die Gewässerökologie. An rund 600 Stellen in Bayern werden Fischarten und Kleinlebewesen im Gewässer detailliert vor Ort erfasst. Die biologischen Methoden geben Aufschluss darüber, an welchen Gewässerstrecken der Lebensraum verbessert werden muss. Die Ergebnisse fließen in Maßnahmenprogramme ein, die in einen Bewirtschaftungsplan für die jeweiligen Flussgebiete zusammengefasst werden. In Bayern sind dies im Wesentlichen Donau, Main, Elbe und Bodenseegebiet. **DK**

Gewässerentwicklung:

Durchdachte Konzepte sorgen für Mehrwert

Umweltminister Bernhard: Nach Japan, Indien, Brasilien und USA jetzt auch Spanien interessiert

Bayerns ausgeklügelte Gewässerentwicklungskonzepte sind durch ihren Mehrfachnutzen in Japan, Indien, Brasilien, den USA und jetzt auch Spanien auf Interesse gestoßen. Dies betonte Bayerns Umweltminister Otmar Bernhard auf der 8. ENCORE-Konferenz in Zaragoza (Spanien). Bernhard hat mit dem Umweltminister der spanischen Region Aragon, Alfredo Bone Pueyo, eine entsprechende Vereinbarung, ein sog. memorandum of understanding unterzeichnet.

Bernhard: „Die Expo 2008 in Zaragoza steht ganz im Zeichen des Wassers. Die europäischen Länder-Umweltminister haben sich deshalb ganz bewusst dort getroffen, um die brennenden Zukunftsfragen rund ums Wasser zu diskutieren. Auch das wasserreiche Bayern steht angesichts der klimatischen Änderungen vor wasserwirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen. Wetterextreme nehmen zu; Dürre und Hochwasser sind die Folge. Bayern hat jahrzehntelange Erfahrung und Wissen im Wasserbau, Hochwasserschutz und der Siedlungswasserwirtschaft. Mit diesem Wissen treten wir gerne in Austausch mit Partnerländern."

Für Bayerns Wasserbauer sei es selbstverständlich, Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts zu begreifen, zu sichern und zu entwickeln. Stabile Gewässerökosysteme sind die Lebensadern der Landschaft und Garant für die Biodiversität im und am Gewässer. Durch den Blick aufs Ganze gelang es in zahlreichen Projekten, Hochwasserschutz, Freizeit, Erholung und Naturschutz zusammen zu bringen.

Wichtige Elemente

Als gelungene Beispiele nannte der Minister das schwäbische Projekt Wertach Vital oder den Münchner Isar-Plan. Naturnahe Auen, Uferrenaturierung, Wiederherstellung der Durchgängigkeit, Erhöhung natürlicher Strömungsvielfalt sind wichtige Elemente des modernen Hochwasserschutzes. Damit dient auch der Hochwasserschutz der Stärkung der Biodiversität. Bayern gibt für den Hochwasserschutz jährlich rund 150 Millionen Euro aus. ❐

VBGW-Jahrespressekonferenz:

Bayerns Wasserversorgung führend in Europa

Auch gute Noten für Abwasserbeseitigung
Gegen Brüsseler Liberalisierungsbestrebungen

Mit einem Verbrauch von 135 Litern pro Tag sind die bayerischen Verbraucher sparsam im Umgang mit Wasser. Die Kosten eines Haushaltes für Wasser sind seit Jahren stabil. Zugleich ist die bayerische Wasser- und Abwasserwirtschaft europäischer Vorreiter bei Wasserqualität und -versorgung.

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Trinkwasser lag in Bayern im Jahr 2007 bei 135 Litern pro Tag. Die Wasserabgabe ist damit minimal zurückgegangen und stabilisiert sich auf niedrigem Niveau. Insgesamt werden in Bayern rund drei Prozent der verfügbaren Wasserressourcen für die Trinkwasserversorgung verwendet, 80 Prozent bleiben ungenutzt.

Die bayerischen Wasserunternehmen unterstützen den bewussten Umgang mit Trinkwasser, so der VBGW - Verband der Bayerischen Gas- und Wasserwirtschaft - bei seiner Jahrespressekonferenz in München. „Deutschland ist Europameister im Wassersparen“, erklärte der Vorsitzende des VBGW, Claus Gebhardt. „Weitere, politisch geförderte Wassereinsparungen sind nicht sinnvoll. Übermäßiges Wassersparen führt zu hygienischen Problemen in den Wasserleitungen“, warnte Gebhardt.

Zuverlässige Versorgung

Die Ausgaben der rund 2400 bayerischen Wasserversorgungsunternehmen lagen in den vergangenen Jahren bei rund 150 Millionen Euro. Die Investitionen in die Wassergewinnung und das Rohrnetz sichern die zuverlässige Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser sowie den Ausbau und die Modernisierung der öffentlichen Wasserversorgung. In die Modernisierung der Abwasserbeseitigung in Bayern fließen ca. 360 Millionen Euro. Mit überwiegend kommunalen Unternehmen ist die Wasser- und Abwasserbranche ein investitionskräftiger Wirtschaftszweig, der Umwelttechnologien fördert und Arbeitsplätze in Bayern garantiert.

Im vergangenen Jahr hat ein durchschnittlicher Drei-Personen-Haushalt in Bayern für den Wassergebrauch etwa 230 Euro bezahlt. Die Kosten sind damit seit mehreren Jahren deutlich geringer angestiegen, als die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten. „Berücksichtigt man den jeweiligen Wassergebrauch und die Leistungsstandards unserer Wasserversorgung, zahlen Bürger in Bayern jährlich weniger für Trinkwasser als Kunden anderer europäischer Länder“, so Gebhardt.

Die 2003 eingeführte „Verbändeerklärung Benchmarking Wasserwirtschaft“ hat zu einer Steigerung der Effizienz und der Versorgungsqualität geführt. Längere Versorgungsunterbrechungen kommen nicht vor, der Trinkwasserverlust unter 10 Prozent markiert den unteren Wert in Europa. Zudem hat Bayern, im Gegensatz zu vielen Nachbarstaaten, mit die höchsten Anschlussraten an die öffentliche Wasserversorgung; nahezu jeder Haushalt ist angeschlossen. 2007 lag der Anteil an Trinkwasserqualitätsmessungen mit Grenzwertüberschreitungen durchschnittlich unter 0,3 Prozent. „Der von unserer Branche eingeleitete Modernisierungsprozess kommt auch bei unseren Kunden an. 92 Prozent der Verbraucher sind mit ihrer Wasserqualität zufrieden“, erläuterte VBGW-Geschäftsführer Jörn-Helge Möller.

Führend ist Bayern auch bei der Abwasserbeseitigung: 96 Prozent der Bevölkerung sind an die Kanalisation angeschlossen, rund 94 Prozent sogar an Kläranlagen mit der höchsten, der dritten biologischen Abwasserreinigungsstufe. „Die bayerischen Abwasserunternehmen erfüllen flächendeckend die höchsten EU-Umweltschutz- und Reinigungsstandards“, verdeutlichte Möller. Vor einer möglichen Einführung einer vierten sehr teuren Reinigungsstufe mit Ultrafiltrationsanlagen in Bayern müsse erst die europaweite Umsetzung und Einhaltung der Qualitätsstandards gewährleistet sein.

Kernaufgaben der Daseinsfürsorge

Der VBGW, der jetzt durch Fusion in dem neuen Verband Bayerischer Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) aufgegangen ist, unterstützt die Position des Europäischen Parlaments, die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung als Kernaufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge zu betrachten. „Die Versorgung und die Leitungen sind ein natürliches, örtliches Monopol“, erläuterte Gebhardt. Das transparente Benchmarking-Projekt und die Modernisierungsstrategie gewährleisteten nachweislich hohe Trinkwasserqualität und hohe Standards bei der Abwasserbeseitigung. „Hierfür brauchen wir keine Liberalisierung. Die Effizienzverbesserungen durch die Modernisierungsstrategie kommen dem Verbraucher durch langfristig stabil Preise zugute“, sagte Gebhardt. **dhg.**

Hochwasserschutz für Schmidmühlen

Der Markt Schmidmühlen im Landkreis Amberg-Sulzbach ist künftig vor hundertjährlichem Hochwasser von Lauterach und Vils geschützt. Das betonte Umweltminister Otmar Bernhard anlässlich der Fertigstellung der Schutzmaßnahme. Für die zahlreichen Hochwasserschutzmaßnahmen mussten alte Gebäude weichen, zahlreiche andere sind entstanden. Das Ergebnis sind ein neues Ortsbild und ein passgenauer Hochwasserschutz.

Die Lage des Marktes Schmidmühlen am Zusammenfluss von Vils und Lauterach hat die Planer vor besondere Herausforderungen gestellt. Da ein Wasserrückhalt im Einzugsgebiet der Flüsse nicht möglich war, wurden im Ortsbereich technische Bauwerke und Rückhalteflächen geschaffen, so eine Flutmulde, Deiche an der Vils und an der Lauterach, Hochwasserschutzmauern, ein Schöpfwerk und ein Klappenwehr. Mit der so genannten „Marktbrille habe Schmidmühlen nun zudem eine markante Doppelbogenbrücke und ein neues Wahrzeichen. Dank der intensiven architektonischen Abstimmung fügten sich alle Bauwerke harmonisch ein.

Die Baumaßnahmen wurden nach einer Bauzeit von fünf Jahren abgeschlossen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 9,3 Millionen Euro. ❐

Auf der „Alzenaubrug“: Die Bürgermeister Walter Scharwies (r.) und Peter Maas. ❐

„Alzenau-Brücke“ in Sint-Oedenrode eingeweiht

Nachdem es in Alzenau seit Jahren eine Sint-Oedenroder Straße gibt, weist nun auch in der niederländischen Partnerstadt eine „Alzenau-Brücke“ auf die Freundschaftsbande zwischen beiden Kommunen hin.

Alzenaus Bürgermeister Walter Scharwies, der gemeinsam mit dem Geschäftsleitenden Beamten Mathias Simon an der „Brückentaufe“ teilnahm, bedankte sich für die Ehre, die der Stadt Alzenau durch die Namensgebung „an herausragender Stelle in Sint-Oedenrode“ zuteil werde.

Teil einer naturnahen Umgestaltung

Die „Alzenau-Brücke“ ist Teil einer naturnahen Umgestaltung der Dommel im Rahmen des Projekts „Dotterblom“. Die zweiteilige Brücke ist sowohl für den Kraftfahrzeugverkehr als auch für den Fußgänger- und Radverkehr konstruiert. Sie befindet sich unmittelbar an der Stadtmitte von Sint-Oedenrode. Im Bereich der „Alzenaubrug“ erhielt das Flüsschen Dommel sein früheres Flussbett wieder. Auch an einigen anderen Stellen wurde dem Gewässer wieder mehr Raum gegeben und an seinem Ufer Fuß- und Radwege sowie Plätze zum Verweilen angelegt. Die Dommel ist nun das Herzstück eines attraktiven Parks, der sich als natürliches Band um das Zentrum der 17.000-Einwohnerstadt zieht.

Denkmal

Unmittelbar an der „Alzenau-Brücke“ liegt ein Denkmal, das seit 1994 auf die Befreiung der Gemeinden im so genannten Korridor um Eindhoven durch die amerikanischen Luftstreitkräfte von der deutschen Nazi-Herrschaft hinweist. Noch heute finden regelmäßige Treffen der amerikanischen Befreier mit der niederländischen Vereinigung der „Airborn-Freunde“ statt.

Gemeinsames Europa gestalten

Bürgermeister Walter Scharwies: „Schlimmes ist im Namen Deutschlands während des Zweiten Weltkrieges in den Niederlanden geschehen. Diese schrecklichen Ereignisse sind für uns Deutsche deshalb in besonderem Maße Auftrag, Seite an Seite mit unseren Nachbarn ohne Wenn und Aber das gemeinsame Europa als großes Friedensprojekt weiter zu gestalten.“

Herausragende Geste

Scharwies bedankte sich bei Bürgermeister Peter Maas und den Verantwortlichen der Stadt Sint-Oedenrode und sieht die Namensgebung unmittelbar an der Erinnerungsstätte für die Befreiung von deutscher Besatzung im Herbst 1944 als herausragende Geste – in gleichem Maße bedeutsam wie die Entstehung der Partnerschaft vor 50 Jahren, als zwölf Jahre nach Kriegsende ausgehend vom Musikverein „Fanfare Nos jungit Apollo“ aus Sint-Oedenrode die Freundschaft mit dem Gesangverein „Harmonia“ Alzenau entstanden sei.

Sein Amtskollege Peter Maas erinnerte in seiner Ansprache daran, dass die Alzenauer Sänger bereits bei ihrer ersten Reise nach Sint-Oedenrode das Programm mit der Zeichnung einer Freundschaftsbrücke illustrierten. Man habe sich bei der Namensgebung bewusst für den historischen Standort entschieden: „Die offizielle Namensgebung an dieser Stelle ist allenfalls ein scheinbarer Widerspruch. Zwar werden bei den Älteren gerade an dem Befreiungsmonument Erinnerungen wach. Doch in der Welt hat sich viel verändert. Unsere Freundschaft ist längst Normalität. Deshalb freuen wir uns, mehr als 60 Jahre nach Kriegsende auch eine wahrhaftige Freundschaftsbrücke schlagen zu können. Die Anwesenheit der Airborn-Freunde ist hervorzuheben und symbolisiert ebenfalls unsere Verbrüderung. Sint-Oedenrode hat heute ein besonders Merkmal erhalten.“

Brückentaufe

An der Brückentaufe vor zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern aus Sint-Oedenrode nahmen auch die „Fanfare Nos jungit Apollo“ und mehrere Ortsvereine, darunter die Schützengilde Sint Joris teil. Dabei war auch eine Abordnung der Airborn-Freunde, deren Vorsitzender M.H.G.A. van Luyt Bürgermeister Scharwies ein Erinnerungsfoto der neuen Alzenau-Brücke überreichte. Er begrüßte ebenfalls die Namensgebung an der geschichtlich bedeutsamen Stelle, auch als deutlichen Hinweis auf das neue von Frieden und Freundschaft geprägte Miteinander von Deutschen und Niederländern. ❐

Umweltbildungsnetz bekommt Zuwachs:

„mooseum“ ist 43. Umweltstation

Bayern knüpft sein Umweltbildungs-Netz noch enger. Dies betonte Umweltminister Otmar Bernhard bei der Anerkennung der Ökostation „mooseum“ als 43. offizielle Umweltstation im schwäbischen Bächingen a. d. Brenz, Landkreis Dillingen. „Das ‘mooseum’ bringt den Menschen die einzigartige Natur- und Kulturlandschaft im schwäbischen Donaumoos näher“, so der Minister.

Bernhard: „In Bayern gibt es ein flächendeckendes Netz von rund 90 Umweltbildungseinrichtungen, jede zweite bereits als Umweltstation offiziell anerkannt. Das Konzept geht auf. Rund 9.000 Bildungs- und Ausstellungsangebote locken im Jahr über 500.000 Besucher - Tendenz steigend.“ Die Aufstockung des Förderprogramms im Nachtragshaushalt 2008 um 500.000 Euro auf rund 1,96 Millionen Euro im Jahr ermöglicht es, dass neue Umweltstationen anerkannt werden können, die dann mit gezielter Projektförderung durch den Freistaat belohnt werden. Bernhard: „Umweltbildung hat in Bayern einen permanent hohen Stellenwert. Denn nur Umweltwissen schafft Umweltgewissen.“

Das „mooseum“ macht auf die Naturschönheiten des Schwäbischen Donautales, seine Auen und Niedermoore, aufmerksam, zeigt aber auch Zusammenhänge mit den historischen und derzeitigen Nutzungen auf. Ziel ist auch Zukunftsperspektiven zu diskutieren, wie eine wirtschaftlich gesunde Entwicklung der Region unter Zuhilfenahme, aber auch Schonung der natürlichen Ressourcen des Schwäbischen Donautales möglich ist. Betrieben wird die neue Umweltbildungsstation durch den Förderverein mooseum - Forum Schwäbisches Donautal e. V.. Partner sind u.a. der Verein Donautal-Aktiv e.V. und Arbeitsgemeinschaft Schwäbisches Donaumoos. Als Umweltstationen werden Einrichtungen der Umweltbildung ausgezeichnet, die mit modernen Informationsmethoden und innovativen pädagogischen Ansätzen im außerschulischen Bereich Umweltbewusstsein fördern.

Weitere Informationen unter http://www.umweltbildung.bayern.de ❐

Internationales Klärschlamm-Symposium in Fürstenfeld:

Alternativen für Kommunen

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Novellierung der Klärschlammverordnung des Bundes ist die Diskussion über einen verantwortbaren Weg der Klärschlammentsorgung in vollem Gang. Um den Meinungsaustausch intensiv zu begleiten, die Risiken der bodenbezogenen Klärschlammverwertung aufzuzeigen und alternative Lösungswege vorzustellen, lud das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in Kooperation mit dem ATZ Entwicklungszentrum, dem bifa-Umweltinstitut, der TUM, dem Umwelt Cluster Bayern und der Bundeswehr Universität München zu einem Internationalen Klärschlamm-Symposium in das Veranstaltungsforum Fürstenfeld bei München ein.

Gegenstand des Internationalen Klärschlamm-Symposiums war neben verschiedenen politischen und regionalen Entwicklungen sowie dem wissenschaftlichen Forschungsstand auch die Sichtweise der Entsorger. Außerdem wurden Konzepte und Lösungen aus der Praxis vorgestellt und neueste Verfahren einer umweltfreundlichen Klärschlammentsorgung präsentiert.

Für Verbot der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung

Bayern setzt sich aus Gründen eines vorbeugenden Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzes für ein baldmögliches Verbot der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung ein. Grundlage hierfür bilden Beschlüsse des bayerischen Ministerrats aus dem Jahr 2001, die weiter konsequent verfolgt werden.

Klärschlamm kann in seiner Eigenschaft einer Schadstoffsenke der Abwasserreinigung eine unübersehbare Zahl an umweltrelevanten Schadstoffen mit vielfach unbekannter Wirkung auf Böden, Grundwasser und Nahrungsmittel enthalten. Die mit dem Klärschlamm abgeschiedenen Schadstoffe sind durch geeignete, in der Regel thermische Verfahren sicher zu beseitigen. Die Funde von perfluorierten Tensiden (PFT) in kommunalen Klärschlämmen in verschiedenen Ländern unterstreichen diese Position anschaulich.

Schwere Hypothek

Wie Umweltminister Otmar Bernhard unterstrich, berge die Klärschlammdüngung für Landwirte und Lebensmittelproduzenten weitaus mehr Risiken als Chancen und stelle langfristig eine schwere Hypothek dar. Bayern fordere deshalb zum einen ein Ausbringungsverbot und zeige gleichzeitig alternative Verwertungsmöglichkeiten auf.

Geplante Novelle geht nicht weit genug

Bernhard zufolge „deckt die 16 Jahre alte deutsche Verordnung längst nicht mehr das gesamte Risikopotenzial des Klärschlamms ab". „Was hilft es", so fragte er, „wenn die Schwermetallgehalte ordentlich gemessen und die vorgeschriebenen Grenzwerte eingehalten werden, im Klärschlamm enthaltene organische Schadstoffe wie Weichmacher, Tenside und Desinfektionsmittel hingegen nach Gesetz gar nicht analysiert werden müssen?"

Daher gehe auch die vom Bund geplante Novelle der deutschen Klärschlammverordnung nicht weit genug, erlaube sie doch weiterhin die Ausbringung, „wenn auch mit schärferen Grenzwerten".

Da Verbraucher keine Lebensmittel von Klärschlamm gedüngten Äckern wollten, habe er, Bernhard, EU-Umweltkommissar Dimas aufgefordert, die Klärschlammaufbringung europaweit zu verbieten oder zumindest den einzelnen EU-Staaten eine nationale Verbots-Möglichkeit einzuräumen. Zudem forciere Bayern den Ausbau der thermischen Klärschlamm-Verwertung, um Kommunen Alternativen zum „Schlamm gedüngten Acker" aufzuzeigen.

Quote weiter senken

In Bayern wird Klärschlamm bereits in sechs Müllheizkraftwerken, einem Kohlekraftwerk und vier Monoverbrennungsanlagen energetisch genutzt. So konnte die landwirtschaftliche Verwertung von 55 Prozent im Jahr 1997 auf heute rund 20 Prozent zurückgeführt werden. Durch den Bau von Kleinverbrennungsanlagen bei bestehenden Kläranlagen kann dem Minister zufolge diese Quote weiter gesenkt werden.

Wichtige Rohstoffquelle

Zudem wird ein langer Transportweg vermieden und die entstehende Wärme sinnvoll zum Trocknen des Schlamms genutzt. Zudem sei Klärschlamm mit jährlich rund 60.000 Tonnen Phosphor die größte Sekundärressource Deutschlands und damit eine wichtige Rohstoffquelle. „Methoden, den wertvollen Phosphor aus dem Klärschlamm zurückzugewinnen, gibt es", erklärte der Minister, weshalb der Bund eine Strategie zur nachhaltigen Nutzung aller Sekundärphosphorressourcen in Deutschland entwickeln sollte. **DK**

Wasser wird ab 2009 teurer

Rückläufiger Verbrauch bringt FWM in die Bredouille

Würzburg. Der Wasserpreis im Einzugsgebiet des Zweckverbands Fernwasserversorgung Mittelmain (FWM) wird 2009 steigen. Ab Januar soll der Kubikmeter Wasser, den der FWM an die Gemeinden verkauft, durchschnittlich 95 Cent kosten. Derzeit liegt der Durchschnittspreis bei 81 Cent. Die Erhöhung um 18 Prozent rechtfertigte die Verbandsversammlung in Würzburg mit steigenden Verlusten.

Die Wasserpreiserhöhung sorgte für Diskussionen, geht sie doch auf ein Paradox zurück: Weil die Wasserspar-Appelle an die Bürger Wirkung zeigen, sinkt die Wassermenge, die der Zweckverband verkaufen kann. Ein weiterer Einflussfaktor, der die Entwicklung des Wasserpreises bestimmt, ist die Industrie, die immer ausgetüfteltere Konzepte für wassersparende Armaturen auf den Markt bringt.

Ein Loch in die Kasse des Zweckverbands reißt schließlich der Abzug der US-Soldaten aus Würzburg. Die Würzburger Stadtwerke nehmen deswegen künftig weniger Wasser vom FWM ab. Weil die Kosten für Investitionen, Sanierungen, Energie und Personal bei rückläufigem Verkauf gleich blieben oder sich gar erhöhten, wies die FWM-Bilanz im Jahr 2007 ein drastisches Minus auf.

Laut FWM-Geschäftsführer Walter Höfling konnte der durchschnittliche Wasserpreis von 81 Cent insgesamt 12 Jahre gehalten werden. Anvisiert ist, den neu festgesetzten Preis von rund 95 Cent bis Ende 2014 stabil zu halten: „Worauf wir allerdings nicht schwören können." Möglich ist dies der Verbandsversammlung zufolge nur, wenn in den kommenden Jahren keine ungewöhnlichen Ereignisse auftreten.

Gerechtfertigt erschien den Verbandsräten der Preisanstieg mit Blick auf andere Zweckverbände. Laut Höfling verlangt etwa der Zweckverband Fernwasserversorgung Franken (FWF) von seinen Abnehmern seit letztem Jahr 1,15 Euro pro Kubikmeter. Zuvor waren es sogar 1,25 Euro. Mit steigenden Preisen für die jährlich rund 2,3 Millionen Kubikmeter FWF-Wasser, die der FWM zukauft, ist zu rechnen. Der aktuelle Vertrag mit dem Zweckverband Fernwasserversorgung Franken läuft Ende 2010 aus. Im neuen Vertrag werden, wie sich bereits abzeichnet, höhere Preise für Fernwasser aus der Region um Uffenheim verlangt werden.

Insgesamt verkaufte der FWM 2007 nur noch knapp 4,6 Millionen Kubikmeter Wasser an Städte und Gemeinden in den Kreisen Main-Spessart und Würzburg sowie an die Stadt Würzburg. Diese Wassermenge ist laut Höfling die geringste seit über zehn Jahren. Seit dem Trockenjahr 2003 nahm der Wasserverkauf stetig ab. Im Jahr 2003 wurden noch über fünf Millionen Kubikmeter Wasser verkauft. 2006 waren es nicht einmal 4,8 Millionen Kubikmeter.

Gleichzeitig stiegen in den vergangenen Jahren die Verluste. Diese betrugen 2007 fast 650.000 Euro, was ein Minus von 14,2 Cent pro verkauftem Kubikmeter Wasser bedeutete. Vor zehn Jahren machte der FWM noch einen Gewinn von fast 210.000 Euro. Den jährlich wachsenden Verlusten muss laut Höfling Einhalt geboten werden: „Sonst wird der Verband gefährdet." Mit der Wasserpreiserhöhung zum 1. Januar 2009 könne der Jahresverlust des FWM deutlich reduziert, allerdings nicht völlig beseitigt werden.

Geld benötigt der Verband in

Landrat Eberhard Nuß. ❐

den kommenden Jahren für umfangreiche Sanierungsarbeiten. Die existierenden Wasserversorgungsanlagen wurden in den 1970er Jahren in Betrieb genommen und sind teilweise marode. Aktuell wird ein „Wasserversorgungskonzept" erstellt, in dem der Zustand der Anlagen bewertet und Sanierungsmaßnahmen aufgezeigt werden sollen. Klar ist schon jetzt, dass der FWM in den kommenden Jahren rund eine halbe Million Euro für die Erneuerung der Anlage zur Chlordioxidbereitung im Wasserwerk Erlach aufwenden muss.

Neu gewählt wurde bei der Verbandsversammlung Würzburgs Landrat Eberhard Nuß als FWM-Vorsitzender sowie Rodens Bürgermeister Otto Dümig als sein Stellvertreter. **Pat Christ**

ARGE Wasser-Abwasser Niederbayern/Oberpfalz:

Trockener Inhalt, viel Zündstoff

Tagung in Oberpfraundorf mit hochkarätigen Referenten

Vertreter der Wasser- und Abwasserwirtschaft aus ganz Niederbayern und der Oberpfalz trafen sich in Oberpfraundorf im Bayerischen Jura, um über das technische Regelwerk und das neue Satzungsrecht zu diskutieren. Hierzu hatte die ARGE Wasser/Abwasser hochkarätige Fachreferenten eingeladen.

Wie Dagobert Knott, zum Zeitpunkt der Tagung noch amtierender Vorsitzender des Abwasserzweckverbands im Regental, betonte, sei es in letzter Zeit rund um das Thema Wasser und damit zusammenhängender europäischer Vorgaben ruhiger geworden. Gleichzeitig jedoch warnte er: „Das Thema ist nur verdrängt, aber noch lange nicht vom Tisch!" In diesem Zusammenhang forderte Knott die anwesenden Wasserversorger auf, intensiv Werbung für die kommunale Wasserversorgung zu betreiben.

Umfassendes Regelwerk

Mit der Bedeutung des technischen Regelwerkes für die Gemeinden und Zweckverbände befasste sich im Anschluss Dr. Stefan Herb vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Augsburg. Anhand diverser Beispiele verdeutlichte er die Hintergründe der in dem technischen Regelwerk zusammengefassten Vorschriften und dokumentierte unter anderem anhand von Fallbeispielen die Notwendigkeit der Einhaltung. Nur wenn der Wasserversorger auf dem neuesten Stand der Technik bleibe, könne er auch den gesetzlichen Vorgaben gerecht werden, gab Herb zu bedenken.

Als Basis für das umfassende Regelwerk nannte der Referent das Infektionsschutzgesetz und die Trinkwasserverordnung, untermauerte diese Aussagen zum Teil mit Negativbeispielen und verdeutlichte so die Gefahren der mikrobiologischen Verunreinigungen. Gleichzeitig ging er auf die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen ein. Generell empfahl Herb die kontinuierliche Prüfung des abzugebenden Wassers, um auf diese Weise das ganze Jahr die Kontrolle über die Reinheit des abgegebenen Lebensmittels zu erlangen. Fachpersonal sowie die verschiedenen zugelassen Stoffe zur Aufbereitung des Wassers bildeten weitere Eckpunkte seines Vortrags.

„Es ist vielleicht ein trockener Inhalt, doch er enthält sehr viel Zündstoff", bemerkte Knott und appellierte angesichts der Thematik an die Wasserversorger, nicht „Billigpreise um jeden Preis" zu forcieren. In den kommunalen Haushalten sah er die Verantwortung, die Grundlage für eine ordentliche Wasserversorgung gemäß des technischen Regelwerkes zu schaffen. Mit den Worten „Wasser darf auch etwas kosten. Es bewegt sich sowieso im Cent-Bereich" leitete er zum nächsten Thema über.

Juristische Feinheiten

Dr. Juliane Thimet vom Bayerischen Gemeindetag stellte ihrerseits Veränderungen in der neuen Mustersatzung für Ver- und Entsorger vor und wies explizit auf die juristischen Feinheiten sowie die aktuelle Rechtssprechung hin. Anhand einer Reihe von Beispielen verwies sie auf die Feinheiten sowie Nichtigkeitsfallen in den Satzungen und gab zu bedenken: „Wenn Sie vor Gericht stolpern, werden Sie merken, dass Sie eigentlich überhaupt nicht über eine gültige Satzung verfügen!"

Ebenso führte Thimet die notwendige „Vergangenheitsbewältigung" bei der Erstellung einer neuen Satzung an. Erfrischende Anekdoten sowie einige Extrembeispiele lockerten den juristischen Fachvortrag über das trockene Thema rund um Geschoßflächen und ähnliche berechnungstechnisch relevante Fakten immer wieder auf. So konnte sich kaum einer ein Lächeln verkneifen, als folgender Vergleich im Rahmen der wasser- und abwassertechnischen Veranlagung von Kirchen fiel: „Die Sakristei ist zu betrachten wie die Milchkammer des Kuhstalles!" Derartig fachlich aufgeklärt nutzte eine Vielzahl der Anwesenden die Zeit nach den Referaten zu Fachsimpeleien. **DK**

Euregio Inntal – Chiemsee – Kaisergebirge – Mangfalltal:

Heinritzi ist neuer Präsident

Bruckmühl - Nach drei Jahren wechselte satzungsgemäß die Präsidentschaft der Euregio Inntal – Chiemsee – Kaisergebirge – Mangfalltal wieder nach Bayern. Bei der Generalversammlung übergab der Tiroler Professor Walter J. Mayr den Vorsitz an den Bürgermeister der Marktgemeinde Bruckmühl im Mangfalltal, Franz X. Heinritzi und informierte über den Euregio-Leistungskatalog der vergangenen Periode.

Wie Mayr darstellte, wurde in den Jahren 2006, 2007 und 2008 an insgesamt 15 Personen und Institutionen der „Euregio Inntal Preis" verliehen, der außergewöhnliche Verdienste um die Pflege und Entwicklung von Beziehungen zwischen Bayern und Tirol auszeichnet. Die Planungen für die Verleihung 2009 liefen bereits, Vorschläge für potenzielle Preisträger würden von der Euregio-Geschäftsstelle gerne entgegen genommen.

Leistungskatalog

Eigene EU-geförderte Projekte wie der Euregio Inntal Kulturführer konnten Mayr zufolge umgesetzt werden. In zahlreichen anderen Projekten fungierte man als Partner - so z. B. bei der „IT-Region Salzburg, Rosenheim, Kufstein", einem Vorhaben mit Gesamtkosten in Höhe von rund 1,1 Mio. Euro mit dem Ziel, die gemeinsame Region als IT-Wirtschafts- und Betriebsstandortraum zu profilieren.

Etablierte Anlaufstelle

Sehr gut etabliert hat sich laut Mayr die Euregio als Anlaufstelle für grenzüberschreitende Belange. Die Geschäftsstelle berät Interessierte laufend über die Möglichkeiten einer EU-Förderung. Allein in der neuen Förderperiode des Programms INTERREG Bayern - Österreich 2007 bis 2013 (Projektgenehmigungen seit Februar 2008) wurden bis dato Aktivitäten aus der Region mit Gesamtkosten in der Höhe von rund 2 Mio. Euro durch den Begleitausschuss des Programms bewilligt und werden nun mit EU-Förderungen mit bis zu 60 Prozent umgesetzt. Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt lag im Bereich Jugendförderung und Jugendschutz.

Bedeutende Bausteine

Mitgliedschaften in überregionalen Ausschüssen und Plattformen, so etwa im Begleitausschuss, dem obersten Entscheidungsgremium im Förderprogramm INTERREG Bayern - Österreich, waren ebenso bedeutende Bausteine der Euregio-Arbeit in den vergangenen Jahren wie die Organisation von Informationsveranstaltungen zu den Themen Brennerbasistunnel oder Klimawandel in der Region.

Der neue Präsident Franz X. Heinritzi und sein Vorgänger stimmten darin überein, dass überregionale Zusammenschlüsse und Kooperationen in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen werden. Der grenzüberschreitende Gedanke müsse zum Wohle des Euregio-Gebietes weiter getragen werden. Die Euregio und ihre Mitglieder leisteten hier wertvolle Arbeit. **DK**

Benchmarking bei Bayerns Abwasserentsorgern:

Beweis für gute Qualität zu günstigen Preisen

Das erste freiwillige 'Benchmarking' ergab, das Bayerns Abwasserentsorger gute Qualität zu günstigen Preisen liefern. Dieses Fazit zog Umweltstaatssekretär Marcel Huber in Nürnberg zum Abschluss des Projekts. Huber: „Den wiederholten Brüsseler Liberalisierungsrufen erteilen wir eine klare Absage. Die Abwasserentsorgung in kommunaler Verantwortung garantiert hohe und zuverlässige Reinigungsleistung, gute Gewässergüte und nicht zuletzt mit die günstigsten Abwassergebühren in Deutschland."

Um dies schwarz auf weiß zu belegen, hat das Umweltministerium zusammen mit dem Bayerischen Gemeindetag, dem Bayerischen Städtetag und der DWA 2007 ein Benchmarking-Projekt gestartet. Teilgenommen haben 166 Unternehmen, die 46 Prozent der angeschlossenen Einwohner Bayerns repräsentieren. Für die nächste Runde 2009 sollen noch mehr Kommunen in Bayern überzeugt werden, Benchmarking als Modernisierungsinstrument vollständig und flächendeckend in Bayern einzuführen.

Huber: „Mit Benchmarking lernt man von den Besten. Das Projekt stellt Vergleichbarkeit her, fördert Defizite zutage und bietet so Impulse für die Verbesserung der Unternehmensprozesse. Zudem zeigte das Projekt auch, dass Effizienz nicht automatisch von der Größe des Unternehmens, sondern von optimierten Betriebsabläufen bestimmt wird." ❐

Architektouren 2008:

„Architektur belebt!“

Präsentation 181 eindrucksvoller Beispiele in ganz Bayern

Architektur kann anregen und motivieren, aber genauso für Kontroversen und Diskussionsstoff sorgen. Darum lautete das Motto zum diesjährigen „Tag der Architektur“ Ende Juni: „Architektur belebt!“ Mehr als 1.500 Projekte konnten in Deutschland, davon 181 in Bayern, besichtigt werden. Alle Projekte aus dem Freistaat entstanden in den letzten drei Jahren und wurden von einem unabhängigen Beirat ausgewählt.

Nicht jeden Tag eröffnet sich die Gelegenheit, Einfamilienhäuser, Kindergärten, kulturelle Einrichtungen oder Firmenzentralen zu besichtigen und Auskunft über deren Entstehungsgeschichte zu erhalten. Eine Chance, die der Öffentlichkeit in dieser Form nur einmal im Jahr geboten wird, zumindest wenn es um zeitgenössische Architektur in Deutschland geht. Jedes dieser Beispiele stellt einen Teil zeitgenössischer und regionaler Baukultur dar.

Anspruchsvolles Spektrum

Dabei dokumentiert das Spektrum der gezeigten Projekte, was anspruchsvolle Architektur zu leisten hat. Wie zum Beispiel Lösungsvorschläge zu Energiefragen, aber auch zum Wohnen im Alter. Beides Themen, mit denen sich die Gesellschaft nachhaltig auseinandersetzen muss. Und dass Architektur Garant für einen kulturellen wie auch wirtschaftlichen Mehrwert sein kann, ist ebenfalls eine Herausforderung, der sich viele Architekten erfolgreich stellen. Gleiches gilt für die Landschaftsplanung und den Städtebau, denn die Identität einer Region oder Stadt hängt letztlich auch von deren Baukultur ab.

Der Festakt, zu dem Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kultur geladen waren, fand im Plenarsaal des Bayerischen Landtags statt, der 2005 von Volker Staab Architekten, Berlin, komplett saniert wurde. Festredner waren Bundesminister Wolfgang Tiefensee, Landtagspräsident Alois Glück und Innenminister Joachim Herrmann.

Leistungsschau mit ungewöhnlichen Einblicken

Prof. Arno Sighart Schmid, Präsident der Bundesarchitektenkammer, vertrat dabei die über 120.000 Mitglieder der Architektenkammern in Deutschland, während der Präsident der Bayerischen Architektenkammer, Lutz Heese, mehr als 20.000 Mitglieder allein in Bayern repräsentierte. „Die Architektouren sind eine Leistungsschau bayerischer Architektur. Dabei eröffnen sich dem Besucher nicht nur ungewöhnliche Einblicke, sondern er erhält auch wichtige Informationen direkt von Architekten und Bauherren“, betonte Heese.

Lebendige Baukultur ist ein hohes Gut

In seinem Festvortrag wies Kommunalminister Joachim Herrmann darauf hin, dass lebendige Baukultur ein hohes Gut sei, weshalb das Erbe an Kulturgütern und Baudenkmälern erhalten und gepflegt werden müsse. „Das reiche historische Erbe ist uns Ansporn, bei neuen Bauvorhaben hohe baukulturelle Maßstäbe anzulegen. Ich fordere von Bund, Ländern und Gemeinden Mut zu architektonischer Qualität, die auch ihren Preis hat. Historische und moderne Bauten prägen ein Stadtbild umso mehr, je weiter sie von Einheitsschemata entfernt sind und besondere Akzente setzen. Solche Leistungen der Architektinnen und Architekten müssen allerdings auch ordentlich vergütet werden. Die Novellierung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure darf deshalb nicht einen Trend zur Billig-Architektur einleiten“, hob Herrmann hervor und ergänzte: „Ich freue mich daher, dass wir eine grundlegende Überarbeitung des Entwurfs der HOAI erreicht haben. Denn der vorliegende Entwurf erreicht nicht ansatzweise die angestrebten Ziele, nämlich die Anwenderfreundlichkeit zu verbessern, die Honorarermittlung zu vereinfachen, eine sinnvolle Abkoppelung der Honorare von den Baukosten zu erreichen und stärkere Anreize für kosten sparendes Bauen einzuführen.“ Für diese Ziele werde sich Bayern im Bundesrat einsetzen.

Wichtiges Instrument

Die Bayerische Staatsbauverwaltung setzt sich Herrmann zufolge in allen Bereichen, ob Staatlicher Hochbau, Städtebauförderung oder Wohnungsbau, für die Durchführung von Architektenwettbewerben ein. „Architektenwettbewerbe sind ein wichtiges Instrument, um schon in einer frühen Planungsphase zur Förderung von Baukultur beizutragen und gleichzeitig eine optimierte Planung zu erhalten“, stellte der Innenminister heraus.

Projekte der Bayerischen Bauverwaltung

Bei den Architektouren waren auch einige Projekte der bayerischen Bauverwaltung zu sehen – so die Überdachung des Odeons im Bayerischen Staatsministerium des Innern am Odeonsplatz in München. Ganz anders das neue Orang-Utan-Freigehege im Tierpark Hellabrunn der Landeshauptstadt, das mit der Konstruktion aus Baumstützen und sich verzweigenden Ästen der Krone eines großen Urwaldbaums ähnelt, überspannt von einer 1400 Quadratmeter großen Seilnetzkonstruktion und umgeben von einer gepflanzten Regenwaldszenerie.

Ausstellungen und Bustouren

Neben den Besichtigungsterminen gab es noch weitere Events. Los ging es bereits einige Tage zuvor mit der Podiumsdiskussion „Praxistauglich?“ im Lichthof der Hochschule München, Fakultät für Architektur, wo auch die Ausstellung „Architektouren 2008“ eröffnet wurde. In Kempten und Nürnberg organisierten die Treffpunkte Architektur Bustouren zu den einzelnen Projekten, in Würzburg gab es ein „Architekturcafé“ und ebenfalls eine Architektouren Ausstellung. **DK**

Ausschreibung kommunaler Grundstücksgeschäfte:

Erfolg bei Schwellenwert

... aber noch keine Rechtssicherheit

Gegen die derzeitigen Ausschreibungsvorgaben für den Immobilienmarkt einschließlich der städtebaulichen Verträge konnten Teilerfolge erreicht werden: Die bayerischen Kommunen müssen bei Baukonzessionen unterhalb des europarechtlichen Schwellenwerts diese strengen Vorgaben nicht beachten. Auf Bundesebene soll der Begriff des öffentlichen Bauauftrags so geändert werden, dass der Verkauf von Grundstücken in der Regel nicht mehr dem Vergaberecht unterliegt. Endgültige Rechtssicherheit kann jedoch erst die höchstrichterliche Rechtsprechung bringen.

Durch eine Reihe von Entscheidungen des Oberlandesgerichts Düsseldorf und weiterer deutscher Vergabegerichte wurde der kooperative Städtebau erheblich beeinträchtigt. Nach diesen Richtersprüchen liegt immer dann ein vergabepflichtiger öffentlicher Bauauftrag in Gestalt einer sog. Baukonzession vor, wenn die Kommune ein Grundstück verkauft und dies mit einer Bebauungsverpflichtung verbindet. Betroffen ist der gesamte kooperative Städtebau mit Investorenwettbewerben, bei denen ein Investor ein Grundstück erwirbt und die Immobilie nach städtebaulichen Gesichtspunkten errichtet werden soll. Ausschreibungsfrei sind somit nur Grundstückskaufverträge, die keinerlei weitere Bauverpflichtungen enthalten.

Der Bayerische Städtetag strebt gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Landes- und Bundesebene praxisgerechte Lösungen an. Hauptziel ist, die erheblichen Ausschreibungsvorgaben möglichst wieder zu beseitigen. Ein wichtiger Teilerfolg ist die Aussage des bayerischen Innenministeriums, dass die Kommunen bei Baukonzessionen unterhalb des EU-Schwellenwerts von derzeit 5,15 Mio. Euro nicht verpflichtet sind, die einschlägigen Vorschriften der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A) anzuwenden. Dies bedeutet für die Kommunen eine Entlastung, weil eine große Zahl von Grundstücksverkäufen unter diesem Wert liegen.

Noch erfreulicher ist die Absicht der Bundesregierung, das Kartell-Vergaberecht zu novellieren. Der Gesetzentwurf wurde im Mai 2008 vom Bundeskabinett verabschiedet und soll zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Darin soll klargestellt werden, dass der Verkauf kommunaler Grundstücke mit Bauverpflichtungen in der Regel nicht unter das Vergaberecht fällt. Der Gesetzentwurf stärkt das Instrument der städtebaulichen Verträge. Als Wermutstropfen bleibt, dass die Fachleute derzeit nicht sicher sagen können, ob mit dieser Reform die Konsequenzen aus der deutschen Rechtsprechung rechtssicher bereinigt werden können. Ob diese Rechtsänderung dem Europarecht entspricht, steht erst fest, wenn eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs oder des Europäischen Gerichtshofs vorliegt. Wenn eine Stadt oder Gemeinde daher weiterhin „auf Nummer sicher“ gehen will, muss sie vorsichtshalber weiter ausschreiben. **IBSt**

Bausparen mit Riester-Option

LBS erwartet gutes Neugeschäft durch Eigenheim-Rentengesetz
2007 brachte Spitzenergebnisse

München. Die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) hofft auf ein kräftiges Neugeschäft. Bei der Bilanzpressekonferenz in München kündigte der Sprecher der Geschäftsleitung, Franz Wirnhier an, dass künftig Bausparverträge mit Option auf die Riester-Förderung abgeschlossen werden können. Grundlage hierfür ist das kürzlich verabschiedete Eigenheim-Rentengesetz, das die Integration der selbstgenutzten Immobilie in die staatliche Altersvorsorgeförderung ermöglicht. Die Anleger können also das Kapital sofort nach einer erfolgreichen Zertifizierung der neuen Produkte in einen Wohn-Riester-Vertrag umschichten und so maximal von der neuen Regelung profitieren.

Mit der Riester-Förderung ist ein gewisser Ersatz für die vor zweieinhalb Jahren gestrichene Eigenheimzulage geschaffen worden. Ein Problem ist allerdings die „nachgelagerte Besteuerung“. Für die Förderung muss man im Rentenalter Steuern zahlen. Anders als bei einer Riester-Rente, von der die Steuer abgezogen werden kann, steckt das Geld bereits im Eigenheim. Voraussichtlich vom 1. November an kommen die speziellen Wohn-Riester-Produkte auf den Markt. LBS-Kunden könnten jedoch, so Wirnhier, ab sofort LBS-Bausparverträge mit einer Umstellungsoption abschließen. Sobald der LBS die Zertifizierung ihrer Riester-Tarife vorliegen, würden die Verträge dieser Kunden kostenfrei in einen Tarif mit Riester-Förderung umgestellt.

Hohes Niveau gehalten

Das vergangene Jahr brachte der LBS erneut Spitzenergebnisse. Im Neugeschäft konnte das Sieben-Milliarden-Niveau der vergangenen Jahre gehalten werden, im Vergleich zu 2006 sogar mit leichten Zuwachsraten. In der Stückzahl um 2,6 Prozent auf rund 250000 Verträge, in der Bausparsumme um 1,6 Prozent auf 7,1 Milliarden Euro. Zwischen Januar und Juni 2008 wurde das zweitbeste Neugeschäft in einem ersten Halbjahr seit dem Bestehen der LBS Bayern registriert. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge lag 2007 mit 73,3 Millionen Euro und einem Plus von 10,2 Prozent deutlich über dem Vorjahr. Die dynamische Entwicklung in den vergangenen Jahren hat die Marktführerschaft der LBS behauptet.

Stark bei der Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen

Im ersten Halbjahr 2008 sind die Marktanteile im Bauspar-Neugeschäft auf 45,5 Prozent in der Stückzahl und 38,5 Prozent nach Bausparsumme gestiegen.

Insbesondere bei der Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen sind die LBS-Bauspardarlehen gefragt, wodurch das schwache Geschäft mit Neubauten mehr als ausgeglichen werden konnte. Im vergangenen Jahr wurden 17.339 Modernisierungsprojekte finanziert, zehn Prozent mehr als 2006. Von Januar bis Juni 2008 lag diese Zahl sogar um 15,5 Prozent höher als im Vergleichszeitraum 2007. Hauptursachen für dieses wachsende Geschäftsfeld sind der wachsende energetische Sanierungsbedarf im Wohnungsbestand und die explodierenden Rohstoffpreise.

Rückläufiges Sofortfinanzierungsgeschäft

Rückläufig hat sich das Sofortfinanzierungsgeschäft der LBS entwickelt. Hier ist nach Wirnhier zu berücksichtigen, dass dieses Geschäft in den letzten Jahren massiv erweitert wurde. Bedingt durch die sehr schwache Wohnungsbau-Konjunktur hat die LBS in den zurückliegenden 18 Monaten weniger Sofortkredite ausgezahlt. Bei den Vor- und Zwischenfinanzierungsdarlehen wurde 2007 ein Minus von 18,3 Prozent auf 371 Millionen Euro verzeichnet. Im ersten Halbjahr 2008 steht ein Minus von 10,1 Prozent auf 167,1 Millionen Euro in den Büchern.

Talfahrt des Neubaus

Sowohl die Fertigstellung von Bauten als auch die Baugenehmigungen erreichten nach Wirnhier 2007 einen historischen Tiefpunkt. So wurde bei den erteilten Baugenehmigungen in Bayern ein Minus von 31,2 Prozent auf 31769 Wohnungen verzeichnet.

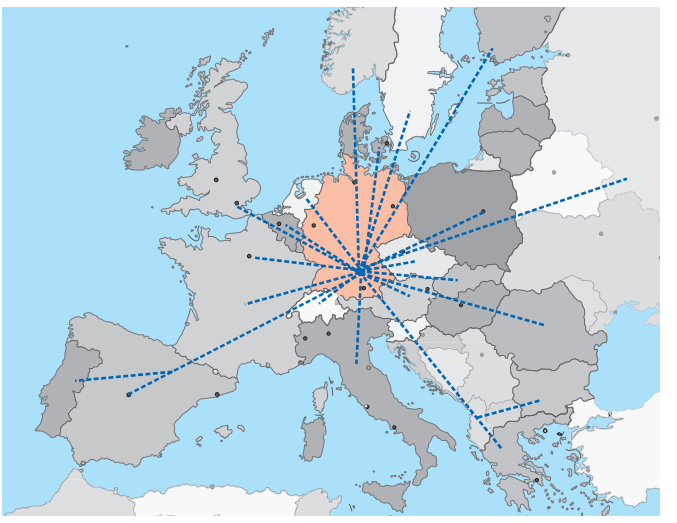
Von Januar bis Mai 2008 verringerte sich die Zahl der bewilligten Bauanträge nochmals um rund zehn Prozent. Die Talfahrt des Neubaus reduzierte auch das Marktvolumen für Wohnbaufinanzierer. Dennoch wuchs der Bestand an Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten auch 2007, und zwar um rund 60 Millionen Euro. **E. Scholl**

Für einen europagerechten Ausbau der Verkehrswege in Bayern

„Europa wächst zusammen. Seit dem 1. Mai 2004 liegt Bayern mitten im neuen Zentrum der EU. Aber die Mobilität stößt immer noch auf alte Grenzen. Doch erst neue Mobilität macht die Osterweiterung sinnvoll.“
Senator E.h. Gerhard Hess,
Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes

„Die Verkehrswege des Freistaates brauchen die enge Vernetzung mit denen unserer Nachbarländer. Engpässe müssen rasch beseitigt werden.“
Prof. Thomas Bauer,
Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes

Mobilität braucht Infrastruktur



Bayerns Verkehrswege mit Europa vernetzen: auf der Straße, auf der Schiene, auf der Donau.

BAUINDUSTRIE BAYERN

www.bauindustrie-bayern.de

Augsburg AG:

Stadt und Landkreise gehen gemeinsame Wege

Es war der erste gemeinsame öffentliche Auftritt des neuen Landrats des Landkreises Augsburg Martin Sailer, des neuen Oberbürgermeisters der Stadt Augsburg Dr. Kurt Gribl, und des Landrats des Landkreises Aichach-Friedberg Christian Knauer. Die Botschaft der gemeinsamen Auftaktveranstaltung: „Wirtschaftsförderung" ist ein regionales Thema und soll zukünftig in zahlreichen Themen in enger regionaler Abstimmung erfolgen. Als Koordinierungs-Instrument soll hierbei ein gemeinsames sogenanntes „Regionalmanagement" eingerichtet werden.

Das Thema regionale Kooperation bewegt die Verantwortlichen im Wirtschaftsraum Augsburg: Über 150 Gäste aus Wirtschaft, Politik und Verbänden drängten sich zur Auftaktveranstaltung des Regionalmanagements im großen Sitzungssaal des Landkreises Augsburg, um sich über das geplante Regionalmanagement, zu informieren - aber natürlich stand auch die weitergehende Frage nach der generellen künftigen Ausrichtung der Wirtschaftsförderung in der Region unausgesprochen im Raum.

Der Oberbürgermeister und die beiden Landräte nutzten die Gelegenheit, um dem hochkarätigen Publikum eine weit reichende zukünftige regionale Zusammenarbeit beim Thema Wirtschaftsstandort in Aussicht zu stellen. „Ich freue mich, dass ich mit meinen Kollegen aus der Stadt Augsburg und dem Landkreis Augsburg einig bin, dass wir den Wirtschaftsraum nur gemeinsam voranbringen können", betonte Landrat Christian Knauer.

Regionalmanagement

Gemeinsam planen Stadt und Landkreise ab 2009 ein Regionalmanagement einzurichten. Bis zum Herbst sollen in enger regionaler Abstimmung und im Dialog mit den regionalen Wirtschaftsakteuren Inhalte, sog. „Handlungsfelder" und erste konkrete Projekte des Regionalmanagements festgelegt werden. In einem offenen Prozess werden dazu politische Gremien, Wirtschaftsverbände und Kammern sowie Unternehmernetzwerke und Institutionen eingebunden, um Themen und Marschrichtung in einem integrierten Handlungskonzept festzulegen. Im Herbst soll das Konzept mit den politischen Gremien abgestimmt und dann öffentlich präsentiert werden.

Gemeinsame Vermarktung

Bei einigen Themen arbeiten Stadt und Landkreise bereits jetzt erfolgreich zusammen: Seit 2006 gibt es eine gemeinsame Vermarktung des Wirtschaftsstandortes im Rahmen der Standortmarketingkampagne A³ - das Regionalmanagement soll nun weitere Themen zur Kooperation in der Wirtschaftsförderung erschließen, die teilweise in den vergangenen beiden Jahren seitens der Augsburg AG bereits ‚angearbeitet' wurden.

„Wir haben mit der Initiative A³ schon gute Akzente gesetzt", so Landrat Martin Sailer. „Im gemeinsamen regionalen Prozess bietet sich uns eine Riesenchance, gemeinsam zu effizienten Strukturen zu gelangen, Synergieeffekte zu erzielen, Kernkompetenzen zu definieren und ein zwischen den Institutionen optimal abgestimmtes Leistungskonzept zu entwickeln."

Auch Andreas Thiel, Vorstand der Augsburg AG, erwartet sich vom Regionalmanagement eine Stärkung der bisherigen regionalen Aktivitäten: „Wir sind bereits in zahlreichen Projekten in der Region aktiv, z. B. bei unseren Aktivitäten zur Unterstützung der Unternehmensnetzwerke, mit dem Aktivkreis Immobilien und dem regionalen Netzwerk Forst & Holz und mit unserem Projekt zur Unterstützung unternehmensnaher Dienstleister ‚Die Dienstleistungsagenten'", so Andreas Thiel. „Wir erhoffen uns von einem Regionalmanagement eine solide Basis für eine Intensivierung der regionalen Wirtschaftsförderungsaktivitäten."

Regionale Projekte fördern

Grundsätzlich sollen mit dem Regionalmanagement keine zusätzlichen Strukturen entstehen, sondern regionale Projekte gefördert werden. „Unser Anliegen ist es, eine optimierte, leistungsfähige Struktur der Wirtschaftsförderung mit aufeinander abgestimmten Aufgaben und Schnittstellen im kommunalen und im regionalen Kontext herauszubilden", betonte Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl. „Das Regionalmanagement wird an einer Wirtschaftsförderungsstruktur organisatorisch aufgehängt werden, sei es die Augsburg AG wie in der laufenden Konzeptionsphase oder eine Nachfolge-Organisation, sei es eine andere, existierende Institution."

Für die Einrichtung des Regionalmanagements werden beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Fördermittel beantragt, die Personalkosten des Regionalmanagements über 3 Jahre fördern. Die Aktivitäten im Wirtschaftsraum Augsburg werden auch vom Wirtschaftsministerium überaus positiv gesehen: „Wir freuen uns, dass die Initiative zur Einrichtung eines Regionalmanagements im Wirtschaftsraum Augsburg auf so großes Interesse stößt", so Ministerialrätin Christine Herrgott.

Das Vorhaben wird auch von Seiten der Wirtschaft begrüßt: „Wir sehen bei Themen der Infrastrukturentwicklung, der Bildung und der Stärkung der regionalen technologischen Kompetenzfelder zahlreiche wichtige Ansatzpunkte für die Region", so Stefan Holzamer, Vorsitzender des Industrie- und Handelsgremiums Augsburg Land.

Erste Ansatzpunkte

Erste mögliche Ansatzpunkte für das Regionalmanagement präsentierte Dr. Manfred Miosga von der Agentur Identität & Image, der im Auftrag der A³-Partner als Berater das Handlungskonzept für das Regionalmanagement erstellen wird. „Der Wirtschaftsraum Augsburg ist ein starker Wirtschaftsstandort - im Vergleich der wirtschaftlich äußerst dynamischen Europäischen Metropolregion München besteht aber bei vielen Wachstumsindikatoren noch Nachholbedarf", so Miosga. „Der Wirtschaftsraum Augsburg kann sich durch einen gemeinsamen Auftritt und abgestimmte Aktivitäten in der Europäischen Metropolregion München viel effektiver positionieren."

Ideen und Expertise

Mit dem Aufruf, sich mit Ideen und Expertise in die Konzeptionsphase einzubringen, in Gesprächen, der Chancenkonferenz oder im Rahmen der Beratung in den politischen Gremien; schloss die Auftaktveranstaltung.

Nun folgen einige Monate inhaltlicher Arbeit bis zur Vorlage der Ergebnisse und dem Start der operativen Phase des Regionalmanagements im Jahr 2009.

A³ Wirtschaftsraum Augsburg

Unter der regionalen Dachmarke A³ haben sich die beiden Landkreise Aichach-Friedberg und Augsburg sowie die Stadt Augsburg mit dem Ziel des gemeinsamen Standortmarketings zusammengeschlossen. Die Augsburg AG wurde mit der Durchführung der operativen Maßnahmen beauftragt. Die Wirtschaftsregion wird im Rahmen der Standortmarketingkampagne A³ als eine Einheit im In- und Ausland unter Einbeziehung der regionalen Alleinstellungsmerkmale wie Umwelttechnologie, Maschinenbau / Mechatronik, Faserverbundtechnologien und Informations- und Kommunikationstechnologie positioniert.

Augsburg AG

Die Augsburg AG betreibt im Auftrag der Stadt Augsburg Wirtschaftsförderung für den Raum Augsburg. Sie ist die erste private Wirtschaftsfördergesellschaft in Form einer Aktiengesellschaft in einer deutschen Großstadt-Region. Seit 2004 ist die Augsburg AG zusätzlich für die Messe Augsburg zuständig, seit 2006 auch für die Kongresshalle. Gerhard Leypoldt ist als Vorstandsvorsitzender verantwortlich für das Gesamtunternehmen Augsburg AG mit allen Tochterunternehmen und Beteiligungen. Seit Ende 2005 engagiert sich die Augsburg AG in ihrem Geschäftsfeld Netzwerk- und Unternehmensbetreuung unter Leitung des Vorstandes Andreas Thiel für die Anliegen der Augsburger Unternehmen. ❐

Die Ziegelwerke Leipfinger-Bader befinden sich seit fünf Generationen im Familienbesitz. Von links: Elfriede Bader-Nusser mit Ehemann Kastulus Bader (Inhaber) und Unternehmensnachfolger Thomas Bader mit Ehefrau Caterina. ❐

Ziegelwerke Leipfinger-Bader:

Doppelter Grund zur Freude

Jubiläum und Einweihung einer neuen Produktionsanlage

Puttenhausen/ Landshut: Mit mehr als 600 geladenen Gästen haben die Ziegelwerke Leipfinger-Bader ihr 25jähriges Jubiläum am Produktionsstandort Puttenhausen gefeiert. Im Rahmen der Feierlichkeiten wurde auch die Produktionsanlage für die neuen „Mauerziegel mit Coriso-Technologie" offiziell eingeweiht.

Diese Ziegel sind mit Mineralgranulaten gefüllt, die den Wärme- und Schallschutz im Haus deutlich verbessern. Mit der Investition in die Anlage sichern die Ziegelwerke den zukunftsträchtigen Standort.

Seit mehr als vier Generationen ist das Familienunternehmen Leipfinger-Bader in der Ziegelproduktion tätig. An zwei Standorten in Süddeutschland stellen die Werke Mauerziegel nach neuestem Standard her und gehören mit ihren innovativen Produkten zu den leistungsstärksten Unternehmen der bayerischen Ziegelindustrie.

Besonderen Wert legt Leipfinger-Bader dabei auf Ökologie und einen langfristigen Werterhalt. Das spiegelt sich auch in den Produkten und der Herstellung wider: Die Ziegelwerke bieten ein breites Sortiment von massiven und wärmedämmenden Mauerziegeln an, die die hohen Ansprüche an Energie-Effizienz und CO2-Einsparung problemlos erfüllen. Mit seinen umweltfreundlichen Produktionsanlagen investiert das Unternehmen in technischen Fortschritt und Naturschutz. ❐

ISW

ISW-Fachtagung 14|08 **am 23.09.08 in Würzburg**
in Kooperation mit BBR und Akademie Frankenwarte

Von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zur lokalen Aktion

Zielgruppe: Bürgermeister, Amtsleiter, Mandatsträger

Teilnahmebeitrag: 50.- €. Nähere Informationen zu Themen und Referenten finden Sie unter **www.isw.de**

Kommunale Krankenhäuser:

Staatsregierung ist enger Partner

Krankenhaus in Lauf: Einweihung des Bauabschnitts 4a

„Wir sind überzeugt: Die kommunalen Krankenhäuser in Bayern sind unverzichtbar, sie werden auch weiterhin die wichtigste Stütze der akutstationären Versorgung bilden. Die Staatsregierung wird auch in Zukunft dem staatlichen Finanzierungsauftrag für Krankenhausinvestitionen höchste Priorität einräumen und enger Partner der kommunalen Krankenhäuser sein", bekräftigte Finanzminister Erwin Huber bei der Einweihung des Bauabschnitts 4a beim Krankenhaus in Lauf/Pegnitz.

Das Krankenhaus in Lauf sei aufgrund seiner Kompetenz im Bereich der Unfallchirurgie, der Inneren Medizin sowie der Gynäkologie und Geburtshilfe eine tragende Säule im Versorgungsnetz des Landkreises Nürnberg. Seit 1990 seien in drei vorangegangenen Bauabschnitten mit einem Fördervolumen von insgesamt 26 Millionen Euro bereits wichtige Bausteine für die Modernisierung der Klinik gelegt worden. Die Fertigstellung eines zusätzlichen OP-Saales im zentralen OP-Bereich markiere nunmehr einen wichtigen Schritt in der Optimierung der Krankenhausversorgung auf hohem medizinischem und medizintechnischem Niveau, zu dem Huber auch die Glückwünsche der Bayerischen Staatsregierung überbrachte.

Hoher Stellenwert

Die Erweiterung der OP-Abteilung im Anbau an der Westseite ist Bestandteil eines mit 2,5 Millionen Euro staatlich geförderten „Bauabschnitts 4a", mit dem auch die Wöchnerinnenstation ergänzt und ein Umbau für den Aufwachraum und die Neugeborenenabteilung vorgenommen worden ist. „Alle diese Maßnahmen verdeutlichen, welchen Stellenwert die Staatsregierung diesem Haus und seinem Leistungspotential beimisst", betonte Huber.

Eine nachhaltige Investitionsförderung sei Grundlage für die vorbildliche Krankenhausversorgung und Trägervielfalt in Bayern, stellte Huber heraus. So habe der Ministerrat erst vor kurzem ein millionenschweres Investitionspaket für die Krankenhäuser freigegeben. Der Krankenhausförderetat sei im Nachtragshaushalt 2008 um 25 Millionen Euro auf rund 478 Millionen Euro angehoben worden. Damit sei es unter anderem möglich, 18 neue Krankenhausbauvorhaben mit einem Gesamtkostenvolumen von nahezu 161 Millionen Euro finanziell abzusichern.

Für finanzielle Entlastung

Mit Blick auf Berlin betonte Huber, dass die Staatsregierung weiterhin deutlich für eine finanzielle Entlastung der Krankenhäuser eintreten und an der Krankenhausplanung durch die Länder festhalten wird. Als einen Erfolg der bayerischen Linie wertete er, dass sich die letzte Gesundheitsministerkonferenz gegen zentral vom Bund gesteuerte Baupauschalen ausgesprochen habe. „Eine zentralistische Krankenhausfinanzierung wird es mit uns nicht geben - auch nicht durch die Hintertüre. Im Hinblick auf die gute medizinische Versorgung wird der Freistaat auch weiterhin keine Kompromisse eingehen und das, was in Bayern erreicht worden ist, nicht in Frage stellen", versicherte Huber. ❐

Europas Wohnungsbaubranche:

Drohende Pleitewelle

Nachfrageschwund, Inflation und Kreditzinsen bewirken Preisverfall

Der europäische Wohnungsbau steckt in einer tiefen Krise. Zu diesem Schluss kommt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung http://www.ifo.de in einer aktuellen Markterhebung. Aufgrund der geplatzten US-amerikanischen Immobilienblase seien auch in Europa die Hypothekenzinsen gestiegen und Kreditbedingungen schlechter geworden. So sanken auch die Hauspreise in einigen EU-Ländern, was zu spürbaren Einbrüchen bei der Wohnungsbaunachfrage geführt hat.

Obwohl von dieser Abschwungentwicklung die vier in der Euroconstruct-Gruppe vertretenden osteuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei nicht von der Krise betroffen sind, bleibt die Situation merklich angespannt. „In Ländern wie Großbritannien, in denen Immobilien stark über Kredite finanziert werden, droht eine Pleitewelle", unterstrich RZB-Analyst Ronald Plasser gegenüber pressetext.

Laut dem Insider sei vor allem das Misstrauen bei den Banken hinsichtlich der Vergabe von Krediten zur Immobilienfinanzierung für die Krise verantwortlich. „Die Zinsanhebungen für viele Hypothekenkredite führen in Verbindung mit der sich abschwächenden Konjunktur samt zunehmenden Inflationsängsten dazu, dass viele ihre eigenen Verbindlichkeiten nicht länger fristgerecht bedienen können", erläuterte Plasser weiter. Dennoch sollte nicht generalisierend davon gesprochen werden, dass sich sämtliche EU-Länder hinsichtlich des Abschwungs in einem gleichen Krisenstadium befinden. „In Großbritannien und Spanien sieht die Lage sehr trist aus. In Norwegen oder Irland hingegen dürfte das Schlimmste bereits überstanden sein", so der Analyst auf Nachfrage von pressetext.

Ersten Erkenntnissen der restlichen 19 Euroconstruct-Institute http://www.euroconstruct.org zufolge wird das Wohnungsbauvolumen in 2008 sowie 2009 insgesamt über 5,5 Prozent abnehmen. Hauptursache für die Krise ist vielen Fachleuten nach vor allem der Umstand, dass die Branche ein Jahr zuvor, kurz vor dem Zusammenbruch in den USA, auf eine aggressive Expansionsstrategie gesetzt hatte. In Verbindung mit der sich nun in vielen Staaten Europas abzeichnenden Konjunkturabschwächung wird der Wohnungsneubau 2008 voraussichtlich um rund acht Prozent schrumpfen, so die Prognose. Laut den Insidern wurde ein Wert in dieser Größenordnung seit Beginn der 1990er Jahre nicht erreicht. Vor dem Hintergrund einer ansteigenden Inflation geht das ifo Institut sogar davon aus, dass sich die Bauleistung bis 2009 um rund 12,5 Prozent verringern wird. ❐

Die ESG – Global Player aus Fürstenfeldbruck

Technologietransfer und ideale Standortvoraussetzungen als Motor

Dass ein international agierendes System- und Softwarehaus mit seiner Zentrale und wichtigsten Betriebsstätte in einen Neubau umzieht, ist nichts Ungewohntes. Dass ein Hightech-Unternehmen aber die Boomtown München verlässt und bewusst einen Standort im Umland, rund 50 Kilometer entfernt wählt, sorgt hingegen für überregionale Aufmerksamkeit. Die ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH hat diesen Schritt im vergangenen Jahr getan: Seither arbeitet etwa die Hälfte der 1200 Beschäftigten – vornehmlich Ingenieure – nicht mehr im Münchener Osten, sondern in einem modernen und hellen Neubau in Fürstenfeldbruck.

Mit der Entscheidung, die Firmenzentrale an die Stadt an der Amper zu verlegen, hat sich die ESG für einen leistungsfähigen und zukunftsorientierten Wirtschaftsstandort im westlichen Umland Münchens entschieden. Vor allem der moderate Grundstückspreis und der moderate Gewerbesteuerhebesatz waren überzeugend. So konnten hier allein in den letzten zweieinhalb Jahren gegen den allgemeinen Trend rund 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, woran die ESG einen erheblichen Anteil trägt.

Branchenmix

Fürstenfeldbruck mit seinen 35.000 Einwohnern bietet eine gesunde Wirtschaftsstruktur, die sich im Großen und Ganzen durch einen ausgewogenen Branchenmix auszeichnet. Andererseits bilden sich aber durch die verstärkte Ansiedelung von Hightech-Betrieben immer deutlichere Cluster-Strukturen heraus. So zum Beispiel in Form hochspezialisierter Handwerksbetriebe im Industrie- und Gewerbegebiet Hasenheide Nord oder in Form einer IT-/Hightech-Meile in der Livry-Gargan-Straße im Stadtteil Buchenau. In unmittelbarer Nachbarschaft zu einem Unternehmen der Halbleiterindustrie findet die ESG auf einer Grundstücksfläche von ca. 18.400 qm, die noch genug Platz für bauliche Erweiterungen bietet, ideale Rahmenbedingungen vor. Nicht zuletzt auch wegen der in unmittelbarer Nähe gelegenen Anschlussstelle zur B 471, die direkt zur A8 (München-Stuttgart) und zur A96 (München-Lindau) führt, und des nahegelegenen S-Bahnhofes Buchenau, der über die S-Bahnlinie S8 eine direkte Anbindung zum Flughafen München erlaubt.

Gute Verkehrsinfrastruktur

Fürstenfeldbruck zeichnet sich aber auch allgemein durch eine gute Verkehrsanbindung und -infrastruktur aus. Allein die B 471 verfügt über sechs Anschlussstellen ins Stadtgebiet. Durch die günstige Lage zwischen den Wirtschaftszentren München und Augsburg ist eine gute Anbindung an die regionalen Verkehrsnetze sowie an den Flughafen München, den Flughafen Augsburg und den Sonderlandeplatz Jesenwang sichergestellt. Ein dicht ausgebautes Busnetz im gesamten Landkreis und die Verknüpfung mit dem Cargo-Netz der Deutschen Bahn runden die hervorragende Verkehrsinfrastruktur ab.

Vorreiter in ÖPP-Projekten

186 Millionen Euro Umsatz erwirtschaftete die ESG-Gruppe, zu der mehrere Tochtergesellschaften in Deutschland, Frankreich und den USA gehören, im vergangenen Jahr. Das Unternehmen ist Spezialist für die Entwicklung, Integration und den Betrieb komplexer Elektronik- und IT-Systeme. So ist es etwa an der Entwicklung der Elektronik aller militärischer Flugzeug- und Hubschrauberprojekte der letzten 40 Jahre beteiligt, zählt zu den wichtigsten Unternehmen für militärische Informationstechnologie und Software und ist einer der bedeutendsten Logistikpartner der Bundeswehr: Das Unternehmen ist Vorreiter in mehreren ÖPP-Projekten mit den Streitkräften und betreibt mit seinen Softwarelösungen unter anderem das zentrale Ersatzteillager der deutschen Streitkräftebasis und des Heeres. Im wehrtechnischen Bereich liegen demnach auch die Wurzeln der ESG – längst hat sich das Unternehmen aber fest im zivilen Markt etabliert und zählt alle deutschen Automobilhersteller, internationale Telekommunikationsfirmen und Unternehmen der Gebrauchsgüterindustrie zu seinen Kunden. Der Anteil dieser Sparten am Gesamtgeschäft liegt mittlerweile bei rund 40 Prozent.

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

Studie bescheinigt Bestnoten

Erst kürzlich bescheinigte eine vom Bundesforschungsministerium geförderte Studie der ESG Bestnoten für die Zukunft. Das Unternehmen habe es sich zum Ziel gesetzt, „führendes international operierendes System- und Softwarehaus für Entwicklungs- und Serviceprozesse softwareintensiver, komplexer, technologisch hochwertiger und sicherheitsrelevanter Produkte“ zu werden. Um künftige Trends frühzeitig zu erkennen, leistet sich die ESG ein institutionalisiertes Technologie- und Innovationsmanagement und führt strategische Marktbeobachtungen im Rahmen eines Trendscouting durch. „Die durch Foresight gewonnenen und im Wissensmanagement aufbereiteten Informationen fließen in den jährlich stattfindenden Strategieprozess ein“, heißt es in der Studie.

Erfolgreiche Strategie

Ein Beispiel für den Erfolg dieser Strategie ist der Einstieg der ESG in den Automobilmarkt Anfang der 90er Jahre. Das Unternehmen erkannte damals, dass das Innenleben eines Automobils künftig immer stärker von Elektronik geprägt sein würde. Als Experte für Flugelektronik verfügte die ESG genau über das Wissen und die Kompetenzen, welche Automobilhersteller und Zulieferer dazu benötigen. Heute unterstützt das Unternehmen bei der Entwicklung von Elektronik- und Softwaresystemen im Auto, schult Mitarbeiter und berät im Bezug auf Prozesse und Methoden. Dazu betreibt es rund 20 Niederlassungen im In- und Ausland, darunter auch ein eigenes Testcenter, in dem Modelle mehrerer Hersteller auf die Funktionsfähigkeit ihrer Elektronikanteile überprüft werden. Der Technologietransfer zwischen militärischen und zivilen Anwendungen ist bis heute ein Motor der Erfolgsstory ESG.

24 Standorte geprüft

Genauso strategisch wie der Einstieg ins zivile Geschäft fiel auch die Standortwahl für den Neubau der Firmenzentrale in Fürstenfeldbruck: Insgesamt 24 mögliche Standorte in und um München wurden geprüft. Davon blieben fünf Kandidaten übrig, die in zwei neutralen Gutachten bewertet wurden. Untersucht wurden unter anderem die Wettbewerbssituation, die Mitarbeiterperspektive, Grundstückspreise oder kommunale Rahmenbedingungen. In beiden Gutachten hieß die Empfehlung Fürstenfeldbruck.

Dem Standortbeschluss im Frühjahr 2004 folgte im Herbst 2005 der Spatenstich. Bereits im November 2007 konnte die ESG ihr 40-jähriges Firmenjubiläum mit vielen Gästen in der neuen Zentrale feiern.

Simulationszentrum

In ihrer neuen Zentrale in Fürstenfeldbruck betreibt die ESG unter anderem eines der modernsten Simulationszentren Deutschlands. Auf rund 1000 Quadratmetern Fläche arbeiten Ingenieure hier an Simulatoren und Demonstratoren und entwickeln neue Systeme, die in Zukunft in Luftfahrzeugen zum Einsatz kommen werden. Neben einem Hubschrauber CH-53, dem „Arbeitspferd“ der Bundeswehr, können bei der ESG auch der Hubschrauber TIGER sowie die Flugzeuge TORNADO, EUROFIGHTER und A400M „geflogen“ werden. Die Simulatoren dienen der Ausbildung von Piloten und des technisch-logistischen Personals und ermöglichen der Hubschrauber- oder Flugzeugcrew, auf günstige Art und Weise die Zusammenarbeit bei Einsätzen zu üben. Daneben unterstützen die Simulatoren die Entwicklung neuer Systeme und Funktionalitäten für künftige Luftfahrzeuge.

Vernetzte Anlagen

Die Anlagen der ESG sind dabei nicht als Insellösungen konzipiert, sondern miteinander vernetzt. So können komplexere Untersuchungen, die taktische Szenarien mit mehreren Hubschrauber- oder Flugzeugtypen, voraussetzen, bei der ESG erfolgen. Zusätzlich ist auch eine externe Vernetzung möglich: Mehrere Simulatoren der ESG nahmen beispielsweise an der Übung VIRTEL 2007 teil. Ende November 2007 wurden über ein Simulationsnetzwerk, das rund 50 Teilnehmer in ganz Deutschland umfasste, komplexe militärische Missionen simuliert.

Die ESG hat sich für einen leistungsfähigen und zukunftsorientierten Wirtschaftsstandort entschieden. Unser Bild zeigt den modernen und hellen Neubau. ❐

Optimales Umfeld

Mit der Entscheidung für Fürstenfeldbruck hat die Große Kreisstadt einen Global Player im Hightech-Bereich gewonnen. Der ESG eröffnet der Umzug die Möglichkeit, in einem optimal gestalteten Umfeld zu arbeiten und auch in den kommenden Jahren überproportional zu wachsen.

Neben den günstigen harten Standortfaktoren tragen hierzu auch wesentlich die zahlreichen weichen Standortvorzüge Fürstenfeldbrucks bei. Vor allem beim kulturellen Angebot oder bei den vielfältigen Möglichkeiten zur Naherholung und aktiven Freizeitgestaltung ist die Stadt besonders gut aufgestellt. Gerade hochqualifizierte Mitarbeiter wie die der ESG legen auf derartige Gelegenheiten großen Wert. Eingebettet in das historische Areal eines ehemaligen Zisterzienserklosters steht mit dem Veranstaltungsforum Fürstenfeld ein einzigartiges Kultur- und Tagungszentrum mit einem separaten Seminarbereich und insgesamt über 3.000 qm attraktiver Veranstaltungsfläche zur Verfügung.

Hoher Freizeitwert

Neben regional ansässigen Firmen nutzen Fürstenfeld mittlerweile auch zahlreiche bundesweit tätige Unternehmen für ihre Veranstaltungen. Aber auch der Freizeit- und Erholungswert ist in Fürstenfeldbruck sehr hoch. Sowohl im Stadtgebiet als auch in der unmittelbaren Umgebung gibt es zahlreiche grüne Lungen, die zum Radeln, Wandern, Baden oder einfach nur zum Entspannen einladen. Außerdem ermöglichen die zahlreichen lokalen Sportvereine nahezu jedem, ein passendes sportliches Betätigungsfeld zu finden.

Jörg Riedle/Florian Illing

Spatenstich für OP-Zentrum in München-Großhadern:

„Quantensprung für medizinische Versorgung“

Bayerns Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel haben in München-Großhadern den feierlichen ersten Spatenstich für den 135 Millionen Euro teuren Neubau eines OP-Zentrums vorgenommen. Günther Beckstein bezeichnete das neue OP-Zentrum als „Quantensprung für die medizinische Versorgung und Forschung in Bayern“. Damit entstehe am Klinikum Großhadern der Universität München eines der modernsten und größten OP-Zentren Europas.

Beckstein: „Dieser Tag ist ein wichtiger Tag nicht nur für das Klinikum Großhadern, sondern für die medizinische Versorgung in ganz Bayern. Mit 135 Millionen Euro greift der Freistaat tief in seine Kasse, um Medizin auf Weltklasseniveau zu gewährleisten. Mit dieser Investition aus unserem Innovationsprogramm BayernFIT bauen wir die führende Stellung in der Medizin speziell in München weiter aus. Vor allem verbessern wir die Lebensqualität vieler Menschen, die auf modernste medizinische Versorgung angewiesen sind.“

Auf höchstem Niveau

Wissenschaftsminister Goppel bezeichnete die Baumaßnahme als „herausragendes Signal für die Zukunftsfähigkeit des Klinikums der Universität München“. 32 reguläre und vier ambulante OP-Säle auf modernstem Leistungsstand, 70 Intensivbetten und eine Notaufnahme werden, so Goppel, Patientinnen und Patienten eine medizinische Maximalversorgung auf höchstem Niveau bieten. Mit einer Hauptnutzfläche von 14.600 qm sei das OP-Zentrum eine der größten und komplexesten Baumaßnahmen im Freistaat. Goppel: „Bayern setzt mit diesem Neubau einen klaren Schwerpunkt für den medizinischen Fortschritt und für eine optimale Patientenversorgung. Mit dieser Investition erfährt der Wissenschaftsstandort Bayern eine weitere gezielte Stärkung.“

Der Campus als Magnet

Der Campus Großhadern-Martinsried bündle schon heute medizinische und naturwissenschaftliche Forschung von internationalem Rang, akademische Ausbildung und Krankenversorgung der höchsten Leistungsstufe und habe sich zu einem weit über die Landesgrenzen hinaus sichtbaren Wissenschaftszentrum entwickelt. „Die Lebenswissenschaften auf dem Campus Großhadern-Martinsried werden mit der Einweihung des Zweiten Bauabschnitts der Fakultät für Biologie im September und mit der Verwirklichung des Biomedizinischen Zentrums eine enorme Stärkung erfahren. Der Campus hat sich zu einem Magneten für weitere wissenschaftliche Einrichtungen entwickelt, wie beispielsweise das Partnerinstitut des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen und das Institut für Schlaganfall- und Demenzforschung, deren wissenschaftlicher Betrieb sich aus Drittmitteln finanzieren wird“, hob Goppel hervor. ❐

Beginnende Generalsanierung der Realschule Elsenfeld

Eine weitere Etappe auf dem Weg zur Verwirklichung des größten Hochbauprojektes des Landkreises Miltenberg wurde mit dem dritten Bauabschnitt im Schulzentrum Elsenfeld begonnen. Mit einem Kostenvolumen von rund 38 Millionen Euro werden sowohl im Julius-Echter-Gymnasium auch die Räumlichkeiten der Staatlichen Realschule Elsenfeld generalsaniert und dem neuesten Stand der Technik angepasst. Jetzt erfolgte der Startschuss für die Sanierung der Realschule Elsenfeld.

Landrat Roland Schwing verwies darauf, dass mit den ersten beiden Bauabschnitten die Räumlichkeiten des Julius-Echter-Gymnasiums erweitert und generalsaniert wurden. Zusätzlich wurden Ganztagesbetreuungseinrichtungen geschaffen. Hierfür wurden rund 18,7 Millionen Euro investiert. Mit dem dritten und vierten Bauabschnitt werden die Räumlichkeiten der Staatlichen Realschule modernisiert. Beide Bauabschnitte werden voraussichtlich im Herbst 2010 abgeschlossen sein. Die Gesamtkosten werden mit rund 12,6 Millionen Euro veranschlagt. Der fünfte und letzte Bauabschnitt umfasst die Verwaltungsräume und Schulaula. ❐

Bayerische Landessiedlung®
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Lindenberg, Schwaben
Wohnanlage für betreutes Wohnen

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Halbjahres-Pressekonferenz der NürnbergMesse:

Mit Traummaßen auf der Sonnenseite

Über 140 Millionen Euro Umsatz im laufenden Geschäftsjahr

Mit einem deutlichen Umsatzplus wartet die NürnbergMesse im laufenden Geschäftsjahr auf. Wie Geschäftsführer Bernd A. Diederichs bei der Halbjahres-Pressekonferenz erläuterte, werde ein Wachstumssprung auf über 140 Millionen Euro erwartet, was einem Wachstum von rund zwölf Prozent, doppelt so viel wie ursprünglich geplant, entspreche. Angestrebt werde wiederum ein ausgeglichenes Jahresergebnis, das dritte in Folge. Die erhöhten Umsatzerlöse seien gleichermaßen durch die starke Nachfrage nach Eigen- und Partnerveranstaltungen inklusive MesseService sowie nach Gastveranstaltungen und Kongressen bedingt. Doch glänzten nicht nur die Fachmessen am Messeplatz Nürnberg mit zweistelligen Wachstumsraten; auch die Auslandsmessen „zündeten".

13 - 5 - 9: So lauten die Traummaße der internationalen Fachmessen der NürnbergMesse im ersten Halbjahr 2008: eine Steigerung gegenüber der jeweiligen Vorveranstaltung von 13 Prozent bei der verkauften Nettofläche, von fünf Prozent beim Fachbesuch und von neun Prozent bei der Zahl der Aussteller. „Das beweist eindrucksvoll die große Anziehungskraft unserer Themen vor dem Hintergrund einer robusten Konjunktur in Deutschland und Europa", erklärte Diederichs.

Internationale Fachmessen

Für die internationalen Fachmessen am Messeplatz Deutschland rechnet der AUMA, Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft, mit einem Plus von jeweils zwei Prozent bei der verkauften Fläche und beim Fachbesuch sowie von drei Prozent bei der Zahl der Aussteller. Nicht enthalten in diesem Vergleich ist die neue Fachmesse mailingtage, die die NürnbergMesse heuer erstmals in Eigenregie veranstaltete und die ebenfalls zweistellige Wachstumsraten verzeichnen konnte.

Erwartungen übertroffen

Was die Auslandsmessen anbelangt, so hatte die neue Kältemesse CholodExpo Rossija bereits im Februar in Moskau einen viel versprechenden Start. Alle Erwartungen aber übertraf die American Coatings Show (ACS) im Juni im US-amerikanischen Charlotte, waren doch Messe und Kongress ausgebucht und zum Teil überbucht. Und auch die zweite Auflage der BioFach China glänzte mit zweistelligen Pluszahlen bei Ausstellern und Besuchern.

Strategie ausbauen

Faktisch alle Veranstaltungen stehen für die Auslandsstrategie der NürnbergMesse, international vorrangig Themen aufzusetzen, die einen Bezug zu Nürnberg haben: Die IPB zur POWTECH (mechanische Verfahrenstechnik), die BioFach China zur BioFach in Nürnberg, die ACS zur European Coatings Show (Oberflächenbeschichtung) und die CholodExpo Rossija zur neuen Fachmesse Chillventa (Kälte, Raumluft, Wärmepumpen).

Grundstein für weltweite Kooperation

„Diese Strategie werden wir in Zukunft verstärkt ausbauen, mit Eigenentwicklungen, mit dem Kauf von etablierten Messen sowie durch Kooperationen", hob Diederichs hervor. So hätten mit der Unterzeichnung der „Global Fair Alliance" im Rahmen der fensterbau/frontale 2008 vier Veranstalter führender internationaler Fachmessen aus Asien, Europa, Nordamerika und Eurasien den Grundstein für eine weltweite Kooperation gelegt. Die erste Phase der Zusammenarbeit ist auf zehn Jahre angelegt und umfasst u. a. die Koordinierung von Messeterminen der Fenestration China, der fensterbau/frontale in Nürnberg, der GlassBuild America und der Istanbul Window.

Rekordverdächtiger Umsatzanstieg

Wie der Geschäftsführer zudem feststellte, stieg im vergangenen Jahr der Konzernumsatz der NürnbergMesse gegenüber den ursprünglichen Planwerten um rekordverdächtige neun Prozent auf 125 Millionen Euro. In der GmbH lag der Umsatz bei 119,2 Millionen Euro. Der Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) betrug 27,4 Millionen Euro, das operative Ergebnis 9,4 Millionen Euro.

Insgesamt beteiligten sich 2007 rund 25.800 Aussteller (Internationalität: 35 %), 765.000 Fachbesucher (Internationalität 20 %) und 475.000 Konsumenten an den Eigen-, Partner- und Gastveranstaltungen der NürnbergMesse. **DK**

Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt:

Mehr als 21 Millionen Euro für 77 Programmgebiete in Bayern

„Die Bund-Länder-Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt bleibt ein Schwerpunkt der Städtebauförderung in Bayern. Bund und Freistaat unterstützen dieses Jahr Projekte der Sozialen Stadt mit Finanzhilfen von insgesamt 21,4 Millionen Euro. Zusammen mit dem kommunalen Eigenanteil stehen somit über 35 Millionen Euro für Erneuerungsmaßnahmen in den Programmgebieten zur Verfügung", teilte Innenminister Joachim Herrmann anlässlich der Zuteilung der Mittel an die Programmkommunen mit.

„Die Soziale Stadt wird nächstes Jahr zehn Jahre alt, und das Interesse der bayerischen Städte und Gemeinden an dem Programm ist immer noch groß. So konnten wir heuer acht Programmgebiete neu aufnehmen", freut sich Herrmann. Die neuen Programmgebiete sind in Dachau, Geretsried im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, Straubing, Coburg, Aschaffenburg, Gerolzhofen im Landkreis Schweinfurt, Röttingen im Landkreis Würzburg und Augsburg. In der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt sind damit in Bayern heuer 61 Kommunen in 77 Programmgebieten aktiv.

Schwerpunkte der Maßnahmen

„Entscheidend für den Erfolg des Programms ist, dass investive Projekte durch gesellschaftspolitische Maßnahmen ergänzt werden. Hierfür ist es erforderlich, dass sich auch andere Förderbereiche sowie private Träger in den Soziale Stadt-Prozessen engagieren", so Herrmann. Die Schwerpunkte der Maßnahmen reichen über den baulich-städtebaulichen Bereich hinaus bis hin zu den Themenfeldern Bildung und Integration, lokale Ökonomie und Beschäftigung, Bürgerbeteiligung und Vernetzung sowie energetische Sanierung und Ökologie.

Die Liste der Programmkommunen und der Finanzhilfen steht im Internet unter http://www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/programme zur Verfügung. ❐

Lindauer Stadtarchiv ist umgezogen

Neue Heimat im Postgebäude - OB Petra Seidl: „Zukunftsfähige Entscheidung"

„Keineswegs verstaubt und grau" – so hat Oberbürgermeisterin Petra Seidl bei der feierlichen Eröffnung des Lindauer Stadtarchivs den „Wissensspeicher" bezeichnet. Nach wochenlanger, fast generalstabsmäßiger Planung und einem exakt vorbereiteten und organisierten Umzug hat das Stadtarchiv der ehemals freien Reichsstadt nun im 2. und 3. Obergeschoß des Postgebäudes auf der Insel eine neue Heimat gefunden. Die Ehemals Reichsstädtische Bibliothek verbleibt im Erdgeschoß des Alten Rathauses. Da sich die Stadtbücherei bereits seit einigen Monaten im Erdgeschoß und 1. Obergeschoß höchst erfolgreich präsentiert, schließt sich nun der Kreis.

Ein modernes Kommunalarchiv versteht sich nicht nur als Gedächtnis der Stadtverwaltung, sondern als Gedächtnis der gesamten Stadt. Das Archiv sammelt also nicht nur Schriftgut der Verwaltung, sondern auch alle anderen öffentlich zugänglichen Informationsträger. Dazu gehören auch Zeitungen, Zeitschriften, Nachlässe von Bürgern und Vereinen, Fachliteratur und vieles mehr. Diese Aufgabe konnte das Archiv in höchst beengten Räumlichkeiten im Alten Rathaus nicht mehr erfüllen. Die drangvolle Enge machte ein vernünftiges Arbeiten nicht mehr möglich.

Drangvolle Enge im Alten Rathaus

1951 war das Stadtarchiv zusammen mit der Ehemals Reichsstädtischen Bibliothek ins Untergeschoß des Alten Rathauses eingezogen. Damals umfasste das Archiv fast nur Schriftgut aus der Zeit vor 1800. In den folgenden fünf Jahrzehnten kamen dann nach und nach die Akten des 19. und 20. Jahrhunderts dazu, so dass die Raumkapazität bald erschöpft war. Für weitere Zugänge war kaum mehr Platz, obwohl viele Regale doppelt belegt waren. Das tat weder der Ordnung gut, noch wurde es konservatorischen Belangen gerecht.

Die drangvolle Enge ließ eine einwandfreie Bearbeitung des Archivs nicht mehr zu und behinderte auch die Arbeit der Nutzer massiv. Dazu kam, dass mit zunehmendem Platzbedarf des Stadtarchivs die Möglichkeit verloren ging, die Schätze der Ehemals Reichsstädtischen Bibliothek angemessen zu präsentieren. Die Ehemals Reichsstädtische Bibliothek umfasst rund 25.000 Bände, 14.000 davon zählen zum so genannten Altbestand, einer Zeit also als das Buch noch keineswegs eine Massenware war. Handlungsbedarf war somit dringend angesagt.

Entscheidung des Stadtrats

Nachdem sich die Pläne zerschlagen hatten, in der ehemaligen Knabenrealschule ein „Kulturzentrum" einzurichten, bot sich der Silberstreif am Horizont, als im Winter 2005 der neue Eigentümer des Postgebäudes, Frederick Paul, anbot, den beiden großen Kultureinrichtungen, Bücherei und Archiv, ein neues Domizil zu geben. Im Sommer 2006 hat sich der Stadtrat entschieden, diese Option anzunehmen. Allerdings stellte sich bald heraus, dass auch die Räume, die angemietet werden konnten, nicht ausreichen würden, neben dem eigentlichen Archiv auch die Ehemals Reichsstädtische Bibliothek angemessen unterzubringen. Bei einem Besuch in der Probstei in St. Gerold im Großen Walsertal entstand die Idee, die einzigartigen Schätze der Bibliothek im Alten Rathaus zu belassen um diese dann entsprechend attraktiv präsentieren zu können.

Generalstabsmäßige Planung

Von der Entscheidung des Stadtrates, die Option im Postgebäude anzunehmen bis zur Einweihung galt es viele Hindernisse zu überwinden und eine gigantische Organisationsarbeit zu bewältigen. Finanzielle und vor allem aber auch statische Probleme mussten gelöst werden. Papier hat Gewicht, im wahrsten Sinne des Wortes. So mussten erst die statischen Bedingungen erfüllt werden, um die tonnenschwere Last tragen und sicher unterbringen zu können. Das Ergebnis kann sich heute sehen lassen: Die einzelnen Funktionsbereiche, Magazine, Büros und der Öffentlichkeitsbereich sind klar getrennt. Alles ist schwellenfrei zugänglich.

Schnelle Zugriffsmöglichkeiten

Neu konstruierte Rollregalanlagen, Archivierungs- und Planschränke sorgen für eine Platz sparende und eine staubarme Aufbewahrung und sichern schnelle Zugriffsmöglichkeiten. Sie bieten rund 2000 laufende Regalmeter, gegenüber den alten Räumen ist das fast das Doppelte. Das ist allerdings kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Erstens können die Exponate jetzt übersichtlich und stets griffbereit aufbewahrt werden, zweites ist das neue Archiv so ausgelegt, dass die Zugänge der nächsten 25 Jahre problemlos untergebracht werden können.

Dienstleister für die Bürger

Archivarbeit ist kein Selbstzweck, sondern eine wichtige und unverzichtbare Dienstleistung für Verwaltung und Bürger. Das spiegelt sich auch im neu gestalteten Leseraum wider, der das Dreifache an Arbeitsfläche bietet als bisher. Auch kleine Gruppen, z.B. von Schülern, können hier arbeiten. Den Besuchern werden künftig sämtliche zugängliche Kataloge des Archivs elektronisch angeboten. Denn längst haben auch im Archiv moderne Medien und Techniken Einzug gehalten. Deshalb steht im Leseraum auch ein PC mit Internetanschluss. Wenngleich das weltweite Problem der Langzeitspeicherung elektronischer Daten bisher nach wie vor nicht befriedigend gelöst ist.

Mutige Entscheidung

Beim Festakt zur Eröffnung freute sich Oberbürgermeisterin Petra Seidl, dass es mit diesem Kraftakt gelungen sei, dass das neue Stadtarchiv seine Aufgaben als moderner Dienstleister an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Kultur gerecht werden könne. Das sei ein wegweisender Beschluss des Stadtrates gewesen, vor allem deshalb, weil es angesichts leerer Kassen nicht selbstverständlich sei, Geld in die Kultur zu stecken, Erst jetzt sei es wieder möglich, die drei wichtigsten Aufgaben des Archivs, die Bewahrung des Kulturgutes, die aktive Nutzung sowie die Pflege und Archivierung der Neuzugänge zu erfüllen. Seidl führte die Festgäste auf eine „Gedankenreise" des Archivs und der Ehemals Reichsstädtischen Bibliothek, die jetzt ein glückliches Ende gefunden habe. Sie habe stets dafür gekämpft, dieses wichtige Kulturgut der Stadt zu bewahren. Nur wer in der Vergangenheit nachschauen könne, sei im Stande, die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu bewältigen. Aus den Träumen sei nun Wirklichkeit geworden. Sie dankte allen, die mitgeholfen hatten, diesen Umzug so erfolgreich zu bewältigen, vor allem aber auch dem Stadtrat für die mutige und zukunftsfähige Entscheidung. ❐

Bayerischer Bauindustrieverband zur Re-Kommunalisierung:

Steuerliche Wettbewerbsverzerrung

Der Bayerische Bauindustrieverband hat in seinem Verbandsmagazin das Thema Re-Kommunalisierung erneut als ordnungspolitisch falsches Signal aufgegriffen und hierbei u. a. auf die steuerliche Ungleichbehandlung von kommunalen Anbietern und privaten Unternehmen hingewiesen.

Besonders gravierende Nachteile für die privaten Unternehmen ergeben sich laut Bauindustrieverband durch das sog. Umsatzsteuerprivileg. Während kommunale Unternehmen entsprechend den Vorschriften des deutschen Umsatzsteuerrechts im Regelfall von dieser Steuer befreit sind, unterliegen die Leistungen privatrechtlich organisierter Unternehmen dem vollen Mehrwertsteuersatz von 19 %.

Bundesrechnungshof mahnt erneut EU-konforme Regelung an

Auf diesen Missstand weist der Bundesrechnungshof in seinen Bemerkungen 2007 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes hin. Der Bundesrechnungshof hatte bereits in einem Bericht vom November 2004 auf verwaltungsmäßige, strukturelle und gemeinschaftsrechtliche Probleme hingewiesen, die bei der derzeitigen Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand bestehen.

Er hatte deutlich gemacht, dass juristische Personen des öffentlichen Rechts in vielen Bereichen auch dann nichtbesteuert werden, wenn sie im Wettbewerb mit privaten Konkurrenten Leistungen anbieten. Übernimmt z. B. eine Gemeinde für eine Nachbargemeinde entgeltlich die Abwasserbeseitigung, so wird diese sogenannte Beistandsleistung bisher nicht besteuert. Dies verzerrt den Wettbewerb zum Nachteil privater Anbieter und steht mit dem Gemeinschaftsrecht nicht im Einklang.

Der Bundesrechnungshof hatte bereits zu diesem Zeitpunkt empfohlen, die Umsatzbesteuerung bei der öffentlichen Hand grundsätzlich zu überdenken und das nationale Steuerrecht an die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben anzupassen.

Das Bundesministerium der Finanzen richtete daraufhin eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundes und der Länder ein, die den Bericht des Bundesrechnungshofes zum Gegenstand ihrer Beratungen machte. Konkrete Ergebnisse liegen jedoch bis heute nicht vor.

EuGH stärkt Position des privaten Wettbewerbers

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 8.6.2006 kann sich ein privater Wettbewerber unmittelbar auf das Gemeinschaftsrecht berufen, um die Umsatzbesteuerung der öffentlichen Einrichtung durchzusetzen. Der private Wettbewerber kann demnach vom Finanzamt eine Auskunft über die steuerliche Behandlung der konkurrierenden juristischen Person des öffentlichen Rechts verlangen. Falls diese nicht besteuert wird, kann er dagegen klagen.

Der maßgebliche Leitsatz des EuGH im Wortlaut: „Ein Einzelner, der mit einer Einrichtung des öffentlichen Rechts im Wettbewerb steht und der geltend macht, diese Einrichtung werde für die im Rahmen der öffentlichen Gewalt ausgeübten Tätigkeiten nicht oder zu niedrig zur Mehrwertsteuer herangezogen, kann sich im Rahmen eines Rechtsstreits gegen die nationale Steuerverwaltung auf Artikel 4 Absatz 5 Unterabsatz 2 der Sechsten Richtlinie 77/388 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Umsatzsteuern berufen. Artikel 4 Absatz 5 der Sechsten Richtlinie erfüllt nämlich die Kriterien für die unmittelbare Wirkung, da darin die Einrichtungen und Tätigkeiten, für die die Regel der Behandlung als Nichtsteuerpflichtige gilt, klar bezeichnet sind." Für die öffentlichen Haushalte entstehen dadurch Rechts- und Planungsunsicherheiten, die mit hohen finanziellen Risiken verbunden sein können.

Neuregelung unaufschiebbar

Der Bundesrechnungshof hält deshalb eine nationale Neuregelung, die eine gleichmäßige, vollständige und wettbewerbsneutrale Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand sicherstellt, für nicht länger aufschiebbar. Allein vor diesem Hintergrund sind nach Auffassung der bayerischen Bauindustrie weitere Maßnahmen der Re-Kommunalisierung steuerrechtlich höchst angreifbar und damit auch politisch äußerst fragwürdig. ❐

Ob universell einsetzbarer Unimog (l.), oder multifunktionales Bokimobil (r.): Die GaLaBau auf der NürnbergMesse bietet vom 17. bis 20. September viel Inspiration für die Zukunft, denn sie stellt sich beispielhaft den Herausforderungen in den Bereichen des Garten- und Landschaftsbaus, der Garten- und Landschaftsplanung sowie der urbanen Gestaltung in Städten und Gemeinden. Rund 950 Aussteller, darunter ein hoher Anteil an namhaften internationalen Firmen, bieten einen umfassenden Überblick über Neuheiten und Trends im grünen Bereich.

Die GaLaBau ist die weltweit umfassendste Gesamtschau für Planung, Bau und Pflege von Urban-, Frei- und Grünräumen. Die Fachbesucher sind Fachbetriebe des Garten-, Landschafts- und Freiflächenbaus, Garten- und Landschaftsarchitekten sowie Fachplaner aus Behörden des Bundes, der Länder und Kommunen. Die Fachmesse findet alle zwei Jahre im Messezentrum Nürnberg statt. Zur letzten Veranstaltung in 2006 trafen sich 904 Aussteller und 53.179 Fachbesucher in Nürnberg. ❐

GaLaBau 2008:

Alles dreht sich ums Grün

Vom 17. bis 20. September findet die GaLaBau in Nürnberg zum 18. Mal statt. An vier Messetagen können sich Landschaftsgärtner, Kommunalvertreter, Planer und Architekten über Neuheiten in der Grünen Branche informieren. Mit 950 erwarteten Ausstellern aus 25 Nationen macht die Internationale Fachmesse Urbanes Grün und Freiräume ihrem Namen alle Ehre. Das Fachangebot reicht von Bau-/Pflegemaschinen und -geräten über Baustoffe, Bauteile und Pflanzen bis hin zu urbaner Gestaltung und Transport. Mit eigenen Auftritten innerhalb der GaLaBau sind die Spielplatzgeräte-Hersteller mit dem Fachteil PLAYGROUND und die Golfbranche mit den ersten „Deutschen Golfplatztagen" vertreten.

Die gestiegene Ausstellerzahl zeigt: Wer Produkte für den grünen Markt anbietet oder sucht, kommt um die GaLaBau nicht herum. Rund 25 Prozent der ausstellenden Firmen bieten Baumaschinen und -geräte an, ein weiteres Viertel Pflegemaschinen und -geräte. Somit kommt die Hälfte des Angebots aus dem Maschinensegment. Die Messe ist ein wichtiger Branchentreff.

Das attraktive Messekonzept mit einem lückenlosen Angebot für die Grüne Branche zieht alle zwei Jahre Aussteller und qualifiziertes Fachpublikum gleichermaßen nach Nürnberg. Galabau-Betriebe und Kommunen nutzen weitgehend die Informationsplattform Messe für ihre Investitionsentscheidung. Das „in die Hand nehmen" steht hoch im Kurs. Der Dialog mit den Praktikern ist sehr wichtig, um gerätespezifische Anregungen aufnehmen und Einschätzungen optimieren zu können.

Golfkongress 2008

Welches Konzept die Aussteller auch immer verfolgen, für alle gilt: Die GaLaBau ist für die Zulieferer der Grünen Branche die wichtigste Veranstaltung, um Kontakte zu finden, zu pflegen, ihre Produkte zu präsentieren und sich Feedback einzuholen.

Der „Golfkongress 2008" im Rahmen der „Deutschen Golfplatztage" ist von diesem Jahr an die führende Fachmesse für den Garten- und Landschaftsbau; die neue Plattform für Bau, Pflege und Management von Golfanlagen. Das „Golf-Village" in Halle 4A ist der zentrale Treffpunkt für diese Zielgruppe. Denn hier präsentieren sich die wichtigsten deutschen Golfverbände auf einer attraktiv und themengerecht gestalteten Kommunikationsfläche. Unternehmen, die auf Golfplatzbau, -pflege und -management spezialisiert sind, stellen rund um das „Golf-Village" ihre Kompetenz unter Beweis. Das Angebot der „Deutschen Golfplatztage" wird ergänzt durch Unternehmen, die schon seit Jahren in den einschlägigen Angebotssegmenten der GaLaBau, z. B. Grünflächenpflege, fest etabliert sind. Kurzvorträge und Podiumsdiskussionen im „Golf-Village" beleuchten das Thema unter vielseitigen Aspekten.

Am „Golfkongress 2008", der am 17. und 18. September im Congress Center Nürnberg, CCN Ost, stattfindet, beteiligen sich alle führenden Golf-Fachverbände Deutschlands. Das abwechslungsreiche Programm präsentiert an den zwei Tagen zahlreiche Vorträge zu aktuellen Themen aus der Golfbranche.

Weitere Informationen unter: www.mp-pr.de/golfkongress2008

Fachteil PLAYGROUND

Die Spielplatzgeräte-Hersteller sind seit jeher eine wichtige und zahlenmäßig große Ausstellergruppe auf der GaLaBau. Schließlich haben die Spielplatzbranche und der Garten- und Landschaftsbau sehr viele Berührungspunkte. Gibt es doch kaum einen Park, in dem nicht auch mindestens ein Spielplatz steht. Und diejenigen, die über die Planung und Gestaltung des Parks entscheiden, tun dies auch hinsichtlich der Spielplatzausstattung. Die GaLaBau 2008 zeigt mehr denn je eine große Bandbreite an Spielplatzgeräten und Freizeitanlagen. Im Fokus steht dabei nicht mehr allein das junge Publikum, sondern mehr denn je wird in diesem Bereich an generationsübergreifenden Konzepten gearbeitet. Im neuen Fachteil PLAYGROUND, in Halle 1, zeigt die Sonderschau „Generationsübergreifende Spielplätze" neue zukunftsweisende Aspekte dieses Themas.

Weitere Informationen wie Geländeplan, Hallenpläne, Ausstellerlisten und vieles mehr gibt es im Internet unter www.galabau.info-web.de und auf www.ask-GaLaBau.de. ❐

30 Jahre Landesgartenschaugesellschaft

Bernhard: 21 grüne Parklandschaften geschaffen

Die bayerischen Gartenschauen haben eine Erfolgsgeschichte wie aus dem Bilderbuch. So gratulierte Umweltminister Otmar Bernhard der Gesellschaft zur Förderung der bayerischen Landesgartenschauen in Neu-Ulm zu ihrem 30-jährigen Jubiläum. Bernhard: „Mit den bayerischen Gartenschauen gelingt es seit 1980, die Natur mitten in die Städte zu holen. Attraktive Erholungsangebote direkt vor der Haustür werden geschaffen, ökologisch wertvolle Bereiche gesichert. Ergebnis: Ein Riesengewinn für Mensch und Umwelt." Die erste Landesgartenschau fand 1980 in Neu-Ulm statt, dort ist sie auch in diesem Jahr wieder zu Gast. Seither hat die Staatsregierung für Gartenschauen über 50 Millionen Euro bereit gestellt. Durch die 21 Landesgartenschauen und Regionalschauen „Natur in der Stadt" wurden zusammen 3.760.000 Quadratmeter Grün- und Erholungsflächen geschaffen. Mit 23 Millionen Besuchern gehören die Gartenschauen in Bayern zu den erfolgreichsten Veranstaltungen. „Gartenschauen können in kurzer Zeit viel bewegen: Stadtsanierung, Flächenrecycling, dauerhafte Grün- und Erholungsflächen und neue Lebensräume für Flora und Fauna verbessern nachhaltig die innerstädtische Lebensqualität und sorgen auch für einen wirtschaftlichen Schub", so Bernhard.

Die Gesellschaft zur Förderung der bayerischen Landesgartenschauen wurde im Juli 1978 gegründet. Ihr Zweck ist die Förderung des Umwelt- und Landschaftsschutzes, insbesondere die Vorbereitung, Planung und Durchführung von Landesgartenschauen in bayerischen Städten und Gemeinden. Unterstützt wird sie von einem Fachbeirat in dem Umwelt- und Landwirtschaftsministerium, alle Berufsverbände der „grünen Branche" einschließlich der bayerischen Floristen, der bayerischen Landschaftsarchitekten, des Landesverbands für Gartenbau und Landespflege sowie je eines Beauftragten des bayerischen Städte- und Gemeindetags vertreten sind. „Die Landesgartenschaugesellschaft hat durch ihr Wissen und ihre praktischen Erfahrungen die Gartenschauen professionalisiert und zukunftsfähig gemacht", dankte Bernhard der Jubilarin. Die nächsten Gartenschauen finden 2009 in Rain a. Lech und 2011 in Kitzingen, sowie 2010 in Rosenheim und 2012 in Bamberg (Landesgartenschau) statt. ❐

Das Rasenkunstwerk „PerspektivWechsel" am Eröffnungstag.

Aus Grau wurde Grün

Ein Traum ging für viele Regensburger Bürger in Erfüllung: Die Künstlerin Regina Hellwig-Schmid gestaltete das Areal einer ehemaligen Wurstfabrik in das Kunstprojekt „PerspektivWechsel" um und integrierte eine Rasenskulptur.

Ausgrabungen förderte Relikte aus Römerzeit und Mittelalter zutage. Mauerwerke und Kellergewölbe sind zum Teil noch sichtbar und wurden in das Kunstwerk eingebunden. Nach den Vorstellungen der Künstlerin soll das Kunstwerk „lebendig" sein; also sich bei Trockenheit, Regen oder Schnee ganz unterschiedlich darstellen.

Ein weiterer Aspekt ist ihr wichtig: „Der öffentliche Raum ist immer auch ein Raum in Bewegung, wo es um historische und aktuelle Bezüge geht, die einen Dialog mit dem Ort und dessen Geschichte ermöglichen. Das Abrissgelände mit seiner Architektur, seinen Ruinen und Ausgrabungen, macht die Vergangenheit sichtbar und ermöglicht die Verknüpfung künstlerischer Fragestellungen mit gesellschaftlichen Prozessen und politischen Diskursen", erläutert Hellwig-Schmid

Mit dem Kunstwerk haben die Anwohner nun Grün in ihrem Umfeld. Kinder können spielen und im Winter Schlitten fahren. An lauen Sommerabenden können die Anwohner picknicken oder gemütlich plaudern. Auch kulturelle Veranstaltungen sind denkbar. **Markus Bauer**

Von links: Winfried Mack, CDU-MdL, CSU-Landtagsfraktionsvorsitzender Georg Schmid, Innenminister Joachim Herrmann. Dazwischen in zweiter Reihe stellv. Bezirkstagspräsident Alexander Küßwetter und MdL Gerhard Wägemann. Bild: pm

Regionaltag Mittelfranken - Donau-Ries - Ostalb:

B 25 - Lebensqualität vor Schwerlastverkehr

CSU und CDU suchen gemeinsam nach Lösungen zur Entlastung der Anlieger

Feuchtwangen (pm). Schwerpunktthema beim 6. gemeinsamen Regionaltag der CSU-Mittelfranken mit dem CSU-Kreisverband Donau-Ries und der CDU aus dem Ostalbkreis war der nach wie vor zunehmende Mautausweichverkehr. „Wir müssen die Erschwernisse für die Menschen besonders entlang der B 25 im westlichen Landkreis Ansbach reduzieren und gleichzeitig die regionalen wirtschaftlichen Interessen berücksichtigen“, so CSU-Bezirksvorsitzender Joachim Herrmann als diesjähriger Gastgeber.

Dass dies vor allem in Verknüpfung mit den Wünschen aus dem baden-württembergischen Bereich einem Spagat gleichkomme, dessen war sich der Bayerische Innenminister bewusst, zumal deren Befürchtungen um eventuelle Standortnachteile für dort ansässige Unternehmen vehement vorgebracht wurden. „Bis mittel- und langfristig alle erforderlichen Umgehungsstraßen gebaut sind, brauchen wir aber Übergangslösungen, die auch eine Beschränkung des Schwerlast-Fernverkehrs beinhalten“. Zu bedenken gab Joachim Herrmann allerdings, dass es umso mehr Mautausweichverkehr geben werde, umso attraktiver die Umgehungen ausgebaut sein werden.

Konzept für die Anbindung

Für den Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, Georg Schmid, steht die Anbindung der B 25 an die A 7 als Aufgabenstellung im Vordergrund. „Dafür brauchen wir ein Konzept, mit welchem alle leben können und welches dazu führt, dass der Hauptverkehr nicht mehr durch unsere Städte und Gemeinden führt“. Letztlich war auch für Landtagsabgeordneten Winfried Mack als CDU-Vertreter des baden-württembergischen Ostalbkreises klar, dass nur der gemeinsame Einsatz im Rahmen der Diskussion um den neuen Bundesverkehrswegeplan erfolgreich sein kann.

Übereinstimmung beim Thema Tourismus

„Wir müssen hier mehr Geld in die Hand nehmen“, meinte Joachim Herrmann. Nachdem in der Vergangenheit für die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit vieles in Bayern hintangestellt wurde, „ist es jetzt an der Zeit, wieder mehr Mittel im süddeutschen Raum einzusetzen“.

Völlige Übereinstimmung herrschte beim Thema Tourismus, der – so Georg Schmid – an den Grenzen nicht halt mache. „Das Wohlergehen der Menschen ist unser aller Auftrag und dazu gehört der gemeinsame Einsatz für alle Einrichtungen der Infrastruktur“. Hinzu komme eine wohnortnahe haus- und fachärztliche Versorgung. „Der Ministerpräsident, die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag haben dafür die richtigen Signale gesetzt“.

Treffen im Casino

Nicht nur als Rahmenprogramm, sondern als wesentlichen Bestandteil des Regionaltags von CSU und CDU betrachteten die Teilnehmer die Besichtigung des Fränkischen Museums in Feuchtwangen. Mit fast 700 Exponaten aus verschiedenen Jahrhunderten handelt es sich um eines der bedeutendsten Volkskunstmuseen in Süddeutschland. Wichtig waren auch die Gespräche in der Spielbank, in deren gastronomischen Räumen die Tagung stattfand. „Das Casino ist für uns ein wesentlicher Faktor und bietet Arbeitsplätze in der gesamten Region“, so Patrick Ruh, der neue Erste Bürgermeister von Feuchtwangen. **pm**

„Europa wächst erst zusammen, wenn Europa näher an den Bürger gebracht wird“, so Weidings Bürgermeister Karl Holmeier, MdL. Um die 27 Länder der Europäischen Union stärker ins Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler zu bringen, entschloss sich die Gemeinde zur Errichtung einer Europaallee. Jetzt wurde der vorerst letzte Baum - eine Flatterulme stellvertretend für das Land Rumänien - gepflanzt. Im Beisein der gesamten Chambtal-Schulfamilie hielt Prof. Ursula Männle, MdL, stv. Vorsitzende des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten im Bayerischen Landtag die Festrede.

Zuvor hatte Bürgermeister Holmeier die Gäste herzlich willkommen geheißen, unter Ihnen Pfarrer Franz Baumgartner, MdB Klaus Hofbauer sowie seinen Bürgermeisterkollegen aus der Nachbargemeine Arnschwang. Sein Gruß galt dem Gemeinderat Weiding, dem Lehrerkollegium der Chambtal-Volksschule Weiding und besonders dem ehemaligen Rektor Helmut Meiser.

Prof. Männle versicherte, wie gerne sie nach Weiding gekommen sei und brachte den Kindern mit Erinnerungen an die eigene Kindheit den Europagedanken nahe. Ihre Kindheit sei von Zerstörung und Armut geprägt gewesen, denn der Krieg habe alles kaputt gemacht. Sechs Länder haben damals beschlossen, gemeinsame Beziehungen aufzubauen und den Frieden dauerhaft zu sichern. Und dieser Gedanke des Miteinander habe sich positiv entwickelt. Immer mehr Länder hätten gesagt „da machen wir mit“ und so sind es jetzt im Jahr 2008 27 Länder, die gemeinsam an einem Tisch sitzen. Als wichtiges Erlebnis bezeichnete Prof. Männle den Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989. Nie mehr wieder kriegerisch beherrscht zu werden, das war der Wunsch vieler Ostblockländer wie Tschechien, Polen oder Ungarn. Dazu biete Europa die Chance, Ängste zu überwinden. Europa bringe Menschen zusammen, es bringe Sicherheit und Wohlstand. ❐

Auch ein „finanzielles Meisterwerk“:

Dillinger „Schatzkammer“ schwabenweit hervorragend

Stadt- und Hochstiftmuseum erweitert / Überregionale Bedeutung gewürdigt
Historisches Angererhaus gerettet

Dillingen (jdt). Von einer ganz herausragenden Bewahrung historischen Erbes sprach der schwäbische Bezirksheimatpfleger Peter Fassl beim Festakt zur Eröffnung des erweiterten Stadt- und Hochstiftmuseums Dillingen um das historische „Angererhaus“. Unter den rund 200 Museen in Schwaben komme der Dillinger „Schatzkammer“, so gab Fassl zu verstehen, nicht nur wegen ihrer langjährigen Geschichte, sondern auch wegen ihres ganz eigenen Profils eine Spitzenstellung zu.

Viel Anerkennung gab es für die geglückte Verbindung zwischen dem bisherigen Museum und dem Erweiterungsbau mit dem zu neuem Glanz gebrachten einstigen fürstbischöflichen Dienst-haus in der Nachbarschaft des Schlosses. Dem Stadtrat mit dem jetzigen Alt-Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl wurde im Blick auf den jahrelangen Einsatz zur Erhaltung des „Angererhauses“ bescheinigt, auch ein besonderes „finanzielles Meisterwerk“ geleistet zu haben.

Ehrwürdiges Bauwerk

Vor der offiziellen Eröffnung schilderte Weigl vor zahlreichen Ehrengästen im Festsaal der Sparkasse das geglückte Abenteuer der Rettung des aus dem 15. und 16. Jahrhundert stammenden ehrwürdigen Bauwerkes. Es wurde teilweise über der alten Stadtmauer errichtet. Dem Landesamt für Denkmalpflege mit dem zuständigen Experten Bernd von Hagen galt ein spezieller Dank dafür, dass auf beispielhafte Weise ein viel diskutiertes Projekt verwirklicht und der Abriss verhindert werden konnte. Zustande kam ein die städtischen Finanzen entlastendes letztlich überraschendes Finanzierungskonzept.

Nicht weniger als 774.000 Euro Förderungsgelder konnten „herbeigezaubert“ werden, von denen schon 426.400 Euro eingetroffen sind. Zuschüsse wurden bewilligt vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Bayerisches Landesamt für Denmalpflege: Entschädigungsfonds) 535.000 Euro, Regierung von Schwaben (Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm) 144.000 Euro, Bayerische Landesstiftung 45.000 Euro, Bezirk Schwaben/Denkmalpflege 10.000 Euro, Landkreis Dillingen 10.000 Euro, für den Innenausbau 30.000 Euro von der Landesstelle für nichtstaatliche Museen. Weitere Zuschussanträge für den Innenausbau laufen beim Bezirk Schwaben und beim Landkreis Dillingen.

Viele Verbündete

In den vielseitigen Dank für die Sicherung der Sanierung und des Museumsausbaues einbezogen waren zahlreiche Verbündete der Heimatpflege, die Franziskanerinnen, Landtagsabgeordneter Georg Winter und die 41 beteiligten Firmen. Ein Sonderlob gehörte dem Architekten Dieter Domes für die Ersparnis von nicht weniger als rund 200.000 Euro gegenüber dem Kostenvoranschlag von 1,4 Millionen Euro. Gewürdigt wurde das Wirken des Historischen Vereins mit dem Vorsitzenden Dieter Schinhammer, des ehrenamtlichen Museumskurators - Werner Gutmair, seines Stellvertreters Hans-Jürgen Rupp und des Stadtheimatpflegers Karl Baumann. Für die Stiftung hervorragender Exponate wurde u.a. gedankt Direktor Prälat Hans Frieß, Regens Wagner, Regionaldekan Monsignore Gottfried Fellner, Hedy Wellano und Günther Christlein.

Das gelungene Werk lobten in ihren Ansprachen Architekt Domes, Dieter Schinhammer, Bernhard Lutzenberger und Oberbürgermeister Martin Antonow von der Partnerstadt Brand-Erbisdorf. Dem Kurator Gutmair, dem „geistigen Vater des Konzeptes“, wurde eine Spende der Firma Holzbau-Graf übergeben für die Restaurierung der in das Museum aufgenommenen Holzplastik des Hl. Joseph mit Christuskind von Johann Michael Fischer aus der Zeit um 1750, die einst die Giebelnische des 1748 gebauten früheren Waisenhauses zierte.

Die kirchliche Segnung nahmen Regionaldekan Gottfried Fellner und Pfarrer Manuel Kleiner gemeinsam vor. Fellner, der seine Sammlung von „Faschenkindern“ für das Museum stiftete, erinnerte an die Wurzeln des „Schwäbischen Rom“ und rief dazu auf, auch „Schätze für den Himmel zu sammeln“.

Wagners Primizkelch

Überregionale Bedeutung hat die Ausstattung des erweiterten Museums. Dazu gehören wertvolle Stücke aus den einstigen Bischofs- und Universitäts-Druckereien, Erinnerungen an Regens Johann Evangelist Wagner, den großen Sozialapostel aus Dillingen (u.a. mit seinem Primizkelch), Kunstwerke, alte Landkarten, Bibelblätter, die Einrichtung der alten Kupferschmiede und das Gedenken an den aus Dillingen stammenden Erfinder des Unterseebootes, Wilhelm Bauer, mit der Darstellung des berühmten „Brandtauchers“. ❐

Als beispielhaft gewürdigt wurde das große Projekt der Erweiterung des Stadt- und Hochstiftmuseums in Dillingen, mit seiner überregionalen Bedeutung. Im Bild (v. l.): Hans-Jürgen Rupp, Pfarrer Manuel Kleiner, Kurator Werner Gutmair, Regionaldekan Monsignore Gottfried Fellner, Oberbürgermeister Frank Kunz, Hedy Wellano, Alt-Oberbürgermeister Hans-Jürgen Weigl, Ehrenbürgerin Sr. Irma Staudinger, Dr. Martin Antonow, der Vorsitzende des Historischen Vereins, Dieter Schinhammer, Bezirksheimatpfleger Dr. Peter Fassl, Architekt Dieter Domes. Bild: -jdt-

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Ehrenherausgeber:
Beda Bohinger
Otto Ammon
Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Telefon 08171 / 9307-13
Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Dr. Sabine Schwarz (Berlin)
Brigitte Scherieble (Wirtschaft und Messen)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Peter Müller
Florian Hahn (KPV)
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen- und Vertriebsleitung:
Viktoria Bertele (verantwortlich),
Telefon 08171 / 9307-11
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 42 vom 01.01.2008
Anzeigenschlußtermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich (mit zwei Doppelausgaben);
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.
Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de
Bankverbindungen:
Bayer. Landesbank München
Konto 1159164, BLZ 700 500 00
Raiffeisenbank
Füssen-Pfronten-Nesselwang
Konto 144 320, BLZ 733 698 78
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin:
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
Fränkischer Tag GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Dritte Fortschreibung der Bedarfsermittlung im Rahmen der Altenhilfeplanung:

Landkreis Fürth an der Spitze bei ambulanter Versorgung

Die Lebensbedingungen für pflegebedürftige Menschen sind im Landkreis Fürth nach wie vor überdurchschnittlich gut. Zu diesem Ergebnis kommt die mittlerweile dritte Fortschreibung der Bestands- und Bedarfsermittlung im Rahmen der Altenhilfeplanung für den Landkreis Fürth. So hält der Landkreis weiterhin den bayerischen Spitzenplatz, was die Versorgung mit ambulanten Pflegediensten anbelangt. Eine vollständige Bedarfsabdeckung wird auch bei der vollstationären Pflege erreicht - im südlichen Landkreis Fürth gibt es derzeit sogar mehr Pflegeplätze als nachgefragt werden. Mittel- und langfristig müssen dennoch weitere Pflege-Kapazitäten geschaffen werden.

Professor Dr. R. Pieper von der Universität Bamberg, der zusammen mit Manfred Zehe vom Institut Modus die Bestands- und Bedarfsermittlung durchgeführt hat, geht davon aus, dass im Jahr 2020 fast 2300 Menschen ab 65 Jahren im Landkreis Fürth pflegebedürftig sein werden. Zum Stichtag der Erhebung, am 31. Dezember 2006, waren es 2057 Menschen ab 65 Jahren.

Gut aufgestellt

„Es ist gut zu wissen, dass wir aktuell im Pflegebereich gut aufgestellt sind. Unsere Planungen, aber auch die der Wohlfahrtsverbände und der privaten Träger von Pflegeeinrichtungen haben sich damit bislang als richtig erwiesen“, kommentierte Landrat Matthias Dießl das aktuelle Ergebnis, das vor wenigen Tagen der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die Zahlen aus dem Landkreis Fürth spiegeln dabei nicht unbedingt den bayernweiten Trend wider. So betonte Professor Dr. R. Pieper, dass das Motto „ambulant vor stationär“ in Bayern derzeit eigentlich nicht gültig sei. Zu viele ältere Menschen würden stationär aufgenommen, anstatt sie zunächst im gewohnten Lebensumfeld ambulant zu versorgen. Im Landkreis Fürth dagegen gibt es 18 ambulante Pflegedienste mit 315 Mitarbeitern, davon 220 Pflegekräfte mit insgesamt 120,6 Vollzeitstellen. Damit kommen auf je 100 in Privathaushalten lebenden Pflegebedürftigen mehr als sechs Vollzeitstellen an Pflegekräften. Die Experten bezeichnen dies als „außergewöhnlich“ , da die Zahl der Beschäftigten in den ambulanten Diensten in anderen Regionen Bayerns seit Jahren teilweise stark rückläufig ist.

Durchschnittlich 79,1 Jahre sind die Personen, die von diesen Dienstleistern vor Ort betreut werden. Drei Viertel werden mindestens einmal täglich versorgt. Die Bestandsaufnahme hat außerdem festgestellt, dass die Krankenkassen im Landkreis Fürth sich noch stärker an der Refinanzierung von ambulante Pflegemaßnahmen beteiligen als in anderen bayerischen Gebieten. Dies dürfte demnach auch ein Grund dafür sein, weshalb im Landkreis Fürth „ambulant vor stationär“ bisher stark praktiziert wird – „worauf wir auch sehr stolz sind“, so Matthias Dießl, der hofft, dass sich an dieser Situation in Zukunft nichts ändern wird. „Unsere älteren Menschen sollten so lange wie möglich zu Hause bleiben können.“ Die Altenhilfeplaner von der Universität Bamberg sehen keinen Grund zur Sorge: „Zwar wird im nördlichen Landkreis der Bedarf an ambulanten Pflegemaßnahmen in den nächsten Jahren vergleichsweise stark ansteigen. Aber das bereits vorhandene hohe Niveau an Dienstleistern dürfte zu keinen Lücken führen“, so der Diplom-Soziologe und -Pädagoge Manfred Zehe vom Institut Modus.

Vollstationäre Pflege

Interessantes förderte die Untersuchung auch im Bereich der vollstationären Pflege zu Tage: Zum Stichtag 31. Dezember 2006 gab es im Landkreis 13 stationäre Einrichtungen mit insgesamt 1010 Heimplätzen. Diese werden aber nur zu 55 Prozent von Landkreisbürgern belegt - die restlichen 45 Prozent kommen aus dem gesamten Umland.

Der stationäre Pflegebereich unterliegt derzeit einem regelrechten „boom“. Von 1996 bis 2006 wurden 121 neue Plätze geschaffen. Und weitere sollen bald folgen: So plant die AWO in Langenzenn den Bau eines neuen Heimes mit 115 Pflegeplätzen, in Zirndorf ist ein neues Heim mit sogar 146 Plätzen in Planung. Aktuell sind 94,2 Prozent der vorhanden stationären Plätze belegt. Damit hat sich die Situation wieder entspannt. Bei der letzten Bestandsaufnahme vor drei Jahren waren nahezu alle Plätze ausgebucht. 659 Mitarbeiter beschäftigen die Heime im Landkreis. 80 Prozent der Bewohner sind Frauen. Das Durchschnittsalter der Bewohner von stationären Einrichtungen im Landkreis Fürth liegt bei 83,6 Jahren. Dabei kommen die Frauen mit 85,1 Jahren auf einen deutlich höheren Wert als die Männer, für die sich ein Durchschnittsalter von 77,6 Jahren ergibt.

Aufteilung der Zimmer

Ein Knackpunkt bei den Heimplätzen scheint die Aufteilung der Zimmer zu sein. So waren sich die Heimleiter bei der Präsentation der aktuellen Zahl uneins darüber, ob der Trend zu Doppel- oder Einzelzimmern gehen werde. Während die einen Heimleiter Doppelzimmer favorisieren, um gegen die Vereinsamung auf den Zimmern anzukämpfen, glauben die anderen wiederum, dass der Bedarf an Einzelzimmern stetig steigen werde, da man auch im Alter seinen Lebensstil individuell gestalten wolle und Doppelzimmer eher zu Streitigkeiten zwischen den Bewohnern führen würden. Generell stellen die Altenhilfeplaner ebenfalls einen Trend Richtung Einzelzimmer fest. Immerhin 58,4 Prozent der Zimmer der stationären Einrichtungen im Landkreis Fürth sind bereits Einzelzimmer. Mehrere Heimleiter kündigten zudem an, sie wollten verstärkt Doppelzimmer in Einzelzimmer umwandeln.

Erstmals untersucht wurde von der Uni Bamberg der so genannte „beschützende Bereich“. Hierbei handelt es sich um eine geschlossene Unterbringung von Pflegebedürftigen – vor allem aufgrund psychischer Krankheiten. Schätzungsweise 5250 Menschen leiden im Landkreis Fürth an psychischen Störungen, wovon etwa 650 an Demenz erkrankt sind.

Die Fachleute gehen davon aus, dass bis 2010 zwischen 76 und 156 beschützende Plätze im Landkreis Fürth erforderlich sein werden. Ab 2013, wenn die Zahl der hochbetagten Menschen stark zunimmt, wird diese Zahl allerdings noch einmal stark ansteigen, so dass dann über 200 beschützende Plätze benötigt werden.

Seniorenbefragung geplant

In die aktuellen Erhebungen eingeflossen sind auch die Auswertungen aus dem Altenhilfe-Informationssystem AHIS (www.ahis-fuerth.de). Via Internet können freie Pflegeplätze tagesaktuell abgerufen werden. Bald soll ein drittes Modul diesen Service bereichern. „Wir wollen künftig auch die offene Altenhilfe im Landkreis vollständig erfassen“, kündigte Matthias Dießl an. So sollen über das Internet Seniorenclubs oder auch Senioren-Besuchsdienste abgerufen werden können. Voraussichtlich im Frühjahr 2009 soll dieses Modul verfügbar sein.

Darüber hinaus ist eine umfassende anonyme Seniorenbefragung im Landkreis geplant. „Wir möchten gerne wissen, wie gesund unsere Senioren sind, wie wohl sie sich bei uns fühlen, wie zufrieden sie mit Freizeitangeboten oder Einrichtungen des täglichen Lebens sind“, erklärt der Landrat. Von der Straßenbeleuchtung über die Erreichbarkeit der nächsten Postfiliale bis hin zu den Hobbys der Senioren soll ein großes Bündel an Informationen eingeholt werden. „Das Ergebnis soll uns dabei helfen, die Altenhilfeplanung im Landkreis Fürth weiter fortzuschreiben und natürlich zu optimieren“, so Matthias Dießl. Aktuell ist der Landkreis dabei, einen landkreisweiten „Arbeitskreis Senioren“ ins Leben zu rufen. Entsprechende Gespräche wird der Landrat in den kommenden Tagen mit den Senioren-Vertretern der 14 Landkreis-Kommunen führen. ❐

Auf den Spuren der Rosenheim Cops

Seit sieben Jahren sind sie ein Dauerbrenner und ihre Fangemeinde reicht weit über die Landesgrenzen hinaus: die „Rosenheim Cops“ haben sich zu einem Quoten-Hit mit bis zu 5,2 Millionen Zuschauern entwickelt. Seit 2. August können Gäste und Einheimische in Rosenheim auf den Spuren der Cops wandeln. Die Touristinfo bietet dazu Sonder-Stadtführungen an. Bis Ende Oktober werden die Teilnehmer jeden Samstag um 16:00 Uhr zu den Schauplätzen und Drehorten im Bereich der Rosenheimer Altstadt geführt. Treffpunkt ist vor dem Parkhaus P1 (Hammerbach). Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Dabei erhält man nicht nur einen Eindruck des historischen Stadtkerns mit den romantischen Laubengängen und den kleinen Spezialgeschäften; die Besucher erfahren auch interessante Geschichten von Darstellern und Dreharbeiten, wenn es heißt: „Ton ab, Kamera läuft!“
Unxer Bild zeigt Kriminalhauptkommissar Korbinian Hofer (Joseph Hannesschläger, r.) mit seinem Kollegen Christian Lind (Tom Mikulla). ❐

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„’Stadtluft macht frei’ hieß es im Mittelalter. „Stadtluft spart Geld’ müsste es heute heißen. - Was haltet ihr von diesem Redeeinstieg?“ Mein Chef, der Bürgermeister, blickte in die Runde, um den verdienten Beifall für seine Kreativität beim Konzipieren eines Grußworts zum Thema „Renaissance des Urbanen“ zu erheischen.

Über Geschmack läst sich nicht streiten, deshalb hat ihm auch keiner in seinem Büro die pflichtschuldige Bewunderung versagt. Und interessant ist das Thema allemal, denn was Forscher seit geraumer Zeit beobachten, lässt sich jetzt auch anhand der Wanderungsbewegungen in unserer Stadt nachvollziehen: Die Flucht aufs Land ist vorbei. Die Flüchtlinge von einst kehren ihren Häuschen im Grünen den Rücken und wollen nunmehr möglichst in Citylage leben.

Renaissance des Urbanen

So ist der Mensch eben – immer auf der Suche nach der Besten aller Welten. War es früher die Ruhe, der Frieden, die gute Luft, der ungestörte Auslauf für Kinder und Hunde, die Scharen von Städtern in teils abgelegene Weiler, teils in vom ÖPNV bestens erschlossene Reihenhausöden am Waldesrand zog, so ist es heute das kulturelle Angebot, die Nähe der Schulen, der Einkaufsmöglichkeiten und auch – vor allem für ältere Menschen – die schnellere Erreichbarkeit der ärztlichen Versorgung in der Stadt, die lockt. Pendler schätzen darüber hinaus, nicht mehr so oft zum schmerzhaften Aderlass an die Tankstelle zu müssen, weil die langen Anfahrtswege zur Arbeit oder die samstägliche „Tor-tour“ zum Einkaufszentrum flach fallen. Die Stadtwohnung als Sparmodell.

So suchen Menschen im Rentenalter eine Dreizimmerwohnung im Zentrum, die sie sich gerade mal so aus dem Erlös ihres Eigenheims in Niederunterhausen leisten können. Denjenigen, die nicht so auf den Cent achten müssen, verdanken wir innovative Wohnkonzepte wie diese Townhouses, die eigentlich nur Imitationen einer Idee sind, die schon in den engen mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Städten die Antwort auf das Problem des raren und teuren Baugrunds war: Einfamilienhäuser, die nicht wie auf der sauren Wiese in die Breite, sondern die in die Höhe gehen. Damit kann so manche sonst nicht sinnvoll zu nutzende Baulücke geschlossen werden und der Wunsch nach den eigenen vier Wänden für sich allein wird auch befriedigt. Dabei gibt es natürlich Übertreibungen, die Städte wie Berlin ertragen müssen. Neu gebaute Häuser, die wie alte Industriebauten geplant werden, um die begehrten Lofts zu kreieren. Balkone, auf denen man mit Hilfe eines Hydraulikfahrstuhls seinen Maserati oder Bentley abstellen kann. Eine diebstahlsichere Garage wird so dank Panoramafenstern und dem Blick auf das motorisierte Schmuckstück zum Deko-Kracher.

Der Rück-Zug in die Stadt – rundum positiv? Ja, wenn es uns vor den Auswüchsen der Zersiedelung der Landschaft und den kometenhaft anziehenden Grundstückspreisen auf dem Land zu Lasten der eingesessenen Bevölkerung bewahrt. Ja, wenn es den Städten wieder eine ausgewogene Sozialstruktur und vor allem die Rückkehr von Familien mit Kindern bringt. Nein, wenn es ins typisch deutsche Extrem kippt und zur Landflucht wird.

Denn Bayerns Herz schlägt auf dem Land. Dort liegen seine Traditionen und findet man seine Seele. So stolz ich auf unsere Stadt bin – ich bin kein Freund der Verstädterung. Deshalb darf es zum Beispiel nicht nur den Trend geben, dass Pendler in die Nähe ihrer Arbeitsstelle in die Stadt ziehen. Wir müssen es auch schaffen, dass Betriebe in die ländlichen Regionen auslagern, in denen ihre Arbeitnehmer wohnen.

Mein Chef, der Bürgermeister, will natürlich von Letzterem nichts hören. Schließlich ist er Lobbyist der Städte! Also versuche ich mich auf einem Feld, auf dem ich vielleicht gewinnen kann: Ich kürze seine Rede. Denn wie sagt der Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt auf dem heutigen Kalenderblatt so schön: „In Deutschland geht mehr Arbeitszeit durch Grußworte verloren, als durch Arbeitskämpfe.“

Ihre Sabrina

Stadt und Landkreis Rosenheim:

Intensivierte Zusammenarbeit

Schwerpunkte Energie, Verkehr und Tourismus

Eine weitere Intensivierung ihrer Zusammenarbeit haben Stadt und Landkreis Rosenheim jüngst beim Stadt-Land-Gespräch vereinbart. Erstmals nahm der neue Landrat Josef Neiderhell an der gemeinsamen Sitzung der Verwaltungsspitzen von Stadtverwaltung und Landratsamt teil.

Thema der gemeinsamen Gesprächsrunde war u. a. der aktuelle Stand beim Hochwasserschutz im Mangfalltal. Landrat Neiderhell sagte zu, mit den beteiligten Kommunen und dem Wasserwirtschaftsamt wieder einen „Runden Tisch“ zu initiieren, um den aktuellen Planungs- und Finanzierungsstand zu erörtern. Nach der Einigung der Sozialminister der Länder auf eine Grundgesetzänderung zur Weiterführung der ARGEn, in denen die Betreuung Langzeitarbeitsloser erfolgt, vereinbarten Stadt und Landkreis, im Hinblick auf die absehbaren organisatorischen Änderungen im Gespräch zu bleiben. „Ziel muss es sein, den Hilfeempfängern in Stadt und Landkreis ein vergleichbares Dienstleistungsangebot zu gewährleisten“, so Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer.

Gestärkt werden soll die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis bei der Entwicklung einer kommunalen klimafreundlichen Energiepolitik. „Ich denke hier an eine Vereinbarung zwischen Stadt und Landkreis, mit der bestehende Initiativen, zum Beispiel mit dem Verein ROSOLAR e.V. gebündelt werden“, so Neiderhell. Nach Auffassung von Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Götz Brühl kommt es entscheidend darauf an, die angesichts steigender Energiepreise zunehmende Eigeninitiative der Energieverbraucher zu nutzen und zu stärken.

B15-Westtangente

Einig waren sich die Oberbürgermeisterin und der Landrat, alles daran zu setzen, dass möglichst noch im Herbst 2009 mit dem Bau der B15-Westtangente im südlichen Bauabschnitt begonnen wird, wenn die Gerichte grünes Licht für den Bau der Trasse geben. Der Termin für die mündliche Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof wurde zwischenzeitlich auf September verschoben.

Baudezernent Helmut Cybulska teilte mit, dass zur Verbesserung des Verkehrsflusses zwischen Rosenheim und Kolbermoor gemeinsam eine Verkehrsuntersuchung in Auftrag gegeben wird, die mögliche Ausbaumaßnahmen speziell an den Verkehrsknoten aufzeigen soll.

Wichtiges Anliegen von Stadt und Landkreis ist überdies die nachhaltige qualitative Verbesserung des touristischen Angebots im Landkreis, speziell im Hotelbereich. „Der Fremdenverkehr als Wirtschaftsfaktor für die Region hat noch gewaltige Potenziale, die wir heben können und müssen, wenn wir gegenüber Österreich und Südtirol bestehen wollen“, so der Landkreischef. „Wünschenswert ist zudem eine Fusion der Tourismusverbände in der Region, um die Vermarktung als Ferien-Destination zu stärken“, waren sich Bauer und Neiderhell einig.

Nach der Neuordnung der Verbandsstrukturen soll eine neue touristische Dachmarke für die Region entwickelt werden. Gesichert ist inzwischen ein besonderes touristisches Angebot während der Landesgartenschau: In Kooperation mit dem Energieversorger E.ON Bayern wird 2010 ein Fährverkehr auf dem Inn eingerichtet. „Die Bereitstellung von zwei Plätten ist gesichert. Damit kann den Besuchern der Landesgartenschau eine besondere Attraktion geboten werden“, betonte Gabriele Bauer. **DK**

Bezirksverdienstmedaille für Schmid

Schwäbischer Bezirkstag ehrt Regierungspräsident

Für seine mannigfaltigen Verdienste um Schwaben wurde der bisherige Regierungspräsident Ludwig Schmid vom Bezirk Schwaben mit der Bezirksverdienstmedaille ausgezeichnet. Für diese selten vergebene Ehrung bedarf es eines Bezirkstagsbeschlusses. „Selbstverständlich haben unsere Bezirkstagsmitglieder aus ganz Schwaben einstimmig dieser Ehrung für Ludwig Schmid zugesprochen", betonte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert.

Dem Anlass angemessen tagte der schwäbische Bezirkstag bei seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause im Kurhaustheater Göggingen. In seiner Laudatio hob Bezirkstagspräsident Reichert nicht nur den wohltuenden diplomatischen Einfluss, den Regierungspräsident Ludwig Schmid in seiner 15jährigen Amtszeit für Schwaben ausgeübt habe, hervor, sondern auch insbesondere seinen Einsatz für die gemeinsamen Interessen von Regierung und Bezirk. „In dieser guten Zusammenarbeit konnten wir die Kultur- und Soziallandschaft Schwabens stärken und beleben", so der Bezirkstagspräsident. „Normalerweise heißt es: Jeder ist seines Glückes Schmied - für Schwaben war jedoch Ludwig Schmid unser Glück".
Bis 1978 hatten die Bezirke in Bayern keine eigene Verwaltung, die Beschlüsse des direkt gewählten Bezirksparlaments mussten bis dahin von der Regierung von Schwaben vollzogen werden. In seiner Abschiedsrede als Regierungspräsident gab Ludwig Schmid ein Bekenntnis für die Bezirke ab. „Es war gut, dass 1978 die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wurde und trotz aller Debatten um die Bezirke, die es in den vergangenen Jahren gab: Sie sind etwas, was Bayern hervorhebt". Der Bezirk trage zur schwäbischen Identifikationsfindung wesentlich bei, zudem sei das Bezirksparlament das „soziale Gewissen" der Region. „Das wahre Gesicht einer Gesellschaft zeigt sich am Umgang mit ihren hilfebedürftigen Mitgliedern", betonte Schmid, „und deshalb sind die Bezirke, gerade aufgrund der aktuellen Entwicklungen in unserer Gesellschaft, wichtiger denn je geworden". ❐

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 11. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben**
- **Umwelt- und Abfalltechnik . Recycling**
- **Garten- und Landschaftsbau**
- **Kommunalfahrzeuge**
- **Kommunales Verkehrswesen . ÖPNV**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung entnehmen Sie bitte folgende Eigenbeilagen:

- **GZ-Dokumentation zum E.ON Bayern Umweltpreis**
- **GZ-Dokumentation zum Bayerischen Sparkassentag**

Wir bitten um freundliche Beachtung. ❐

68 Kommunalpolitiker aus dem Landkreis erhielten aus der Hand von Landrat Martin Sailer (l.) die Kommunale Dankurkunde des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann. ❐

Kompetenzpartnerschaften

Mit maßgeschneiderten Entwicklungs-, Förder- und Umsetzungsstrategien bietet das Landwirtschaftsministerium den ländlichen Regionen vielfältige Hilfen zur Selbsthilfe an. Im Rahmen einer Regionalkonferenz sprach Landwirtschaftsminister Josef Miller in Pegnitz über das Thema „Kompetenzpartnerschaft für die Zukunft ländlicher Räume". Im Mittelpunkt stehen dabei die interkommunale Zusammenarbeit, die Vermarktung regionaler Spezialitäten und ein Leader-Projekt zur Umweltbildung im Wald. ❐

Landrat ehrt Bürger für kommunalpolitische Verdienste

71 Bürger aus dem Landkreis Augsburg ausgezeichnet

Landrat Martin Sailer überreichte verdienten Persönlichkeiten aus dem Landkreis Augsburg in einer Feierstunde die kommunale Verdienstmedaille in Bronze und die kommunale Dankurkunde des Bayerischen Innenministers Joachim Herrmann.

Sailer sprach allen Geehrten Dank und Anerkennung für ihre besonderen Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung aus. Er betonte, dass in einer Zeit, in der Verantwortungsbewusstsein und selbstloses Handeln Einzelner zum Wohle der Allgemeinheit keine Selbstverständlichkeit mehr darstellten, herausragende Beispiele eine besondere öffentliche Anerkennung verdienen. Sailer zitierte den ehemaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss, der einmal gesagt hatte, gute Demokratie lebe von guten Beispielen. Für langjährige Verdienste auf dem Gebiet der kommunalen Selbstverwaltung wurde die kommunale Verdienstmedaille in Bronze an Bürgermeister Otto Völk aus Diedorf, Kreisrat Hans-Peter Dangl aus Bobingen und Altbürgermeister Sebastian Winkler aus Kutzenhausen verliehen. Weitere 68 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker erhielten die kommunale Dankurkunde. ❐

Erhielten aus der Hand von Landrat Martin Sailer (r.) und im Beisein des Vize-Landrats und Landtagsabgeordneten Max Strehle (2. v. l.) sowie des Kreisvorsitzenden des Bayerischen Gemeindetags Georg Klaußner (l.) die Kommunale Verdienstmedaille in Bronze des Bayerischen Innenministers (v. l. n. r.): Bürgermeister Otto Völk (Diedorf), Altbürgermeister Sebastian Winkler (Kutzenhausen) sowie Zweiter Bürgermeister und Kreisrat Hans-Peter Dangl (Bobingen). ❐

LIEFERANTEN-NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
WWW.FAHNEN-KOCH.DE
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
96406 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256+82224

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ®
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Wasserzähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

deko jochum
ihr partner für LICHT
postfach 1141
90519 oberasbach
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
telefon: 0911/693965
telefax: 0911/695963
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshandel für Velitto Star